Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Trotz alledem!

Nr. 86 • Januar 2021 • 2,50 €

„Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune, wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse." Karl Marx

Kampf dem repressiven Staatsapparat!

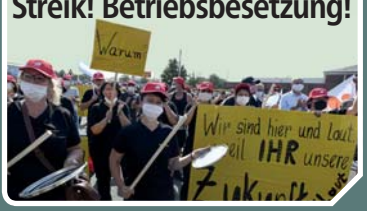
Solidarität!

DDR-Anspruch & Wirklichkeit

Aufbau Sozialismus & Kurswechsel 1952-1956

Autoindustrie im Umbruch
Zuliefer-Konzern Continental

Streik! Betriebsbesetzung!



Remagen

Nazi-Rituale stoppen!

Inhalt

Schwerpunkt

1871 - 2021 Pariser Kommune 3

Pandemie

COVID-19 ist tödlich! Teil III

Corona hin Corona her!
Ausweg Sozialismus 9

Schwerpunkt

Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?

Deutsche Demokratische Republik –
Anspruch und Wirklichkeit
Teil 6 II. Parteikonferenz 1952 bis
III. Parteikonferenz 1956 15

Politische Erklärung 3. Oktober 2020:

Für ArbeiterInnen Für die Völker der Welt
Kein Tag zum Feiern! 32

Betrieb&Gewerkschaft

Krise Automobil-Industrie Continental-Konzern

Höchste Zeit zu Kämpfen! 35

Klassenkampf

Erfolgreiche revolutionäre Demo trotz Polizeiangriff

Happy 200. Birthday Friedrich Engels! 44

Antifaschismus

Mit Traditionslinien
des Nazi-Faschismus brechen 47

Remagen: Nazis blockieren ist legitim!

blockzhg-Bündnis Blockade-Aufruf 49

blockzhg-Bündnis Bericht

Erfolgreicher Protest in Remagen 50

Aktuell

Moria ist nicht vergessen

Evakuiert alle Camps! 53

Kampf dem repressiven Staatsapparat!

Verfahren G20 und Roter Aufbau
Solidarität mit den GenossInnen 55

Umweltkampf

Flugblatt & Demobericht Coronakrise ... Klimawandel

Wirkliches Übel – der Kapitalismus! 57

Kontaktadresse: Postfach 48,
73550 Waldstetten
trotzalledem1@gmx.de
http://trotzalledem.bplaced.net
V.i.S. d.P.: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln

Jahresabo 15.- Euro inklusive Versand

Liebe TA-LeserInnen,
GenossInnen und MitkämpferInnen

im Rückblick lief das Jahr 2020 weitestgehend unter der Parole „Schlimmer geht immer" ... für 2021 schlagen wir „Volle Kampfkraft voraus!" vor.

Die Pariser Kommune wird ein Leitthema für uns in 2021 sein! Vor 150 Jahren hat das französische Proletariat die Machtfrage gestellt und gesiegt. In 72 Tage schritten die Werktätigen zur Tat eine neue Welt zu erschaffen.

In der Kommune, organisiert als Räte, arbeitete und „regierte" das werktätige Volk für sich, für eine befreite, sozialistische Gesellschaft der „Erniedrigten und Beleidigten". Gegen das französische Bürgertum und den Adel. Gegen die europäische Reaktion, gegen das Deutsche Reich. Internationalistisch, solidarisch und kreativ. Mutige Frauen, Männer, Kinder, ArbeiterInnen und BäuerInnen, die uns auch heute noch inspirieren und Kraft schöpfen lassen.

Neben unserem Theorie-Schwerpunkt „Einschätzung der DDR" befassen wir uns näher mit dem Continental-Arbeitskampf gegen Rationalisierung, Betriebsschließung. Berichte über unterschiedlichste Aktionen zeigen: der Klassenkampf geht weiter– Trotz alledem!
Wir wünschen Euch und uns ein kämpferisches 2021!

Euer Redaktionskollektiv

Wofür stehen wir?

Wir sind KommunistInnen verschiedener Nationalitäten, die als Alternative zum imperialistischen BRD-System für die sozialistische Revolution in Deutschland arbeiten. 1996 erschien die erste Nummer unserer Zeitung *Trotz alledem!*. Für uns ist sie eine Waffe im Kampf für die Bolschewistische Partei in Deutschland. Trotz aller Abgesänge vom Ende des Kommunismus, von der‚nicht machbaren Utopie' halten wir daran fest: Der Sozialismus ist keine Utopie! Er ist die einzige Alternative zur imperialistischen Barbarei. Unser Fundament ist die Theorie des Marxismus-Leninismus. Sie ist die in den unerbittlichen Kämpfen der internationalen ArbeiterInnenbewegung gewonnene Erkenntnis, Verallgemeinerung und Anleitung zur revolutionären Praxis. Die heutige revolutionäre Praxis des Parteiaufbaus umfasst die Entwicklung der Theorie der Revolution in der BRD, die Herausbildung von standhaften KämpferInnen und die Schaffung einer organisatorischen Struktur. Sie ist untrennbar verbunden mit unserem täglichen Klassenkampf. In den Fabriken wird sich die Avantgarde des Proletariats herausbilden, wenn der wissenschaftliche Sozialismus mit der Kampfkraft der ArbeiterInnen sich zusammenfügt.

Redaktionskollektiv *Trotz alledem!*

Gemeinsame Erklärung

150 Jahre… Pariser Kommune…

KommunardInnen zeigen den Weg in die Zukunft der Menschheit!

Die herrschenden Zustände 2021 schreien nach Umsturz!

150 Jahre nach dem Aufstand und der kurzzeitigen Machtübernahme des Proletariats in Paris sieht die Welt heute in vielerlei Hinsicht anders aus. Vieles hat sich seitdem verändert.

Durch Klassenkampf, Aufstände und Revolutionen im 20. Jahrhundert wurden viele Monarchien gestürzt, Kolonialreiche zerschlagen. Zahlreiche Nationalstaaten entstanden. In Russland 1917 – Oktoberrevolution: Das Proletariat eroberte im Bündnis mit der armen Bauernschaft die politische Macht. Der Aufbau des Sozialismus wurde angepackt. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sowohl in Europa als auch in Asien Volksdemokratien. Über die Hälfte der Weltbevölkerung entzog sich dem imperialistischen Weltmarkt. Allerdings reichten diese Schritte nicht aus, um das imperialistische Weltsystem endgültig auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Der Marsch in die Zukunft zum Sozialismus und Kommunismus wurde auf halbem Weg abgebrochen. Die internationale Bourgeoisie bahnte die Konterrevolution in diesen Ländern an. Das kapitalistisch-imperialistische System hat sich überlebensfähiger erwiesen als KommunistInnen und RevolutionärInnen angenommen hatten.

Die Pariser Kommune, der erste Versuch einer proletarischen Machterrichtung, wurde im Mai 1871 von der Bourgeoisie in Blut erstickt. Heute, 150 Jahre später, befinden wir uns im Grunde in der gleichen Lage wie damals:

* Auf der einen Seite unermesslicher Reichtum in Händen einer kleinen Minderheit von Ausbeutern, auf der anderen Seite Elend der übergroßen Mehrheit der Menschheit. Allerdings klafft die Schere inzwischen enorm auseinander.

Einem Prozent der Menschheit gehören 45 Prozent des globalen Vermögens. Die 26 reichsten Menschen der Welt besitzen so viel wie die ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung, etwa 3,8 Milliarden Menschen.[1] Gemeinsam besitzt die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung nicht einmal ein Prozent des globalen Vermögens.[2]

Fast 800 Millionen Menschen hungern! Sie leben unter der von der UN mit 1,90 Dollar pro Tag festgesetzten „Hungergrenze".

* Proletariat und Werktätige, die vom Imperialismus unterdrückten Völker der Welt, die den Reichtum durch ihre Arbeit schaffen, leiden unter der immer krasseren Ausbeutung. Die ganze Welt, die arbeitenden, ausgebeuteten Menschen und die Natur, sind für die imperialistischen Herrscher dieser Welt nichts als ein Ausbeutungsobjekt. Ihre Profite sind – verglichen mit den vor 150 Jahren – ins Unermessliche gestiegen.

* Alle imperialistischen Mächte, voran die Großmächte, begehren die Hegemonie über diese Welt. Sie ringen beständig in verschiedenen Koalitionen um die Weltherrschaft. In zwei Weltkriegen haben sie die Erde in ein grauenhaftes Schlachtfeld verwandelt.

1 https://www.globalcitizen.org/de/content/oxfam-report-billionaires-inequality/

2 „Im Schatten der Profite", Oxfam, Deutschland

Und auch heute noch geht die Rivalität um die Welthegemonie in „regionalen“ Stellvertreterkriegen ununterbrochen weiter. Offene und verdeckte Kriege, militärische und „zivile“ Putsche gegen missliebige Regierungen sind an der Tagesordnung.

***** Aufgrund von Krieg, Armut, Hunger und durch Klimaveränderung verursachten Naturkatastrophen sind über 80 Millionen Menschen auf der Flucht, in der Hoffnung zu überleben und auf ein besseres Leben. Was sie in den Ankunftsländern erwartet, falls sie nicht unterwegs verhungern, verdursten, ertrinken, ermordet oder in die Sklaverei verkauft werden, ist vorherrschender blanker rassistischer Hass und Chauvinismus gepaart mit Krokodilstränen der einheimischen PolitikerInnen.

Nach Zwangsunterbringung in Lagern unter menschenunwürdigen Bedingungen betreiben diese umgehend die schnellstmögliche „Rückführung“ der Geflüchteten in ihre Herkunftsländer.

* Auch 150 Jahre nach der Pariser Kommune herrscht nach wie vor auf der ganzen Welt das Patriarchat! Offen aber auch verdeckt – in immer raffinierteren Formen. Die durch den Kampf vor allem der werktätigen Frauen hart erstrittenen Rechte stehen immer wieder zur Debatte. Immer wieder schlägt das Patriarchat zurück.

***** Die Kolonialreiche des 19. Jahrhunderts sind zwar durch den Befreiungskampf der Völker weitgehend Geschichte geworden, aber der Kolonialismus wurde vom Neokolonialismus abgelöst. Nach wie vor beherrschen einige imperialistische Großmächte, die von ihnen in verschiedenen Formen abhängigen Länder. Auf der einen Seite eine Handvoll imperialistische Mächte, auf der anderen Seite die unterdrückten Völker der Welt. So sieht‘s aus auf der Welt.

***** Das imperialistische System sichert seine Macht auch durch seine ideologische, kulturelle Hegemonie. Die Ideologen der Herrschenden produzieren immer wieder als neu verkaufte aber im Grunde dieselben, idealistischen, antidialektische Weltanschauungen erzählenden „Theorien“. Mittels ihres Monopols an der Medienmacht werden sie in die Köpfe aller Menschen eingehämmert.

Die Essenz aller „Theorien“ der Speichellecker der Bourgeoisie ist, dass die ArbeiterInnen, Werktätigen, alle Unterdrückten sich mit ihrer Lage abfinden sollen: Weil das ihr Schicksal ist, gottgewollt, nicht veränderbar, weil dieses System alternativlos, das beste unter den gegebenen Systemen ist, weil der Sozialismus als Idee vielleicht gut sei, aber die Praxis bewiesen hat, er ist nicht machbar, da der Mensch per se egoistisch sei usw.

***** Das imperialistische System rüstet in Zeiten der Neuaufteilung der Welt an vielen Fronten auf, so auch heute: Rassismus und „Fremdenfeindlichkeit“ werden als wichtiger ideologischer Hebel gezielt geschürt. Sich entwickelnde, offen rassistisch und faschistisch auftretende Bewegungen und politische, paramilitärische Organisationen werden von den bürgerlichen Regierungen geduldet und gefördert. Diese Kräfte werden für spätere Zeiten als eine Machtoption in der Hinterhand gehalten. In den bürgerlichen Demokratien, auch in ihren „fortschrittlichsten“ wird sehr viel von Demokratie, Menschenrechten, Freiheit, Gleichheit usw. geschwafelt. Aber die innere Faschisierung wird mit dem Abbau demokratischer Rechte vorangetrieben.

Auch das gehört zur Vorbereitung auf einen neuen Weltkrieg um die Neuaufteilung der Welt. Denn die Kräfteverhältnisse in der imperialistischen Weltordnung verschieben sich wesentlich. Wir erleben 150 Jahre nach der Pariser Kommune wie sich die imperialistischen Mächte für eine neue weltumspannende Schlächterei in Stellung bringen!

Die laufenden regionalen Kriege sind nur Vorboten eines neuen Weltkriegs unter den Völkern hinter den Nationalfahnen ihrer eigenen Bourgeoisien!

***** Nicht nur das menschliche Leben wird durch imperialistische Logik und Unterordnung allen Handelns für den Maximalprofit bedroht. **Nein!** Durch die imperialistische Produktionsweise bedingte systemgemachte Klimaveränderung bedroht heute das Leben vieler Arten auf dem Planeten Erde.

Die durchschnittliche jährliche Erderwärmung ist an einen Punkt gelangt, der die qualitative Änderung des Erdklimas bedeutet. Diese Klimaveränderung wird die Welt direkt und unaufhaltsam in eine systembedingte

Katastrophe führen, wenn die Politik nicht sofort und wesentlich verändert wird.

Alles in Allem stellen wir 150 Jahre nach der Pariser Kommune fest:

Der Imperialismus führt die Menschheit direkt zum Untergang in der Barbarei.

Das sind die herrschenden Zustände heute!

Ist dieses „Schicksal" unabwendbar? Mitnichten! Millionen von Menschen kämpfen überall gegen diese Entwicklung in allen Ländern dieser Welt!

Kämpfe gegen die herrschenden Zustände…

Überall entwickeln sich Klassenkämpfe, in denen die ProletarierInnen gegen die Kapitalisten für ihre Rechte, für höhere Löhne, bessere Lebensbedingungen hartnäckige Auseinandersetzungen führen. Neben den Defensivkämpfen, in denen es gegen die Rücknahme gewonnener Rechte durch die Bourgeoisie geht, gibt es auch offensive, teilweise politische Kämpfe, in denen die ArbeiterInnen für die Verbesserung ihrer Lebenslage auf die Straße gehen, Streiks und Fabrikbesetzungen organisieren und die Bourgeoisie zu Zugeständnissen zwingen.

Gegen die Entwicklung des Rassismus und Faschismus entwickeln sich demokratische Massenkämpfe, wie zuletzt die Black Lives Matter Bewegung.

In den vom Imperialismus abhängigen Ländern geht der Kampf für Unabhängigkeit und Befreiung in verschiedenen Formen bis hin zum bewaffneten Volkskampf weiter.

Die gegenwärtige politische Weltarchitektur gerät ins Schlingern. Putsche, Putschversuche, „regimes changes" wie zum Beispiel in der Ukraine, sind Versuche der verschiedenen Imperialisten, die Situation auszunutzen.

In Vielnationen-Staaten erheben sich die unterdrückten Nationen für nationale Rechte und Selbstbestimmung und bringen vielerorts die herrschenden Zustände in Bewegung. Auch faschistische Unterdrückungsversuche, Kriege, Pogrome, Massaker vermochten es nicht, diese Entwicklungen zu stoppen.

Die Kämpfe der Frauen gegen das Patriarchat, um Gleichberechtigung und für Befreiung nicht nur auf dem Papier, sondern in der Praxis in allen Lebensbereichen, manifestieren sich in vielen Ländern der Welt als umfassende Massenkämpfe.

Kämpfe der Unterdrückten, Entrechteten, der von den Mehrheitsgesellschaften als „Andere" definierten, wie die Kämpfe von MigrantInnen, Geflüchteten und der LGBTQ-Bewegung etc. verstärken sich, stellen die herrschenden Zustände in Frage.

Und nicht zuletzt der Kampf von Millionen Jugendlichen in der FFF-Bewegung für die Rettung der Umwelt und gegen die Politik der Herrschenden, die hinsichtlich der Klimaveränderung nichts als heiße Luft produzieren. Diese neue Jugendbewegung, die durch Schulboykotte die größten Demos seit Jahrzehnten auf die Straße bringt, die „Systemchange statt Climatechange" fordert, macht den Herrschenden mächtig Dampf.

Unzählige Kämpfe und Aktionen von Millionen Menschen, die die herrschenden Zustände in Frage stellen.

Das ist gut. Die Welt, die Menschheit, die Natur brauchen mehr davon. Aber es reicht nicht aus. Denn all diese Kämpfe, so massenhaft und militant sie sind, bleiben im **Rahmen des herrschenden imperialistischen Systems**. Diese Kämpfe sind noch mit der Illusion behaftet, durch Reformen in diesem System seien die Probleme lösbar. Nicht das kapitalistische System wird als Problem begriffen, sondern seine üblen „Auswüchse"! Nicht die Krankheit, sondern die Symptome werden bekämpft. Selbst wenn „Systemchange" gefordert wird, wird letztlich der Kapitalismus insgesamt nicht in Frage gestellt. Sondern die „falsche Politik im Interesse einiger weniger Monopole", die „Habgier der Monopole" usw.!

Das Problem ist aber das kapitalistische System selbst, dessen höchstes Stadium der Imperialismus ist. Dieses System ist es, das die Erde, die Natur und den arbeitenden Menschen zum bloßen Ausbeutungsobjekt macht. Dieses System führt die Menschheit direkt in den Untergang, wenn es nicht zerschlagen wird.

Wie? Und was soll an seine Stelle kommen?

... Vor 150 Jahren haben die Pariser KommunardInnen den Weg gezeigt

Vor 150 Jahren, am 18. März 1871, haben zum ersten Mal in der Geschichte die bewaffneten ProletarierInnen in der Nationalgarde die ganze Macht in der Stadt Paris übernommen.

Die politische Autorität in der Stadt wurde durch den aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Gemeinderat, die Commune, ausgeübt. Darin waren verschiedene politische Strömungen der arbeitenden Bevölkerung vertreten. (Die gewählten Vertreter der liberalen Bourgeoisie haben die Wahl nicht angenommen.) Der für die französische Bourgeoisie verlorene „deutsch-französische Krieg" 1870/71 und der ihm folgende Bürgerkrieg in Frankreich waren dieser Entwicklung vorausgegangen. Die französische Bourgeoisie, die ihre politische Vertretung in der zentralen Nationalversammlung hatte, hat Frieden mit der deutschen Bourgeoisie geschlossen. Nur zu einem Zweck: Die weltgeschichtlich erste politische Macht des Proletariats zu zerschlagen.

Der – nach Marx „unzeitgemäße" Aufstand der „himmelsstürmenden" Pariser KommunardInnen – ist nach Barrikadenkämpfen gegen die Armee der Bourgeoisie am 28. Mai im Blut erstickt worden.

Der heldenhafte Aufstand der Pariser KommunardInnen hat dennoch – trotz ihrer militärischen Niederlage – dem Proletariat und allen Unterdrückten dieser Welt das erste Beispiel für die Verwirklichung einer proletarischen Macht gegeben.

Lernend aus den Erfahrungen des Bürgerkriegs in Frankreich und der Pariser Kommune haben Marx und Engels ihre marxistische Theorie dahingehend erweitert, dass „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann."[3]

Ihre Schlussfolgerung ist, die bürgerliche Staatsmaschine muss zerschlagen werden durch die proletarische Revolution. Das ist eine der wichtigsten Lehren der Kommune! Leider wurde und wird diese in „linken" Kreisen sehr oft nicht nur vergessen, sondern geradezu unterschlagen und revidiert.

Hingegen werden Illusionen über die Reformierbarkeit der bürgerlichen Staatsmaschinerie, den Übergang zum Sozialismus durch den „demokratischen Marsch durch die Institutionen" usw. geschürt, die in der Praxis immer nur zur „verbesserten" Erhaltung der bürgerlichen Ordnung und zu gut bezahlten Jobs für diese „TheoretikerInnen" der Bourgeoisie dienen.

3 MEW, Bd. 18, S. 96

„Pariser Kommune … neuer Ausgangspunkt von welthistorischer Wichtigkeit ist gewonnen" Friedrich Engels

Briefe Karl Marx an Kugelmann

„Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire",nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andre zu übertragen, sondern sie zu *zerbrechen,* und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent. Dies ist auch der Versuch unsrer heroischen Pariser Parteigenossen.

Welche Elastizität, welche historische Initiative, welche Aufopferungsfähigkeit in diesen Parisern! Nach sechsmonatlicher Aushungerung und Verruinierung durch innern Verrat noch mehr als durch den auswärtigen Feind, erheben sie sich, unter preußischen Bajonetten, als ob nie ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland existiert habe und der Feind nicht noch vor den Toren von Paris stehe!

Die Geschichte hat kein ähnliches Beispiel ähnlicher Größe! Wenn sie unterliegen, so ist nichts daran schuld als ihre „Gutmütigkeit". Es galt, gleich nach Versailles zu marschieren, nachdem erst Vinoy, dann der reaktionäre Teil der Pariser Nationalgarde selbst das Feld geräumt hatte.

Der richtige Moment wurde versäumt aus Gewissensskrupel. Man wollte den Bürgerkrieg nicht eröffnen, als ob der mischievous avorton (boshafte Zwerg) Thiers den Bürgerkrieg nicht mit seinem Entwaffnungsversuch von Paris bereits eröffnet gehabt hätte! Zweiter Fehler: Das Zentralkomitee gab seine Macht zu früh auf, um der Kommune Platz zu machen. Wieder aus zu „ehrenhafter" Skrupulosität!

Wie dem auch sei, diese jetzige Erhebung von Paris – wenn auch unterliegend vor den Wölfen, Schweinen und gemeinen Hunden der alten Gesellschaft ist die glorreichste Tat unsrer Partei seit der Pariser Juni-Insurrektion. Man vergleiche mit diesen Himmelsstürmern von Paris die Himmelsklaven des deutsch-preußischen heiligen römischen Reichs mit seinen posthumen Maskeraden, duftend nach Kaserne, Kirche, Krautjunkertum und vor allem Philistertum."

Marx an Kugelmann, London 12. April 1872, MEW, Bd. 33, S. 205

„Wie Du kleinbürgerliche Demonstrationen à la 13. Juni 1849 etc. mit dem jetzigen Kampf in Paris vergleichen kannst, ist mir völlig unbegreifbar. Die Weltgeschichte wäre allerdings sehr bequem zu machen, wenn der Kampf nur unter der Bedingung unfehlbar günstiger Chancen aufgenommen würde. Sie wäre andrerseits sehr mystischer Natur, wenn „Zufälligkeiten" keine

Die kurze Machtausübung des Pariser Proletariats hat gezeigt, was an den Platz des zerschlagenen bürgerlichen Staats kommen soll. Dazu Friedrich Engels am zwanzigsten Jahrestag der Pariser Kommune 1891:
„Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats."[4]

Was waren wesentliche Merkmale dieses ersten Versuchs der Errichtung der Diktatur des Proletariats?

* Nach der Machtübernahme wird die politische Leitung der Pariser Kommune durch allgemeines Wahlrecht an die gewählten, verantwortlichen und jederzeit absetzbaren Räte (Mitglieder der Kommune) übertragen.

***** Die Staatsmacht, die Kommune ist keine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft, vollziehend und gesetzgebend zugleich.

***** Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk.

***** Aufhebung des Beamtentums, alle öffentlichen Ämter, auch die Justiz, werden von gewählten Vertreterinnen besetzt, die jederzeit abwählbar sind.

***** Keine Privilegien für öffentliche AmtsträgerInnen.

***** Die Kommune zahlte für alle öffentlichen Dienste, hohe wie niedrige, nur den Lohn, den andere ArbeiterInnen empfingen.

***** Zerbrechen des geistlichen Unterdrückungswerkzeugs der Pfaffenmacht.

Das war die revolutionär-kommunistische Organisation der neuen politischen Macht des Proletariats. Das war, was die Pariser Kommune ausmachte und sie von allen anderen bisherigen politischen Systemen radikal unterschied.

Da das Proletariat zu der Zeit noch nicht imstande war – weder zahlen –, noch bewusstseins- und organisiationsmäßig – eine solche Macht langfristig aufrechtzuerhalten, ging die Pariser Kommune als heldenhafte Himmelsstürmerei des Pariser Proletariats in die Weltgeschichte ein.

1871 war der Marxismus in der ArbeiterInnenbewegung noch eine unter verschiedenen sozialistischen Theorien. Der wissenschaftliche Sozialismus hatte sich noch nicht durchgesetzt. Die Führung der Pariser Kommune war mehrheitlich von BakuninistInnen und ProudhonistInnen besetzt. Es fehlte eine richtige kommunistische Führung.

4 MEW, Bd. 17, S. 625

Rolle spielten. Diese Zufälligkeiten fallen natürlich selbst in den allgemeinen Gang der Entwicklung und werden durch andre Zufälligkeiten wieder kompensiert.
Aber Beschleunigung und Verzögerung sind sehr von solchen „Zufälligkeiten" abhängig – unter denen auch der „Zufall" des Charakters der Leute, die zuerst an der Spitze der Bewegung stehn, figuriert. Der entscheidend ungünstige „Zufall" ist diesmal keineswegs in den allgemeinen Bedingungen der französischen Gesellschaft zu suchen, sondern in der Anwesenheit der Preußen in Frankreich und ihrer Stellung dicht vor Paris.
Das wußten die Pariser sehr gut. Das wußten aber auch die bürgerlichen Kanaillen von Versailles. Ebendarum stellten sie die Pariser in die Alternative, den Kampf aufzunehmen oder ohne Kampf zu erliegen. Die Demoralisation der Arbeiterklasse in dem letztren Fall wäre ein viel größres Unglück gewesen, als der Untergang einer beliebigen Anzahl von „Führern". Der Kampf der Arbeiterklasse mit der Kapitalistenklasse und ihrem Staat ist durch den Pariser Kampf in eine neue Phase getreten. Wie die Sache auch unmittelbar verlaufe, ein neuer Ausgangspunkt von welthistorischer Wichtigkeit ist gewonnen. Adio, K.M.

Marx an Kugelmann, London, 17. April 1871, MEW Bd. 33, S. 209

Friedrich Engels London, Einleitung zum Bürgerkrieg in Frankreich März 1891

„Die Kommune mußte gleich von vornherein anerkennen, daß die Arbeiterklasse, einmal zur Herrschaft gekommen, nicht fortwirtschaften könne mit der alten Staatsmaschine; daß diese Arbeiterklasse, um nicht ihrer eignen, erst eben eroberten Herrschaft wieder verlustig zu gehn, einerseits alle die alte, bisher gegen sie selbst ausgenutzte Unterdrückungsmaschinerie beseitigen, andrerseits aber sich sichern müsse gegen ihre eignen Abgeordneten und Beamten, indem sie diese, ohne alle Ausnahme, für jederzeit absetzbar erklärte.
Worin bestand die charakteristische Eigenschaft des bisherigen Staats? Die Gesellschaft hatte zur Besorgung ihrer gemeinsamen Interessen, ursprünglich durch einfache Arbeitsteilung, sich eigne Organe geschaffen.
Aber diese Organe, deren Spitze die Staatsgewalt, hatten sich mit der Zeit, im Dienst ihrer eignen Sonderinteressen, aus Dienern der Gesellschaft zu Herren über dieselbe verwandelt. Wie dies z. B. nicht bloß in der erblichen Monarchie, sondern ebensogut in der demokratischen Republik zu sehn ist. (…)
Gegen diese in allen bisherigen Staaten unumgängliche Verwandlung des Staats und der Staatsorgane aus Dienern der Gesellschaft in Herren der Gesellschaft wandte die Kommune zwei unfehlbare Mittel an. Erstens besetzte sie alle Stellen, verwaltende, richtende, lehrende, durch Wahl nach allgemei-

Lernend aus den Erfahrungen der Pariser Kommune wurden im zwanzigsten Jahrhundert neue und erfolgreichere Versuche für die Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus geführt. Lenin zog aus der Pariser Kommune vor allem die Lehre, dass eine zielklare Führung durch eine marxistische, kommunistische Partei unentbehrlich für den Sieg einer proletarischen Revolution und für das Voranschreiten zum Sozialismus ist. In Russland wurde unter Führung der bolschewistischen Partei nach der siegreichen Oktoberrevolution der Aufbau des Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats angepackt. Auch in der VolksrepublikChina wurden, während der Zeit der Kulturrevolution, Schritte in Richtung Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats unternommen. Leider sind auch diese Versuche gescheitert. Trotz enormer Errungenschaften und Erfahrungen für das Proletariat aller Länder und die unterdrückten Völker.

Auch sie haben, wie die Pariser Kommune, gezeigt, dass eine andere Welt möglich ist! Die Alternative zum Kapitalismus ist Sozialismus und Kommunismus.

Eine andere Welt ohne Ausbeutung ist möglich. Eine andere Welt, in der die Bourgeoisie als Klasse vernichtet, in der das Proletariat die Macht innehat, in der in Einklang mit der Natur produziert und konsumiert wird. Eine andere Welt, in der auf dem Weg in eine kommunistische Gesellschaft vorangeschritten wird. Ein Weg über die Diktatur des Proletariats, in der Permanenz der Revolution.

Auf deren Fahne „Jedem/jeder nach seinen/ihren Fähigkeiten, jedem/jeder nach seinen/ihren Bedürfnissen" steht. Und der Staat überhaupt abstirbt.

Lernend aus den bisherigen Versuchen werden die zukünftigen Revolutionen die Sache des Proletariats und der Volksmassen weiter vorantreiben. Das Proletariat ist nach wie vor die Kraft, die die Menschheit vor dem Untergang in die Barbarei retten wird!

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!
Voran im Kampf für eine neue Welt!
Voran im Kampf für Volksdemokratie, Sozialismus, für den Kommunismus!
Im Geist der Pariser Kommune!

Januar 2021

Bolschewistische Partei
(Nordkurdistan/Türkei) – BP (KK/T)
mail@bolsevikparti.org ★ www.bolsevikparti.org

Trotz alledem! (Deutschland) – TA
trotzalledem1@gmx.de ★ http://trotzalledem.bplaced.net

nem Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten. Und zweitens zahlte sie für alle Dienste, hohe wie niedrige, nur den Lohn, den andre Arbeiter empfingen. Das höchste Gehalt, das sie überhaupt zahlte, war 6000 Franken.

Damit war der Stellenjägerei und dem Strebertum ein sichrer Riegel vorgeschoben, auch ohne die gebundnen Mandate bei Delegierten zu Vertretungskörpern, die noch zum Überfluß hinzugefügt wurden.

Diese Sprengung der bisherigen Staatsmacht und ihre Ersetzung durch eine neue, in Wahrheit demokratische, ist im dritten Abschnitt des „Bürgerkriegs" eingehend geschildert. Es war aber nötig, hier nochmals kurz auf einige Züge derselben einzugehn, weil gerade in Deutschland der Aberglaube an den Staat aus der Philosophie sich in das allgemeine Bewußtsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen hat. Nach der philosophischen Vorstellung ist der Staat die „Verwirklichung der Idee" oder das ins Philosophische übersetzte Reich Gottes auf Erden, das Gebiet, worauf die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit sich verwirklicht oder verwirklichen soll.

Und daraus folgt dann eine abergläubische Verehrung des Staats und alles dessen, was mit dem Staat zusammenhängt, und die sich um so leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden.

Und man glaubt schon einen ganz gewaltig kühnen Schritt getan zu haben, wenn man sich frei gemacht vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört.

In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie; und im besten Fall ein Übel, das dem im Kampf um die Klassenherrschaft siegreichen Proletariat vererbt wird und dessen schlimmste Seiten es ebensowenig wie die Kommune umhin können wird, sofort möglichst zu beschneiden, bis ein in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsenes Geschlecht imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun.

Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats."

MEW, Bd. 17, S. 623 ff

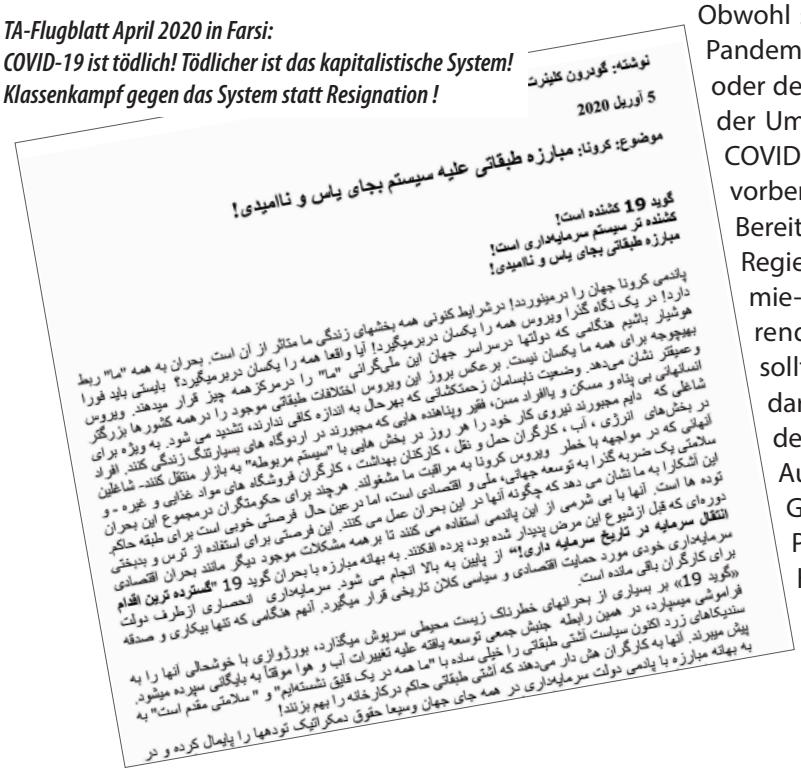
COVID-19 ist tödlich!
Tödlicher ist das kapitalistische System!
Ausweg: Sozialismus
Corona hin Corona her!
Teil III

In der letzten Ausgabe der *Trotz alledem!* haben wir in unserem COVID-19 Artikel geschrieben: „*Obwohl seit **Anfang August ein rascher Anstieg der Infektionszahlen** bundesweit zu verzeichnen ist, teilweise eine zweite Welle prognostiziert wird, werden munter Ferienreisen unternommen, Schulen ohne ausreichende Hygienemaßnahmen geöffnet und Fußballspiele mit Publikum geplant.*"

Seitdem sind die Infektionszahlen rasant in die Höhe gestiegen. Im zweiten Lockdown (sogenannter Lockdown-light) seit Anfang November haben die Herrschenden gezeigt, dass für sie Menschenleben der werktätigen Bevölkerung nur zählen als ProduzentInnen des Mehrwerts und als DienstleisterInnen, die das System aufrechterhalten.

Völlig überfüllte Schulklassen und Kindertagesstätten, mieseste Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, in Produktionsstätten wie der Fleischindustrie, bei Amazon usw. Das Leben der Werktätigen ist keinen Pfifferling wert. Warum auch? Es gibt ja weltweit genügend Menschen dieser Kategorie, die prima ausgebeutet werden können.

TA-Flugblatt April 2020 in Farsi:
COVID-19 ist tödlich! Tödlicher ist das kapitalistische System!
Klassenkampf gegen das System statt Resignation !



نوشته: گونرون کلینرت
5 آوریل 2020

موضوع: کرونا: مبارزه طبقاتی علیه سیستم بجای یاس و ناامیدی!

کووید 19 کشنده است!
کشنده تر سیستم سرمایه‌داری است!
مبارزه طبقاتی بجای یاس و ناامیدی!

پاندمی کرونا جهان را درمینوردد! درشرایط کنونی همه بخشهای زندگی ما متاثر از آن است. بحران به همه "ما" ربط دارد! در یک نگاه گذرا ویروس همه را یکسان دربرمیگیرد! آیا واقعا همه را یکسان دربرمیگیرد؟ بایستی باید فورا هوشیار باشیم هنگامی که دولتها درسراسر جهان این ملی‌گرائی "ما" را درمرکز همه چیز قرار میدهند. ویروس بهچوجه برای همه ما یکسان نیست. برعکس بروز این ویروس اختلافات طبقاتی موجود را در همه کشورها بزرگتر وعمیقتر نشان می‌دهد. وضعیت نابسامان زحمتکشانی که بهرحال به اندازه کافی ندارند، تشدید می شود. به ویژه برای انسانهائی بی پناه و مسکن و بافراد مسن، فقیر وپناهنده هایی که مجبورند در اردوگاه های بسیارتنگ زندگی کنند. شاغلین شاغلی که دایم مجبورند نیروی کار خود را هر روز در بخش هایی با "سیستم مربوطه" به بازار منتقل کنند. افراد در بخش‌های انرژی ، آب ، کارگران حمل و نقل ، کارکنان بهداشت ، کارگران فروشگاه های مواد غذایی و غیره - و انهائی که در مواجهه با خطر ویروس کرونا به توسعه جهانی، ملی و اقتصادی است، اما درعین حال فرصتی خوبی است برای طبقه حاکم. سلامتی یک ضربه گذرا به توسعه جهانی، ملی و اقتصادی است، اما درعین حال فرصتی خوبی است برای طبقه حاکم. این آشکارا به ما نشان می دهد که چگونه آنها در این بحران عمل می کنند. این فرصتی برای استفاده از ترس و بدبختی توده ها است. آنها با بی شرمی از این پاندمی استفاده می کنند تا بر همه مشکلات موجود دیگر مانند بحران اقتصادی دوره‌ای که قبل ازشیوع این مرض پدیدار شده بود، پرده افکنند. به بهانه مبارزه با بحران گوید 19 **"گسترده ترین اقدام انتقال سرمایه در تاریخ سرمایه داری!"** از پایین به بالا انجام می شود. سرمایه‌داری انحصاری ازطرف دولت برای کارگران باقی مانده است. سرمایه‌داری خودی مورد حمایت اقتصادی و سیاسی کلان تاریخی قرار میگیرد. آنهم هنگامی که تنها بیکاری و صدقه «گوید 19» بر بسیاری از بحرانهای خطرناک زیست محیطی سرپوش میگذارد، بورژوازی با خوشحالی آنها را به فراموشی میسپارد، در همین رابطه جنبش جمعی توسعه یافته علیه تغییرات آب و هوا موقتا به بایگانی سپرده میشود. ستیزکاهای زرد اکنون سیاست آشتی طبقاتی را خیلی ساده با "ما همه در یک قایق نشسته‌ایم" و " سلامتی مقدم است" به پیش میبرند. آنها به کارگران هش دار می‌دهند که آشتی طبقاتی حاکم درکارخانه را بهم نزنند! به بهانه مبارزه با پاندمی دولت سرمایه‌داری در همه جای جهان وسیعا حقوق دمکراتیک تودهها را پایمال کرده و در

Auch im so genannten harten Lockdown seit Dezember werden die Werktätigen in die Fabriken geschickt, damit die Produktion weiterläuft. Kleine Betriebe werden geopfert, sollen die doch Pleite gehen. Sollen doch hunderttausende ArbeiterInnen in die Erwerbslosigkeit katapultiert werden. Hauptsache die Wirtschaft läuft. Hauptsache das kapitalistische Ausbeutersystem bleibt erhalten!

Hunderte Milliarden Euro für die Monopole – Null Geld für das Gesundheitssystem

Während umfangreiche Pläne zur Rettung der Monopole, zum Ankurbeln der Wirtschaft, zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems geschmiedet werden, gibt es keine oder nur wirre Pläne zur Bekämpfung der Pandemie. Denn die Politik der Herrschenden fährt auf Sicht, vor allem hinsichtlich der anstehenden Landtagswahlen und der Bundestagswahl 2021. Ihr Lavieren ist auf WählerInnenfang ausgerichtet und zielt darauf, die Produktion aufrechtzuerhalten, koste es, was es wolle.

Obwohl seit Jahren klar war, dass es zu weltweiten Pandemien kommen wird – die nicht nur Ostasien oder den afrikanischen Kontinent betreffen – zeigt der Umgang der Herrschenden mit der aktuellen COVID-19-Pandemie ganz klar: Sie waren nicht vorbereitet.

Bereits 2011 hatte die WHO einen Aufruf an alle Regierungen gemacht, dass jedes Land Pandemie-Pläne ausarbeiten und die daraus resultierenden Vorsorgemaßnahmen durchziehen sollte. Pläne wurden gemacht, aber sich null daran gehalten, diese umzusetzen: Weder bei der Beschaffung von medizinischem Bedarf, Ausbau der Krankenhäuser, noch bei der Gestaltung angemessener Bezahlung des Personals geschweige denn bei der Erhöhung des Personalschlüssels etc...

Das ist Kapitalismus!

Das Gesundheitssystem – seit Jahren kaputtgespart – ist auf Maximalprofit aus-

gerichtet und nicht auf maximalen unentgeltlichen Gesundheitsschutz für die werktätige Bevölkerung. Dabei werden vor allem die Werktätigen im Gesundheitssektor verschlissen und ausgepresst.
Sie werden nicht geschützt und teilweise nicht einmal mit der notwendigen Schutzausrüstung versorgt – unfassbar, aber es fehlen Masken und Schutzkleidung. Auch als klar war, dass es mehrere Infektions-Wellen geben wird, wurden nicht genügend Kapazitäten aufgebaut. Im Gegenteil: in dieser Krise werden sogar Krankenhäuser geschlossen, wenn sie keinen Profit einfahren. Laut neuestem Bericht des Bundesrechnungshofs ist jede zehnte Klinik von Schließung bedroht. [1]
Die kapitalistische Profitmaschinerie läuft im Krankenhaussektor, in Alten- und Pflegeeinrichtungen trotz COVID-19 Krise ungebremst auf Hochtouren. Alle

Regierungen fahren mehr oder weniger die gleiche Politik – die einen offen, die anderen versteckt – gehätschelt und geschützt wird der Profit. Ältere Menschen, die am meisten Gefährdeten, chronisch Kranke, Menschen mit Behinderung, **kurz: der nicht produktive Teil der Bevölkerung** bekommt keinen Schutz und nur mangelhafte Pflege.
Die sogenannte „Triage", die Auswahl von Erkrankten für die Intensiv-Behandlung entsprechend ihrem Alter, Vorerkrankungen etc. das ist die „natürliche Auslese", die die Nazis bereits nach ihren rassistischen Kriterien betrieben hatten. Beim produktiven Teil der werktätigen Bevölkerung hat nicht die Gesundheit, sondern die Sicherung der Produktion und die Profitmaximierung Vorrang.
Also richtet sie ihre Politik auf das Überleben der Fittesten, Gesündesten und vor allem, selbstverständlich im Kapitalismus, der Reichsten.
Das Alter der meisten COVID-19-Toten liegt bei 65+. [2]
Das ist der nicht mehr produktive Teil der Bevölkerung, auf den das kapitalistische System verzichten kann.
Ihr Tod durch COVID-19 oder eine andere Pandemie ist für das kapitalistische System überhaupt kein Verlust! Das ist richtig kostengünstig, denn Altersversorgungssystem und Rentenkassen werden entlastet.
Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin – Für ein Gesundheitssystem, welches den werktätigen Menschen statt dem Profit dient!

Innere Faschisierung und Militarisierung werden vorangetrieben

Die Pandemie bietet zudem allen Regierungen weltweit eine günstige Möglichkeit, den Notstand zu proben.
Im Namen der Pandemiebekämpfung wird der Überwachungs- und Polizeistaat, die Militarisierung nach Innen ausgebaut: Bundeswehr-SoldatInnen werden in „zivilen" Bereichen, in den Gesundheitsämtern usw. ... eingesetzt.
Damit wird die Legitimität der Bundeswehr demonstriert und das Volk wird an SoldatInnen gewöhnt, die auch im zivilen Bereich „hilfreich wirken".
Im Namen des Kampfes gegen die Pandemie werden bürgerliche Freiheitsrechte enorm beschnitten. Es wird de facto per Ausnahmezustand durchregiert. Dazu gehört auch, dass der Reproduktionsbereich enorm beschnitten wird, während die Produktion unangetastet bleibt.
Auf der einen Seite sitzen die Werktätigen in überfüllten Nahverkehrsmitteln, auf der anderen Seite werden Freizeiteinrichtungen, Kulturangebote, Gastronomien geschlossen. Orte, an denen sich ausgetauscht, wo Kreativität entfaltet wird und Menschen zum Nachdenken angeregt werden.
Die in der Pandemie für die Gesundheit notwendige räumliche Distanz wird als Kappung der sozialen Begegnungen praktiziert. Und nebenbei werden die Werktätigen entlassen oder in Armut katapultiert, die nicht oder kaum organisiert sind: Beschäftigte in der

1 lokalkompass.de/dortmund/c-politik/krankenhausschliessungen-trotz-coronakrise_a1486119

2 destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/Tabellen/sonderauswertung-sterbefaelle.html?nn=209016

Gastronomie, selbständige KünstlerInnen und alle, die in diesen Bereichen arbeiten.

Klassenkampf gegen die Innere Faschisierung und Militarisierung!

Weltweite ökonomische Krise verstärkt sich zunehmend

...und umfasst immer mehr Bereiche der Wirtschaft. Mit dem Argument der Bekämpfung der Krise wird umfangreich Reichtum von **Unten nach Oben** verteilt.

Unsummen werden der Monopolbourgeoisie in den Rachen geworfen, die sich gleichzeitig weiter ihre Dividenden selbst ausbezahlt. Das Vermögen der Herrschenden hat enorme Steigerungsraten. Die reichste Schicht der Bourgeoisie der Welt ist auf Kosten der Armen noch reicher geworden.

Dazu tragen auch steigende Aktienkurse bei. Es ist der Wahnsinn des Kapitalismus, dass z.B. in Deutschland die DAX-Konzerne ihre Gewinne und Umsätze trotz Krise steigern. 18 von 21 Monopolen verzeichneten sogar höhere Umsätze, im Schnitt um sieben Prozent. Die Gewinne sind sogar um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. [3]

Die drückende Last der Krise wird wie immer auf die ArbeiterInnen, Werktätigen abgewälzt. Bereits vor der Corona-Krise stand die „Transformation", die Umstrukturierung der Produktion auf der Tagesordnung. Ganze Industriebereiche, wie Automobil, Chemie, Stahl... etc. sind betroffen.

Entwicklungs- Neuerungs- und Innovationsschübe erfolgen, nicht um das Leben der Werktätigen zu vereinfachen. **Nein!** Um sich verschärft an unserer Arbeitskraft zu bereichern, auf Kosten von massenhafter Erwerbslosigkeit und Verarmung der ArbeiterInnenklasse. Massenentlassungen waren bereits vor der Corona-Krise angekündigt. Doch jetzt werden sie ohne nennenswerten Widerstand durchgezogen.

Die Werktätigen, die KleinunternehmerInnen, Solo„selbständige" werden in den imperialistischen Ländern noch mit Almosen ruhiggestellt, von denen sie kaum leben können. Irgendwann werden die jetzt angebotenen November- Dezemberhilfen usw. ... ausgezahlt.

Aber: Die imperialistischen Staaten können nicht endlos weiter Geld „verteilen", um die Bevölkerung ruhig zu stellen. Das lässt sich nicht langfristig fortsetzen, denn es handelt sich um fiktives Geld, das von den Staatsbanken gedruckt wird. Das ist virtuelles und kein reelles Geld. **Die nächste Krise ist vorprogrammiert!**

Es gibt – wie in jeder Krise – Gewinner und Verlierer: Verlierer sind, wie immer im Kapitalismus, die ArbeiterInnen und Werktätigen. Die Ärmsten der Armen sind am massivsten betroffen, aber auch die Kleinbourgeoisie. Klar, viele Firmen und Konzerne werden Pleite gehen, bzw. die BesitzerInnen werden wechseln. Aber das ist kein Untergang des imperialistischen Wirtschaftssystems.

Gewinner dieser Krise sind mächtige internationale Finanzoligarchen, die Großkapitalisten, vor allem aktuell in der Chemie, Medizin und Pharmaindustrie.

Ökonomische Krise, AfD und Naziaufschwung

Bürgerliche Medien skandalisieren eine angebliche Querfront von „Linken Extremisten" mit faschistischen Verschwörungsideologen, Nazi-Organisationen, die gemeinsam zusammen gegen den Staat sind. „Die Demokratie sei von rechts und links bedroht".

Falsche historische Vergleiche werden angeführt: Zum Beispiel hätte es 1929 beim BVG (Berliner Verkehrsbetriebe-Streik) eine Querfront zwischen KPD und NSDAP gegeben. Zwar haben beide Parteien zu einem Streik aufgerufen, aber sie haben ihn natürlich nicht gemeinsam geführt!

Jetzt, in diesen Zeiten, in denen die Regierung mal dieses beschließt, mal jenes verordnet, ist die Verwirrung und der Unwille in der Bevölkerung groß.

FaschistInnen aller Couleur haben von Anfang an

3 handelsblatt.com/unternehmen/industrie/exklusive-auswertung-dax-konzerne-steigern-gewinne-und-umsaetze-ueberraschend-stark/25200514.html, 7.11.2020

Foto: Wald-Burger8, Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=89836583

gesehen, dass sich Umut in Schichten der Bevölkerung entwickelt und haben dies für sich genutzt.
Organisationen wie Querdenken wurden gezielt gegründet. Querdenken hat programmatische Punkte, die den Reichsbürgern ähneln. In Baden-Württemberg waren und sind diverse Weltverschwörungs-, Anthroposophen- und Esoteriker-Szenen sowie religiöse Ultras traditionell schon seit Jahrzehnten stark verwurzelt.
Klar ist aber auch, es gibt eine Stärkung der faschistischen Netzwerke, die sich deutschlandweit in Bündnissen zusammenschließen. Reichsbürger, Identitäre Bewegung (IB), III. Weg, Faschisten in Polizei und Armee.
Ein Hauptbindeglied ist nicht nur der deutsche Nazifaschismus, sondern auch die Tradition des deutschen Großmacht-Chauvinismus und Nationalismus seit Gründung des Deutschen Reichs.
Der parlamentarische Arm der Faschisten, die **AfD**, verfolgt eine rein pragmatische Politik. Zu Beginn der Pandemie hat sie zunächst die Regierung scharf kritisiert, sie würde zu wenig gegen die Pandemie tun, sie würde das Volk nicht schützen... Aber kurz darauf hat sie das Potential in der rechten Protestbewegung erkannt und ist genau in die Gegenrichtung geschwenkt: Corona gibt es nicht, alles Lüge…
Die Taktik der **Identitären** ist, ihren Einfluss in der Bewegung auszubauen, ohne sie sichtbar zu dominieren.
Martin Sellner, Kopf der österreichischen IB: *„Was jetzt schon getan werden muß und was ich seit Monaten jedem Patrioten empfehle, ist, sich in den Protest einzubringen, nützlich zu machen, dort Leute zu rekrutieren und friedliche, lokale Widerstandsnester aufzubauen… um ein latent identitäres Potential dieser Proteste zu testen und zu ‚aktivieren'".* [4]
In der Einschätzung der Corona-LeugnerInnen-Bewegung stellen wir ganz klar fest: Das ist eine Massenbewegung, in der unterschiedlichste Nazi-AkteurInnen – von AfD über Pegida, NPD, verschiedenste Nazi-Netzwerke, ReichsbürgerInnen, Identitäre – zielgerichtet eingestiegen und führend sind.

Corona, die neuste Übersetzung für Angst

Ach, ja die Angst, das hatte ja eine
besondere Funktion vor der Corona-Epidemie,
in der „menschlichen" Gesellschaft.
In der Geschichtsschreibung beginnt die neue Zeitrechnung mit dem Jahr 2020
und wird von nun an als das nullte Jahr gesetzt.
Von denen, die die Deutungshoheit besitzen, wie immer.

Es wurde auch allmählich langweilig,
das mit dem „vor Christi Geburt, nach Christi Geburt".
„Vor Corona-Epidemie, nach Corona-Epidemie",
mal etwas neues, für die Unterhaltung der Massen, endlich!

Angst vor Corona-Epidemie wirkte in jeder Lebenslage:
Angst vor Krankheit, Angst vor Armut, Angst vor Obdachlosigkeit,
Angst vor Hunger, Angst vor Arbeitslosigkeit, Angst vor der Zukunft.
Angst war und ist die Triebfeder der Ausbeutung.
Die Peitsche, mit der man das System in Gang hält.

Nun heißt es Corona damit alles beschleunigter,
aggressiver, wirkungsvoller rücksichtsloser geht.
Corona heißt die neue Keule, die mehr Angst einjagt,
die verunsichert, die parieren lässt.

Keiner will mit der „Epidemie, Pandemie, Wahndemie" sich anstecken,
obwohl schon jeder mit dem Corona-Wahn umherirrt.
Den anderen meidet, um den anderen Slalom läuft,
die neue Sportart,
entsprechend dem Diktat der Herrschaft.
Die Übersetzung von „divide et impera" lautet nun:
„Distanz zu dem Anderen halten",
davor waren es modische Sprüche,
die jeder gern annahm und sich damit schmückte:
„anders als alle anderen" oder „Individualismus".

Besorgt um eigene Gesundheit und eigenes Überleben,
besorgt um eigene Kinder und die lieben Mitmenschen,
lassen sich Werte und Normen und
jegliches Gewissen ins unkenntliche verblassen.

Während wir alle damit beschäftigt sind,
werden wir viele Generationen im Vorfeld ausgeraubt,
und den Wenigen geschenkt, ohne dass wir, die Vielen es bemerken.
Wieder einmal wird eine Krise auf unseren Rücken ausgetragen,
wieder müssen wir, die Vielen es ausbaden, was die Wenigen verzockt haben.
Wieder einmal werden wir mit der Angst, die diesmal in Corona umgetauft wurde,
geblendet, eingeschüchtert.

Wieder einmal begeben wir uns in die Hände unserer Schlächter,
wie die Nutztiere in den Corona verseuchten Schlachthöfen der Nation,
damit wir noch billiger geschlachtet, noch aggressiver zerteilt werden:
unser Leib, unsere Seele, unsere Würde, unsere Arbeitskraft.

Die Schein-Tarife werden uns nicht mehr retten,
auch wenn die Scheingewerkschaften uns
wieder einmal diese Niederungen schmackhaft machen.

26. Juni 2020 FIKIRZELAL

4 sezession.de/63203/coronademos-proxythema-lucke-effekt

Diese „Massenbewegung" ist von der Anzahl her nicht wirklich stark. Aber auch bürgerliche Schätzungen sprechen von immerhin ca. 15-20 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung.
„Liberale DemokratInnen", die bei den Demos, die eindeutig von Faschos dominiert werden, mitgehen und denken, für die Freiheitsrechte der Bevölkerung zu demonstrieren, verwehren sich massiv gegen die Vorwürfe, sie arbeiten mit offenen Nazi-Organisationen und Netzwerken zusammen. Sie würden sich nicht vereinnahmen lassen.
Das ist ein Märchen und zeigt nur, wie weit schon **nationalistisches, faschistisches Denken und Handeln „in der Mitte"** der Gesellschaft toleriert und unterstützt wird.
Die „gutwilligen" Corona-LeugnerInnen unter der Fahne „Schutz der Freiheitsrechte" unterschätzen die Gefahr dieser Viruskrankheit. Sie wollen einfach nicht verstehen, dass das vorrangigste Freiheitsrecht, ein Recht auf ein gesundes Leben ist! Die faschistischen Corona „RebellInnen" nutzen demagogisch die teilweise berechtigte Unzufriedenheit eines Teils der Bevölkerung für ihre Zwecke aus. Die Corona-LeugnerInnen-Bewegung ist insgesamt Teil der faschistischen Bewegung in Deutschland!
Bei allen Aktionen der Nazi-„Protest"bewegung ist zu sehen, wie **einseitig** der Staat reagiert, auf welcher Seite er steht.
Zum Beispiel in Berlin, in Stuttgart, wo fast wöchentlich Nazi-Anti-Corona-Aktionen stattfanden und finden. Die Reaktion des Polizei- und Staatsapparates ist, diese weitgehendst gewähren zu lassen. Auch bei angesagter Masken-, bzw. Abstandspflicht verhalten sich die Nazis offensiv demonstrativ und provozierend dagegen, und die Polizei schaut zu, verteilt gerade mal ein paar Strafzettel, wenn es hochkommt. Tausende Querdenker haben in Berlin Polizeiketten durchbrochen und sind einfach durch die Stadt marschiert, obwohl die Polizeiführung die Versammlung aufgelöst hatte.
Im Verhältnis dazu steht das brutale, gnadenlose und gewalttätige Vorgehen des Staatsapparates gegenüber sozialen AktivistInnen, UmweltschützerInnen, AntifaschistInnen. Ganz vorne dabei der Senat von Berlin „Rot-Rot-Grün" gegen die HausbesetzerInnenszene bei der Räumung des Hausprojektes Liebig 34.
Oder auch Connewitz in Leipzig, die antifaschistische Blockade in Remagen, der Überfall auf die Engels-Gedenkdemo in Wuppertal, die Räumung des Dannenröder Forsts usw. Hier wird schonungslos reingeprügelt. So zeigt sich noch einmal das wahre Gesicht der bürgerlichen Demokratie! Die Faschos sind ein untrennbarer Teil, eine Reserve der selben, bürgerlichen Klassenherrschaft.

Unsere Aufgabe:
Dass die Nazis Aktionsformen der Linken übernehmen, müssen wir benennen und bekämpfen!
Die faschistische Bewegung setzt auf vielerlei Optionen, Durchmarsch durch die Institutionen, Abkupfern von Organisierungsformen von linken und reformistischen Bewegungen. Sie setzen also stark auf Massenbewegungen von der Form links und vom Inhalt faschistisch.
Was sie alle verbindet, sie wollen ein anderes Deutschland. Allerdings nicht eine andere Klassenherrschaft, sondern die selbe Klassenherrschaft der Monopolbourgeoisie aber mit einer anderen Regierungsform. Anstatt der, ihrer Meinung nach, „verweichlichten" bürgerlichen Demokratie, fordern sie ganz offen ein faschistisches Regime: Keine MigrantInnen, keine Geflüchteten, Deutsche zuerst, autoritäre faschistische Strukturen, deutscher Großmachtchauvinismus als Leitkultur und finsterstes Patriarchat. „Alles für das deutsche Volk".

Dabei „modernisiert" sich der Faschismus in zahlreichen Bereichen: Über vielfältige virtuelle/reelle Kanäle von Kultur bis Sport, von Bildungsinhalten bis „Unternehmenskultur", von Abschaffung gewerkschaftlicher Rechte, usw. Sie zielen darauf ab, eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen.
Gepaart wird das mit roher Gewalt und Terror auf allen Ebenen. Verbreitung von Einschüchterung durch Todeslisten, offensiv angesagter Kampf gegen MigrantInnen, linke Bewegungen, gegen KommunistInnen und RevolutionärInnen. Auch Bedrohungen gegen einzelne bürgerliche PolitikerInnen bis hinein in die CDU, beispielsweise der Mord an Lübcke, dient ihnen zur Verbreitung von Angst und Schrecken.
Zu den Veranstaltungen von „Querdenken" und

Corona-LeugnerInnen kursieren in der linken Szene auch einige falsche Einschätzungen, die den „Massencharakter" dieser Aktionen überschätzen und sich davor drücken, diese insgesamt als reaktionäre, ja faschistische Aktionen zu bewerten. Es wird auch teilweise um die Vorherrschaft bzw. Führung dieser Aktionen halluziniert.
Die Querdenken-Corona-LeugnerInnen-Bewegung ist – wie auch AfD und Co. – ein Mittel der Herrschenden, sich Optionen für eine weitere Faschisierung zu schaffen. Je mehr sich diese Bewegung in die Breite entwickelt, umso mehr kann die Bourgeoisie im „Ernstfall" auf diese zurückgreifen.
Die Herrschenden brauchen momentan für die Aufrechterhaltung ihrer Macht keine faschistische Diktatur. Aber wenn es drauf ankommt, ist diese faschistisch-nationalistische Bewegung eine Option, auf die sie zurückgreifen können und werden.

Bei diesen Demos haben wir nichts verloren!
Wir gehen zum Gegenprotest und um zu stören!

Also was tun?!
Linke, revolutionäre und kommunistische Politik muss den Schutz des Lebens der Werktätigen in den Mittelpunkt stellen. Wir müssen das System kritisieren und entlarven, weil es genau das nicht tut.
Ihnen ist es letztendlich scheißegal, wie viele Werktätige an dieser Epidemie sterben und/oder langfristige gesundheitliche Schäden davontragen. COVID-19 trifft nur scheinbar „alle". Das stimmt einfach nicht.
Die Herrschenden haben natürlich im Vergleich zur werktätigen Bevölkerung viel bessere Bedingungen in puncto Gesundheitsschutz, angemessener Wohnraum usw. .... Auch Corona ist eine Klassenfrage!
Unsere Aufgabe ist es, weiter unermüdlich die heutige wichtigste Herausforderung für alle KommunistInnen zu propagieren und daran zu arbeiten, die Kommunistische Partei aufzubauen. Auch in Corona-Zeiten hat sich nichts an dieser Hauptaufgabe geändert.
Das wirkliche Übel heißt Kapitalismus und Imperialismus! **Klassenkampf ist angesagt und möglich!** Das haben etliche Aktionen, Demonstrationen und Streiks gezeigt, auch unter Corona-Bedingungen!

Zu beziehen bei:
Kollektiv Proletarische Revolution,
c/o Stiftgasse 8, 1070 Wien
www.prolrevol.worldpress.com

Inhalt

Schwerste Wirtschaftskrise seit Ende des Zweiten Weltkriegs – und alles nur wegen eines Virus?
Arbeitslosenunterstützung dauerhaft erhöhen!
Bundesheer: Militärische oder nur mehr zivile Aufgaben? – Die jüngste Farce und ein Sturm im Wasserglas
Kapitalismus mordet! – Rassistische Polizeigewalt in den USA und Österreich
75 Jahre Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen, 75 Jahre Kriegsende und Befreiung vom Nazifaschismus
Angriffe türkischer Faschisten zurückschlagen!
100 Jahre Arbeiterkammer – ein Jubiläum, aber für wen?
Ausländer, Immigranten, Migrationshintergründler, kurzum „Fremde": Chauvinismus und Rassismus als wichtigste Spaltungslinie der Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse
Solidarität mit dem palästinensischen Volk!
Neuer „strategischer Plan" der französischen Armee: Vorbereitung auf „symmetrische" Konflikte und Kriege „Staat gegen Staat"
Kritik am Artikel „Angola im Lichte von Revisionismus und Neoliberalismus – Teil I" Anmerkungen zu „Angola" in PR 82/2020
Philippinen: Lasst uns gemeinsam unsere grundlegendsten Rechte verteidigen und Duterte JETZT verdrängen! (Migrante Austria)
Die soziale Revolte im Iran – „Brot, Arbeit, Freiheit" / „Nan, kar, äzadi" – Wir dokumentieren hier einige Übersetzungen eines iranischen Aktivisten
Die Ideen der Herrschenden – Postmoderne, Postkolonialismus und Befreiung
Gastbeiträge von GenossInnen:
Fünfzehn Punkte zum Nachdenken über die „Corona-Pandemie" (4. August 2020)
Leserbrief zur „Anmerkung" zum Hanau-Flugblatt von Trotz alledem! in der PR Nr. 82

Deutsche Demokratische Republik – Anspruch und Wirklichkeit Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?

Teil 6
II. Parteikonferenz 1952 bis III. Parteikonferenz 1956

Vorbemerkung

In dieser Artikelserie stellen wir die Ergebnisse unserer intensiven Auseinandersetzung mit der Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der DDR und der SED zur Diskussion. Noch ist das keine abgeschlossene Analyse.
Aufgrund der Nachfragen von TA-LeserInnen wollen wir nochmals dazu ermuntern, uns Eure Kritiken, Anmerkungen und Ergänzungen, Gedanken mitzuteilen. Sie sind uns sehr willkommen. Unser Ziel ist, als Ergebnis der Artikelreihe Thesen und ein programmatisches Dokument zu verfassen.

Für die **SED** steht auch Anfang 1952 die nationale Frage im Zentrum ihrer Politik! Das Motto ist nach wie vor ***„Deutsche an einen Tisch"!*** Entsprechend appelliert das ZK der SED in seinem „Neujahrsaufruf": *„Vorwärts im Kampf für ein einiges, friedliebendes, demokratisches und unabhängiges Deutschland und für einen Friedensvertrag!"* Darunter fällt auch die Forderung nach Abzug aller Besatzungstruppen. [1]
So wie die antifaschistisch-demokratischen Errungenschaften wird auch der wirtschaftliche Aufbau lediglich im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gesehen: *„Die erfolgreiche Durchführung unseres großen Aufbauwerkes ist von entscheidender Bedeutung für die Erhaltung des Friedens und für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, denn jeder wirtschaftliche Erfolg, jeder Schritt zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung dient der Festigung des demokratischen Staates.*
Für den Kampf um die Einheit eines demokratischen Deutschlands ist die beispielhafte Gestaltung der demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik von größter Bedeutung. Das erfordert die enge Verbundenheit ***der Mitarbeiter der demokratischen Staatsorgane mit der Bevölkerung*** *für die Durchführung unseres großen Aufbauwerks."* [2] (Hervorh. TA)
Aufgrund dieser strategischen Ausrichtung werden Fragen des Sozialismus **nicht behandelt.**
Am 13. Februar 1952 wandte sich der Ministerrat der DDR mit dem Ersuchen an die vier Besatzungsmächte, den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen. Die Sowjetregierung antwortete eine Woche später, die Westmächte schwiegen. Daraufhin unterbreitete die Sowjetregierung *„Vorschläge der UdSSR für einen Friedensvertrag mit Deutschland. Note der Regierung der UdSSR an die Westmächte 10. März 1952"*.
Dieser Entwurf wird von den Westmächten abgelehnt mit der Begründung, eine Diskussion über den Friedensvertrag könne erst nach Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland erfolgen. Dafür aber seien die Bedingungen nicht gegeben. Einem unabhängigen Deutschland müsse gestattet werden, Militärbündnisse (mit den imperialistischen Mächten) einzugehen. Die Sowjetregierung hat zurecht erklärt, diese Forderung widerspreche dem Potsdamer Abkommen.
Die Kommunikation über den gegenseitigen Notenwechsel zwischen den vier Mächten wird Mitte September zunächst beendet. Somit scheiterte auch das letzte Bemühen der Sowjetregierung um den Abschluss eines Friedensvertrags für Deutschland.
Die Westmächte schufen in Westdeutschland bereits im Mai 1952 Fakten. Die Außenminister der drei Westmächte und Bundeskanzler Adenauer unterzeichneten in Bonn den sogenannten „Generalvertrag" zwischen ihren Staaten und der BRD. Einen Tag später wird in Paris die Bildung der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" (EVG) beschlossen.
Die Sowjetregierung beurteilt politisch beide Verträge: *„Die Regierungen, die diese ‚Abkommen' unterzeichnet haben, haben nochmals bewiesen, daß sie sowohl an einer Vereinigung Deutschlands als auch am*

1 „Neujahrsaufruf des Zentralkomitees", 01.01.1952, „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Bd. III, S. 686, Dietz Verlag Berlin, 1952 – „Dokumente SED"
2 ebenda, S. 685

Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland nicht das geringste Interesse haben, sondern das Ziel verfolgen, die Spaltung Deutschlands zu verankern und vertiefen, Westdeutschland sowie die westdeutsche Armee, die von den Regierungen der drei Westmächte aufgestellt wird, an den Nordatlantikblock zu binden und Westdeutschland vollständiger den Aggressionszwecken dieses Blocks dienstbar zu machen.
Das separate Bonner ‚Abkommen' der USA, Großbritanniens und Frankreichs mit der Regierung Adenauer stellt ein offenes Militärbündnis dar, das unverkennbar aggressive Zwecke verfolgt. Dieses ‚Abkommen' legalisiert die Wiederbelebung des deutschen Militarismus und die Aufstellung einer Westdeutschen Söldnerarmee unter faschistischen Hitlergeneralen.

Wir setzen das Wort ‚Abkommen' in Anführungszeichen, da das separate Bonner ‚Abkommen' von den Deutschen in Westdeutschland nicht frei angenommen wurde, sondern Westdeutschland gegen den Willen des deutschen Volkes aufgezwungen worden ist." [3]

Der x-te Beweis für die Strategie der imperialistischen Westmächte: Grundlegende Ablehnung einer Einheit Deutschlands auf dem Fundament einer antifaschistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung, verwirklicht auf friedlichem und demokratischem Weg – entsprechend den im Potsdamer Abkommen vereinbarten Grundsätzen.

AUFGABEN & ZIELE
II. Parteikonferenz der SED 1952

Kurz nach diesen einschneidenden Ereignissen fand die II. Parteikonferenz vom 9. bis 12. Juli 1952 statt. Walter Ulbricht stellt fest: *„Die II. Parteikonferenz findet an einem Wendepunkt der Entwicklung in Deutschland statt, in einer Situation, in der das deutsche Volk mit der Arbeiterklasse an der Spitze die Sache der Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage in seine eigenen Hände nehmen muß."* [4]
Weiterhin bekräftigt die Konferenz die bisherige Linie der SED, *„Die zentrale Frage ist und bleibt die nationale Frage".* [5] In seinem Bericht behandelt Ulbricht vier Hauptthemen: *1. Die internationale Lage. 2. Gesamtdeutsche Fragen. 3. Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik. 4. Die Fragen der Partei."*
Zur Weltlage führt er aus: *„Die Welt ist in zwei Lager gespalten, in das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus und in das Lager des Imperialismus."* [6]
Der Schwerpunkt liegt auf der Frage von Krieg und Frieden. Der Kampf für die **Erhaltung des Friedens** wird zur **Grundlage der Außenpolitik** der DDR erklärt.
Zur „Gesamtdeutschen Frage" wird die alte Politik weiterverfolgt: *„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich an die Bonner Regierung mit dem Ersuchen gewandt,* ***gemeinsame Beratungen zur Vorbereitung freier, gleicher und geheimer, demokratischer gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung durchzuführen zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands sowie Beratungen über den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den darauf folgenden Abzug aller Besatzungstruppen.***
Die Bonner Regierung und der Bonner Bundestag haben diese Vorschläge abgelehnt." [7]

3 „Über die Verschleppungstaktik der Westmächte bei Erörterung der Deutschlandfrage. Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs 23.08.1952", „Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion", Hrg. Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Bd. I, S. 306-307, Rütten & Loening Berlin, 1957
4 „Protokoll der II. Parteikonferenz der SED", S. 20, Dietz Verlag Berlin, 1952 – „Protokoll II. PK"
5 ebenda, S. 61
6 ebenda, S. 21
7 ebenda, S. 35

Im vierten Tagesordnungspunkt „Die Fragen der Partei" erklärt Ulbricht die SED hätte sich zu einer ITALIC *„Partei neuen Typus, die sich zu einer marxistisch-leninistischen Partei"* entwickelt.[8] Das war eine Neueinschätzung der SED, die allerdings ohne eine Parteidebatte verkündet und von der II. Parteikonferenz ohne jegliche konkrete Diskussion abgesegnet wurde.[9]
Zum „Aufbau der DDR" fasst Ulbricht die antifaschistisch-demokratischen Errungenschaften in vier Thesen zusammen: *„Die Arbeiterklasse hat im Staat die führende Rolle, sie hat das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft geschaffen." „Die demokratische Staatsmacht wurde weiter gestärkt." „Der volkseigene und genossenschaftliche Sektor der Wirtschaft ist zur festen ökonomischen Grundlage der neuen Ordnung geworden." „In der Landwirtschaft wurden durch die Initiative der werktätigen Bauern, durch die Entwicklung der Maschinenausleihstationen und die Anwendung fortgeschrittener Erfahrungen der Agrarwissenschaft die Erträge über die Planzahlen hinaus erhöht."*[10]

Unerwarteter Strategiewechsel: Aufbau des Sozialismus

Und dann wird plötzlich auf dieser Parteikonferenz von Ulbricht der Sozialismus aus dem Hut gezaubert: ***„In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus der werktätigen Bauernschaft und aus anderen Kreisen der Werktätigen hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, der II. Parteikonferenz vorzuschlagen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird.*** *(Die Delegierten und Gäste erheben sich von den Plätzen, spenden langanhaltenden Beifall und bringen Hochrufe auf das ZK der SED aus.)"*[11]
Dieser **abrupte Kurswechsel**, hin zum Aufbau des Sozialismus in der DDR, ist die entscheidende Wende. Auf diese Frage wollen wir uns konzentrieren.
Ulbricht betreibt hier gelinde gesagt eine üble Legendenbildung. Der auf der Konferenz vorgetragene Bericht lag der Partei nicht vor! In den Vorbereitungsdokumenten sind keinerlei Vorschläge zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR zu finden! Wie denn auch?
Alle Parteidokumente orientieren sich bis dahin auf den antifaschistisch-demokratischen Aufbau und die Einheit Deutschlands. Über den planmäßigen Aufbau des Sozialismus wurde weder diskutiert noch wurden in den Vorbereitungsdokumenten irgendwelche Vorschläge dafür gemacht. Weder innerhalb der Partei noch offen und öffentlich unter den werktätigen Massen.
Vom Kriegsende im Mai 1945 bis Juni 1952 wurde von KPD und SPD, später SED, keine Agitation und Propaganda bzw. Aufklärung für den Aufbau des Sozialismus in der SBZ/DDR betrieben. Der Sozialismus war für die SED ein fernes Ziel.
Der Klassenkampf wurde der nationalen Frage, der Einheit Deutschlands untergeordnet und diese in den Mittelpunkt gestellt. Die ArbeiterInnenklasse und die Werktätigen wurden für die nationale Einheit mobilisiert nicht für den Kampf um den Sozialismus.
Natürlich stellte sich folgende Frage: Wie sollte bzw. konnte in einem Land mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen werden, in dem die übergroße Mehrheit des Volkes während der Herrschaft des Faschismus seinem Führer huldigte? Im besten Fall war die Mehrheit der Bevölkerung 1952 zur Zeit der II. Parteikonferenz antifaschistisch-demokratisch aber eben auf nationalistischer Grundlage. Die große Mehrheit der ArbeiterInnenklasse und Werktätigen waren auch im Jahr 1952 keine klassenbewussten, für den Sozialismus kämpfenden Menschen. Dieses Dilemma richtig zu lösen war die Aufgabe der SED.
Sie trägt die Verantwortung dafür, dass ihr das nicht gelungen ist. Im Gegenteil: sie trat dem deutschen Nationalismus nicht ausreichend entgegen, sondern befeuerte diesen teilweise. Vor allem aber packte sie die Aufgabe der Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins des Proletariats nicht an. Sie hat nicht offensiv die Propaganda für den Übergang von einer antifaschistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung zum Sozialismus entfaltet.
Angesichts der objektiven Bedingungen war der Aufbau des Sozialismus sofort nach 1945, vor allem bedingt durch den schwachen subjektiven Faktor, nicht möglich. Die mangelnde Kraft der KommunistInnen, der KPD, die durch den faschistischen Terror stark geschwächt war, die ideologisch-politische Verhetzung breiter Schichten der Bevölkerung durch den Nazifaschismus machte es unmöglich, sofort mit dem Aufbau des Sozialismus anzufangen. Diese Situation hätte offen problematisiert und angegangen werden müssen.
In der DDR hätte die SED spätestens Anfang der 1950er Jahre, gegen die an der politischen Macht mitbeteiligten Teile der Bourgeoisie, einen offensiven ideologisch-politischen Kampf führen müssen, mit dem Ziel ihrer Entmachtung. Damit die Übernahme der Macht im Staat durch die ArbeiterInnenklasse und Werktätigen verwirklicht werden kann. Innerhalb der

8 ebenda, S. 129
9 Ausführlich siehe hierzu unseren Artikel „SED – Entwicklung zur Partei neuen Typus?", Teil 5 der Reihe „DDR Anspruch und Wirklichkeit", TA Nr. 85, S. 37-55
10 „Protokoll II. PK", S. 57-58
11 ebenda, S. 58

ArbeiterInnenklasse und werktätigen Massen hätte das Bewusstsein entwickelt werden müssen, wir brauchen die Diktatur des Proletariats, um zum Sozialismus voran zu schreiten!
Dieser ideologische Kampf wurde nicht geführt! Ökonomisch wurde der Kampf für den Sozialismus nicht gegen die Bourgeoisie insgesamt, sondern de facto als Kampf gegen die Großbourgeoisie propagiert und ausgeführt.
Der **erste wirtschaftliche Fünf-Jahresplan 1951-1955** [12] enthielt keinerlei Maßnahmen, um die wirtschaftliche Macht der mittleren und Kleinbourgeoisie in der Stadt oder auf dem Land zu schwächen. Im Gegenteil, vorgesehen war, dass sich die Wirtschaft in diesem privaten Sektor um 60 Prozent entwickeln sollte.

II. Parteikonferenz, Berlin, 9. bis 12. Juli 1952

Das heißt nichts anderes, dass diese Teile der Bourgeoisie weiter Profit erwirtschaften und sich bereichern konnten. Unter den gegebenen Verhältnissen war es auch nicht möglich, die Bourgeoisie als Klasse insgesamt anzugreifen, weil das Bewusstsein und der Organisationsgrad des Proletariats das nicht zuließ.
Anstatt aber diesen Fakt festzustellen, die sich daraus ergebenden Aufgaben festzulegen und diese anzupacken, wurde einfach verkündet, wir bauen nun den Sozialismus auf!
Ohne Entmachtung der Teile der Bourgeoisie – die mit an der Macht waren – konnte keine Diktatur des Proletariats errichtet werden. Und ohne Diktatur des Proletariats kann kein Aufbau des Sozialismus angepackt und können keine sozialistischen Maßnahmen umgesetzt werden.
Aber genau diese Frage hat ja die SED gar nicht gestellt! Sie hat den *„demokratischen Weg zum Sozialismus" „auf dem Boden der demokratischen Republik"* in ihr „Programm" geschrieben. Ganz „demokratisch" löst die SED die Machtfrage damit, dass sie die Volksdemokratie ins Spiel bringt und die Ordnung in der DDR als volksdemokratisch deklariert.
Da die Volksdemokratie zu einer „Form der Diktatur des Proletariats" erklärt wird, braucht man ja keinen Klassenkampf, um die VertreterInnen der Bourgeoisie von der Macht zu entfernen!
Also beschließt im Juli 1952 das ZK der SED ohne eine Diskussion in der Partei und in der Öffentlichkeit, „planmäßig die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen":

„Die II. Parteikonferenz stellt fest:
Sechstens: Die politischen und die ökonomischen Bedingungen sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind so weit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik geworden ist.
Das deutsche Volk, aus dem die bedeutendsten deutschen Wissenschaftler Karl Marx und Friedrich Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, hervorgegangen sind, wird unter der Führung der Arbeiterklasse die großen Ideen des Sozialismus verwirklichen." [13]

Der Kurs wird unmissverständlich mit den politischen und ökonomischen Bedingungen und dem Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse und der Mehrheit der Werktätigen begründet. Die gesellschaftliche Realität hingegen spricht eine ganz andere Sprache.
Die politischen Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus waren nicht gegeben. Es wurde keine Diktatur des Proletariats errichtet. Teile der Bourgeoisie waren immer noch an der Macht beteiligt. Das wollte die SED auch nicht ändern.
Eine Zusammenarbeit mit den Parteien, die als politische VertreterInnen der Bourgeoisie agierten Christlich-Demokratische Union (CDU), Liberal-Demokratische Partei Deutschland (LDPD) u.a.) wurde als nötig erachtet.
Ulbricht stellt richtig fest: ***„Das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht".*** Was wird daraus gemacht? Statt

12 Der 5 Jahresplan wurde vom III. Parteitag der SED (20. – 24.07.1950) beschlossen und später von der Regierung, bzw. dem Ministerrat der DDR am 17.08.1950 gebilligt. „Protokoll des III. Parteitages der SED", Bd. II, S. 276-306, Dietz Verlag Berlin, 1951 – „Protokoll III. Parteitag".

13 „Protokoll II. PK", S. 492

den Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats, die Entmachtung der Bourgeoisie an der Macht aufzunehmen, wird lapidar festgestellt:

„Die volksdemokratische Grundlagen der Staatsmacht werden ständig gefestigt."

In diesem Zusammenhang wird sogar die Festigung des antifaschistisch-demokratischen Blocks verteidigt. *„Dazu trägt die weitere Festigung des Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien bei. Dieser Staat der Werktätigen hat zwei Klassen zur Grundlage: die Arbeiterklasse und die Klasse der werktätigen Bauernschaft. Die beiden Klassen sind durch das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Werktätigen Bauern verbunden. Außerdem gibt es bei uns die der Arbeiterklasse nahestehende Schicht der Intelligenz, der eine sehr wichtige gesellschaftliche Bedeutung zukommt (…)"* [14]

Hier wird ganz offensichtlich die Bourgeoisie als Klasse ignoriert und unterschlagen. Die Staatsmacht wird zum „Staat der Werktätigen" umgedichtet. Hier mischt sich der Revisionismus mit der Verleugnung der Realität. Damit wird das Märchen erzählt, die politischen Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus seien vorhanden.

Die SED schätzt vor allem den subjektiven Faktor, das Bewusstsein der ArbeiterInnen und Werktätigen eindeutig falsch ein.

Grotewohl führt später auf dem IV. Parteitag 1954 aus: *„Es besteht natürlich kein Zweifel daran, daß die Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik sich in ihrer Gesamtheit noch nicht bewußt geworden ist, daß sie die herrschende Klasse im Staate ist. Aber ‚im gesellschaftlichen Leben ändern sich zuerst die materiellen Bedingungen und dann dementsprechend auch das Denken der Menschen, ihre Sitten, Gewohnheiten, ihre Weltanschauung'. Dieser Prozeß ist in der Deutschen Demokratischen Republik sichtbar. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik leben unter Bedingungen der Übergangsperiode, in einer Klassengesellschaft, in der fortwährend fremde, bürgerliche ideologische Einflüsse auf sie einströmen.*

Viele ehemalige Nazis, Staatsbeamte, Offiziere, bürgerliche und kleinbürgerliche Elemente, die nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus in unsere Betriebe als ‚Arbeiter' kamen, erliegen oft noch der verwirrenden Hetze der Feinde des deutschen Volkes und tragen täglich die bürgerliche Ideologie in die Arbeiterklasse. Darum verhalten sich noch viele Arbeiter passiv, sind gegenüber Schwätzern, Bürokraten und Feinden unkritisch. Die Macht der alten Gewohnheit, der Tradition, ist in den Köpfen vieler Menschen noch verwurzelt. Das Bewußtsein der Massen als Widerspiegelung der objektiven Realität formt und bildet sich hier langsamer und dort rascher, immer aber erst auf Grund der neuen Umweltbedingungen. Herzen und Hirne der Mehrheit der Arbeiterklasse für die sozialistische Ideologie zu gewinnen, einen entschiedenen Kampf gegen die bürgerliche Ideologie in allen ihren Erscheinungsformen zu führen, das ist die Aufgabe der Partei und des Staates." [15]

Damit stellt Grotewohl fest, dass ihre Einschätzung 1952 das *„Bewußtsein der ArbeiterInnenklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind so weit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der DDR geworden ist"* nicht zutreffend war.

Auch ein Jahr nach der Verkündung des Kurses „Aufbau des Sozialismus in der DDR" wird in der Einschätzung der Ereignisse vom 17. Juni 1953 faktisch von der SED selbst die subjektivistische falsche Haltung der II. Parteikonferenz widerlegt. Als Fehler und Mängel werden benannt: *„Besonders mangelhaft war die marxistisch-leninistische Schulung der führenden Kader der Partei. (…) Die organisatorischen Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus wurden vielfach verletzt, die innerparteiliche Demokratie schwach entwickelt und Kritik und Selbstkritik ungenügend entfaltet."* [16]

Ernst-Thälman-Kulturhaus, Magdeburg, 7. August 1952

Das Politbüro kritisiert im September 1953 einen Artikel des Neuen Deutschlands und verpflichtet die Redaktion einen neuen zu verfassen **mit folgendem Inhalt:** *„In diesem Artikel ist zu erklären, daß die besondere Wichtigkeit der Arbeit mit dem Parteiaktiv der SED*

14 ebenda, S. 59

15 „Protokoll des IV. Parteitages der SED", S. 667- 668, Dietz Verlag Berlin, 1954

16 „Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei", 26.07.1952, „Dokumente SED", Bd. IV, S. 470,

in der nächsten Zeit sich daraus ergibt, daß die SED mehr als 1 200 000 Mitglieder zählt, von denen ein großer Teil keine politische Ausbildung und Parteistählung hat.
In der Partei gibt es nicht wenige passive Mitglieder. Ein Teil der aus der SPD in die SED gekommenen Mitglieder hat, wie Tatsachen zeigten, noch nicht die sozialdemokratischen Ansichten in einer Reihe wichtiger politischer und organisatorischer Fragen überwunden." [17]
Während vom ZK der SED der II. Parteikonferenz Juli 1952 vorgeschlagen wurde, die Einschätzung zu treffen, dass *„in der DDR der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird"* und bevor überhaupt die II. Parteikonferenz dazu einen Beschluss gefasst hat, spricht Ulbricht schon in seinem Referat vom *„sozialistischen Eigentum"*: *„Die Schaffung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus erfordert bei uns zunächst die* ***Mehrung des sozialistischen Eigentums****,* ***das dem Volke gehört, indem der volkseigene Sektor der Wirtschaft, der sozialistischen Charakter angenommen hat****, weiterentwickelt wird. Was die Mittelschicht betrifft, so haben wir entgegen den Behauptungen des Gegners nicht die Absicht, den Weg der Enteignung der kleinen Privatunternehmer zu beschreiten, da wir nicht gewillt sind, dem*

17 „Stellungnahme des Politbüros zum Leitartikel des ‚Neuen Deutschland', ‚Über die Bedeutung des Parteiaktivs'", 19.09.1953, „Dokumente SED", Bd. IV, S. 508-509

XX. Parteitag der KPdSU und Politikwechsel der SED

Das Jahr 1953 war für die Kommunistische Weltbewegung ein Meilenstein bzw. ein Wendejahr! Die Fehler der Kommunistischen Weltbewegung während des Zweiten Weltkriegs und die sich daraus entwickelnden revisionistischen Positionen hatten sich nach 1945 immer mehr verbreitet und vertieft. Auch in der **Kommunistischen Partei der Sowjetunion** (KPdSU) entwickelte sich der moderne Revisionismus. Die MarxistInnen-LeninistInnen waren in der Tat in der Minderheit. Stalin und seine marxistisch-leninistischen MitstreiterInnen waren praktisch die Bremse in der Entwicklung des offenen Revisionismus. Da die KPdSU die führende Partei der Kommunistischen Weltbewegung war, beriefen sich Parteien wie die SED pro forma auf den Marxismus-Leninismus und verteidigten ihre revisionistische Politik und Methoden nicht offensiv.
Der Tod Stalins am 5. März 1953 bewirkte einen Dammbruch. Schon am 6. März 1953 wurde unter dem Vorwand, die reibungslose und richtige Leitung des ganzen Lebens des Landes abzusichern, eine Reihe von Maßnahmen zur Organisierung der Partei- und Staatsleitung beschlossen. Das lief unter dem Etikett „Abbau bürokratischer Institutionen" und „Erweiterung der Sowjetdemokratie".
Auf dem 5. Plenum des ZK, 2. bis 7. Juli 1953, wird durch einen Putsch Lawrentij Pawlowitsch Berija, Leiter des NKWD, Volkskommissar des Inneren, festgenommen und entmachtet. Die „Informatorische Mitteilung" vom 10. Juli in der Prawda verweist auf einen Bericht Malenkows, im Namen des Präsidiums des ZK, über die „verbrecherischen partei- und staatsfeindlichen Handlungen" Berijas. Er wurde erörtert und vom Plenum angenommen:
„Diese verbrecherischen Handlungen waren auf die Untergrabung des Sowjetstaates im Interesse des ausländischen Kapitals gerichtet und äußerten sich in den verräterischen Versuchen, das Innenministerium der UdSSR über die Regierung und die KPdSU zu stellen. Das Plenum faßte den Beschluß, L.P. Berija aus dem ZK der KPdSU zu entfernen und ihn als Feind der KP und des Sowjetvolkes aus der KPdSU auszuschließen." [1]
Berija war nach bürgerlicher Lesart einer der „Stalinisten" in der Parteiführung, also Anhänger der politischen Linie Stalins. Er wurde vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und erschossen. Das war die Chance für Chruschtschow zur Übernahme der Macht!
Ebenfalls im Juli hielt Malenkow auf der fünften Tagung des Obersten Sowjets eine Rede über den Staatshaushaltsplan, die Volkswirtschaft, die „unaufschiebbaren Aufgaben" in Industrie und Landwirtschaft, über die Maßnahmen zur weiteren Steigerung des materiellen Wohlstandes des Volkes usw. In dieser Rede sind alle programmatischen Grundsätze bereits enthalten, die drei Jahre später auf dem **XX. Parteitag** als revisionistische Generallinie der KPdSU beschlossen werden.
Von der friedlichen Koexistenz als außenpolitische Leitlinie bis hin zum Vorrang der Entwicklung der Leichtindustrie gegenüber der Schwerindustrie.
Statt der verkündeten Weiterentwicklung des Sozialismus hatte die Hauptrichtung der Politik jetzt ein gegenteiliges Ziel:
Eigentumsformen werden beständig von höheren zu niedrigeren gesellschaftlichen Eigentumsformen verändert und gehen in Richtung Zulassung und Erweiterung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Der XX. Parteitag der KPdSU hat diese Entwicklung dann im Februar 1956 offiziell gekrönt!
Chruschtschow wird im September zum ersten Sekretär des ZK der KPdSU gewählt. Diese Entwicklung in der Sowjetunion war auch für die SED und ihre weitere Politik von entscheidender Bedeutung. Gespräche der SED-Führung mit Mitgliedern der KPdSU wurden geführt und „Ratschläge" und „Vorschläge" erteilt! Noch bevor die KPdSU den Vorrang der Schwerindustrie vor der Leichtindustrie aufgegeben hat, hatte die SED sich bereits dahingehend entschieden.

1 „Informatorische Mitteilung", 14.05.1953, 13. Tagung des ZK, „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK", Bd. 11, S. 85

Staate unnötig die Last des Unterhalts dieser Schichten und die Funktionen, die sie gegenwärtig in der gesellschaftlichen Produktion ausüben, aufzubürden." (Hervorh. TA) [18]

Damit wird dem volkseigenen Sektor der Wirtschaft bereits ein sozialistischer Charakter „bescheinigt"! Das heißt nichts anderes, als das staatliche Eigentum an sich – ohne Diktatur des Proletariats – als sozialistisch auszugeben.

Der Trick mit dem die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats als Voraussetzung für den Sozialismus umgangen wird, besteht darin, die Volksdemokratie zu einer Form der Diktatur des Proletariats zu erklären. Das ist kein Marxismus-Leninismus, sondern eine pure revisionistische Theorie, die nach dem Zweiten Weltkrieg innerhalb der Kommunistischen Weltbewegung verbreitet und heute noch von vielen reformistischen Strömungen, die sich kommunistisch nennen, verteidigt wird.

Der planmäßige Aufbau des Sozialismus wird völlig falsch in Zusammenhang mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands begründet. *„Unsere Politik der Entwicklung der Demokratie und des Aufbaus des Sozialismus wird die Pläne der Adenauer-Clique und ihrer großkapitalistischen Hintermänner zunichte machen. Die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik wird helfen, den Bonner Blutsbrüdern des amerikanischen Monopolkapitals, den westdeutschen Konzern- und Bankherren, eine entscheidende Niederlage beizubringen.*

Mögen sich die werktätige Bevölkerung Westdeutschlands und alle friedliebenden Menschen von der Wirklichkeit des sozialistischen Aufbaus bei uns überzeugen. (Beifall.) [19]

Und weiter: *„An dem Tage, an dem Adenauer das Ja zum Generalvertrag, das heißt zur Spaltung Deutschlands, zur Rechtlosigkeit Deutschlands, zur Versklavung Deutschlands, zum Bruderkrieg und zur Vernichtung Deutschlands vom Parlament forderte, forderte das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom Parlament der deutschen Arbeiterklasse das Ja zum Sozialismus. (Die Delegierten und Gäste erheben sich von den Plätzen und spenden lang anhaltenden, stürmischen Beifall.)"* [20]

Die Umorientierung auf den Aufbau des Sozialismus in der DDR war also nichts anderes als eine Reaktion gegen die „Bonner Regierung", gegen den „Generalvertrag" und gegen die Vertiefung der Spaltung Deutschlands. Also war der Versuch, Kurs auf den Aufbau des Sozialismus in der DDR zu nehmen, eine Reaktion auf die Haltung der Westmächte und westdeutschen Bourgeoisie, die eine Einheit der beiden deutschen Staaten torpediert haben. Dieser Versuch scheiterte aber an der Realität. Die SED entwickelte sich nicht zu einer Partei neuen Typus.

Die Mehrheit der ArbeiterInnen und Werktätigen waren nicht bereit, für den Sozialismus zu kämpfen. Viele KleinbürgerInnen, auch Werktätige setzten sich aus diesen Gründen aus der DDR in den Westen ab. Versorgungsschwierigkeiten und wachsende Unzufriedenheit unter den ArbeiterInnen und anderen Bevölkerungsschichten wurden immer sichtbarer.

Weg vom Kurs „Beschleunigter Aufbau des Sozialismus" Auf zu neuen Ufern! Neuer Kurs!

Die zentralen Herausforderungen für die SED und DDR waren im Jahr 1953 die Arbeitsnormen-Frage, die Unzufriedenheit der ArbeiterInnen und der Aufruhr am 17. Juni und ihre politischen Antworten darauf.

Erhöhung der Arbeitsnormen ...

Nach den von der SED bereits im November 1952 im Zuge des Kurses „Aufbau des Sozialismus" verhängten Sparmaßnahmen, startet Anfang Februar 1953 das ZK

18 „Protokoll II. PK", S. 60
19 Protokoll II. PK", S. 62
20 „Protokoll II. PK", S. 347

der SED den „Feldzug für strenge Sparsamkeit“ [21], um die *„sozialistische Wirtschaftsführung“* durchzusetzen. In diesem Beschluss wird das Bild einer desolaten Lage in Wirtschaft, Verwaltung und Versorgung der Bevölkerung gezeichnet.

Es werden angeprangert: Das Verschleudern von Ressourcen, fehlende Leitung sowie Kontrolle der Betriebsabläufe, Bereicherung, das Versagen von Parteikadern und -organisationen.

Die *„ständige Erhöhung der Produktivität der Arbeit“* und die Abschaffung *„mangelhafter Arbeitsnormen“* werden als entscheidende Hebel für eine ökonomische Verbesserung angemahnt.

Mit der selben Zielsetzung fasst das ZK am 14. Mai einen weiteren Beschluss **„Über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Durchführung strengster Sparsamkeit“***: „Der von der II. Parteikonferenz gefaßte Beschluß zur Schaffung der Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus (…) erfordert, (…) die Stärkung der sozialistischen Industrie, das heißt Rekonstruktion der bestehenden und Errichtung neuer sozialistischer Betriebe, Entwicklung der Schwerindustrie und des Maschinenbaus entsprechend den Gesetzen über die erweiterte Reproduktion der sozialistischen Wirtschaft.*

Die Lösung dieser Aufgaben erfordert vor allem ununterbrochene Steigerung der Arbeitsproduktivität und die ständige Senkung der Selbstkosten.“ [22]

Auch in diesem Dokument wird die Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen als ein zentrales Kettenglied für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus angesehen. Es wird ausgeführt, ohne diese Maßnahmen wäre es nicht möglich, die ökonomischen Grundgesetze des Sozialismus, die von Stalin formuliert wurden, umzusetzen. Diese Arbeitsnormen sollen um durchschnittlich mindestens 10 Prozent erhöht und **bis 1. Juni 1953 in den Betrieben** durchgesetzt werden. Die DDR-Regierung erlässt Ende Mai gesetzliche Regelungen hierzu.

Die **Erhöhung der Arbeitsnormen** verschlechterte die Lage der ArbeiterInnen **extrem, da sie jetzt für gleichen Lohn mehr Arbeit leisten sollten.** Wut und Ärger, ja Aufbegehren in der ArbeiterInnenschaft stauten sich immer mehr auf. Sie wurden faktisch für das weitgehende Versagen der Parteiführung, der Kader, der staatlichen Wirtschaftsorgane und Regierung in der Organisierung des Wirtschaftslebens verantwortlich gemacht. Sie sollten dafür mehr schuften bei gleichbleibend schlechten ökonomischen Bedingungen und massiv verstärktem Arbeitsdruck.

ArbeiterInnen, Betriebskollektive von Baustellen und aus Fabriken stellten ungeduldig zahlreiche Anfragen zur Erhöhung der Arbeitsnormen und trugen Kritiken vor. Am 16. Juni 1953 erscheint ein Artikel des FDGB-Vorsitzenden Otto Lehmann [23] in der Gewerkschaftszeitung **„Tribüne“.** Ohne auf die Kritiken bzw. Bedenken der Werktätigen gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen einzugehen, werden alle Beschlüsse von Regierung und Partei in vollem Umfang stereotyp und geradezu unterwürfig verteidigt.

Am gleichen Tag wurde eine **„Erklärung des Politbüros zur Normenfrage“** veröffentlicht.

In drei Punkten wird knapp, bürokratisch und in keiner Weise überzeugend, die Haltung der SED verteidigt. Im **ersten Punkt** heißt es, für die Verbesserung der Lebensbedingungen sei die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Steigerung der Produktion absolut notwendig. Die Losung der SED *„Mehr produzieren – besser leben“* habe sich bewährt. Dieser Weg war und bleibe der einzig richtige Weg.

Wichtigste Aufgaben der Betriebsleiter, der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen seien, Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsorganisation und der Produktion zu ergreifen, damit in der nächsten Zeit der Lohn der ArbeiterInnen, die ihre Normen erhöht haben, gesteigert werden kann.

Unter **Punkt zwei** wird eine nebulöse Kritik an einer Durchsetzung der Normenerhöhung auf administrativem Wege vorgebracht, wobei völlig unklar ist, gegen wen sich diese konkret richtet. Betont wird, die Durchsetzung könne **nur** auf der Grundlage der Überzeugung und der Freiwilligkeit erfolgen.

Im **dritten Punkt** wird eine 180-Grad-Wende vorgenommen. Vorgeschlagen wird, *„die obligatorische Erhöhung der Arbeitsnormen sei als unrichtig aufzuheben. Der Beschluß der Regierung vom 28. Mai 1953 ist gemeinsam mit den Gewerkschaften zu überprüfen.“*

21 „Feldzug für strenge Sparsamkeit, Beschluß des Zentralkomitees vom 03.02.1953“, „Dokumente SED“, Bd. IV, S. 263

22 „Über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Durchführung strengster Sparsamkeit“, 14.05.1953, „Dokumente SED“, Bd. IV, S. 410

23 FDGB – Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, Einheits-Gewerkschaft der DDR-ArbeiterInnenklasse

Abschließend fordert das Politbüro *„die Arbeiter auf, sich um die Partei und um die Regierung zusammenzuschließen und die feindlichen Provokateure zu entlarven, welche versuchen, Unstimmigkeiten und Verwirrungen in die Reihen der Arbeiterklasse hineinzutragen."* [24]
Diese halbherzige, engstirnige Erklärung nimmt die Erhöhung der Arbeitsnormen nicht generell zurück und kommt viel zu spät. Diese Reaktion stachelte die aufgewühlten Arbeiterinnen zu Recht in ihrer Wut an.

... und der 17. Juni

Der 17. Juni beginnt mit Massendemonstrationen, Protesten und Streiks vor allem von ArbeiterInnen in Ost-Berlin. Aber auch in der ganzen DDR streiken und protestieren ArbeiterInnen der großen Kombinate und VEB (Volkseigene Betriebe), des Bauwesens, des Bergbaus, der chemischen und Eisen produzierenden Grundstoffindustrien und des Maschinenbaus. Viele ihrer berechtigten Forderungen, vor allem gegen die Arbeitsnormerhöhungen werden lautstark eingefordert. Nach verschiedenen Angaben kam es zu Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen an mehr als 250 Orten.
Gleichzeitig – und das ist die andere Seite der Medaille – hetzten seit der Spaltung Deutschlands die Westalliierten, die westdeutsche Bonner Regierung des deutschen Imperialismus mit allen Mitteln gegen den antifaschistisch-demokratischen Aufbau der DDR. Aggressiv versuchten sie, sich die „Ostzone" wieder einzuverleiben. Westberlin war unter der Herrschaft der drei Westmächte und des Westberliner Senats zur Speerspitze des Kampfes gegen die DDR sowie zum Schaufenster des Westens ausgebaut worden. Die Konterrevolution wühlte in der DDR mit Geheimdiensten und Sabotagegruppen. Insofern war von vorneherein klar, dass jede Protestbewegung, die sich gegen DDR-Regierung und SED richtet, selbstverständlich auch von diesen Kräften befeuert, teils mit vorbereitet wurde. Die Ausweitung und Radikalisierung der Demonstrationen gegen den Staat, die Einflussnahme und aktive Beteiligung von Provokateuren und Agenten, veranlassten den Militärkommandanten des sowjetischen Sektors, Generalmajor Dibrowa, den Ausnahmezustand zu verhängen.
Die Proteste und Streiks wurden durch DDR-Polizeikräfte und sowjetische Truppen niedergeschlagen und beendet! Viele ArbeiterInnen wurden verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Unruhen hielten vereinzelt noch einige Tage und Wochen an.
Auf die Ereignisse vom 17. Juni reagiert das ZK der SED [25] erst vier Tage später. Die neue Orientierung wird als richtiger Weg verteidigt und soll planmäßig fortgesetzt werden. Neue Maßnahmen werden entschieden, die laut ZK der SED für die Durchführung des neuen Kurses erforderlich sind.
In dem Zusammenhang stellt das ZK der SED fest: *„Heute kommt alles auf die Taten an. Daher erklärt das Zentralkomitee zu diesem entscheidenden Punkt heute nur das eine: Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter!"* [26]
Diese richtige Erkenntnis hätte Ausgangspunkt für eine grundlegende Selbstkritik von SED und Regierung sein können. Aber es war nur ein reines Lippenbekenntnis.

Auf der 15. Tagung [27] bestätigt das ZK den eingeschlagenen Richtungswechsel und nimmt am 26. Juli die Entschließung **„Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei"** an. Die Protestbewegung am 17. Juni und die damit zusammenhängenden Aktivitäten von westlichen Agenten und Provokateuren werden insgesamt als **faschistischer Putschversuch** verdammt. Unselbstkritisches, armseliges Fazit der SED: ***„Diese Generallinie der Partei war und bleibt richtig."***
Belegbar ist, die imperialistischen Besatzungsmächte und die BRD haben sich schon lange für einen „Tag-X" in der DDR vorbereitet. Ebenso haben verschiedene Geheimdienste, Provokateure, Agenten versucht, die Proteste, Streiks sowie die Unzufriedenheit der Arbei-

24 „Erklärung des Politbüros zur Normenfrage", 16.06.1953, Dokumente der SED, Bd. IV, S. 433, Dietz Verlag Berlin, 1954

25 „Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei", 21.06.1953, „SED Dokumente", Bd. IV, S. 436-445

26 ebenda, S. 441

27 Entschließung des ZK, „Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei", 26.07.1953, „SED Dokumente", Bd. IV, S. 467

Zeittafel Januar 1952 – August 1956

1952

1. Januar: „Neujahrsaufruf des Zentralkomitees" der SED. Appell zum Kampf, für ein einiges, friedliebendes, demokratisches und unabhängiges Deutschland und für einen Friedensvertrag

13. Februar: Ministerrat der DDR Vorschlag an die vier Großmächte, den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen

10. März: UdSSR unterbreitet in einer Note an die Westmächte einen Entwurf für den Friedensvertrag mit Deutschland

24. März: Brief des ZK der SED an den Parteivorstand der SPD: „Für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands"

16. April: Appell des ZK der SED „Ruf an die Nation" gegen den Generalkriegsvertrag

21. Mai: Aufruf des Nationalrats der nationalen Front des demokratischen Deutschlands „An alle deutschen Patrioten zum nationalen Volkswiderstand gegen den Generalkriegsvertrag (EVG) der Westmächte"

9. bis 12. Juli: II. Parteikonferenz der SED. Beschluss: „Zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus". Der „Aufbau des Sozialismus" wird zur „grundlegenden Aufgabe in der DDR"

19. September: Überreichung der Verständigungsvorschläge der Delegation der Volkskammer der DDR in Bonn an den Präsidenten des Bundestages

1953

14. März: Offener Brief des ZK der SED an die Mitglieder der SPD

20. März: Appell der Volkskammer der DDR an das deutsche Volk zum gemeinsamen Kampf für Einheit und Frieden, gegen Generalkriegsvertrag und EVG-Abkommen

14. Mai: Beschluss des ZK der SED: *„Über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Durchführung strengster Sparsamkeit"*

9. Juni: Kommuniqués des Politbüros der SED mit Empfehlungen an die Regierung für Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenshaltung aller Teile der Bevölkerung und zur Stärkung der Rechtssicherheit in der DDR *„Kommuniqué des Politbüro 9. Juni 1953"*. Empfehlungen an die Regierung, einen Kurswechsel in der Politik anzubahnen. Die DDR-Regierung beschließt zwei Tage später, am 11. Juni, alle vorgeschlagenen Maßnahmen per Gesetzgebung

16. Juni: *„Erklärung des Politbüros zur Normenfrage".* Versuch der SED Führung einen Tag vor dem 17. Juni, den aufbegehrenden ArbeiterInnen Zugeständnisse zu machen. Rückschritte werden gemacht und der Kurswechsel verstärkt

17. Juni: ArbeiterInnen-Proteste gegen Arbeitsnormen-Erhöhung. Westmedien und Provokateure heizen die Stimmung an. Unterdrückung des Aufruhrs durch DDR-Polizeikräfte und sowjetisches Militär.

21. Juni: *„Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei"*, Beschluss des ZK. Begründung für den Richtungswechsel im Kommuniqué und in den Regierungsmaßnahmen vom 11. Juni. Zunächst wird nur von einer „Korrektur" gesprochen: *„Partei und Regierung hatten die Korrektur der bisherigen politischen Linie der DDR eingeleitet, weil diese Linie nicht zu einer schnellen Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung der DDR führte und dem gesamtdeutschen Kampf um Einheit und Frieden nicht entsprach."*

Gleichzeitig wird ein Zusammenhang zwischen dieser Korrektur der politischen Linie und dem Zeitpunkt der Angriffe der *„amerikanischen und deutschen Kriegstreiber"* hergestellt. *„Warum entschlossen sich die Kriegstreiber gerade in diesen Tagen* (Tag X und 17. Juni) *zu ihrer faschistischen Provokation gegen die DDR? Die Regierung der DDR hatte am 11. Juni Maßnahmen beschlossen, die zu einer weiteren Stärkung der DDR führen … werden."*

15. Juli: Vorschlag des Ministerrats der DDR für eine Beratung der Vertreter beider Teile Deutschlands zur Vorbereitung der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands durch freie gesamtdeutsche Wahlen

26. Juli: *„Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei",* Entschließung des ZK vom 26. Juli. Die SED zieht Schlussfolgerungen aus den Entwicklungen der Ereignisse 1952-1953, vor allem aus dem 17. Juni und ein **neuer Kurs der Partei** wird beschlossen

26. August: Volkskammer der DDR erklärt Bereitschaft, gemeinsam mit dem westdeutschen Bundestag eine provisorische gesamtdeutsche Regierung zu bilden, die sofort mit den Vorbereitungen für das Abhalten allgemeiner freier Wahlen beginnen soll

22. September: Beschluss des Politbüros *„Stellungnahme des Politbüros zum Leitartikel des ‚Neuen Deutschland', ‚Über die Bedeutung des Parteiaktivs', vom 19. September 1953"*

1954

15. Februar: Brief des ZK der SED an den Parteivorstand der SPD und alle sozialdemokratischen Mitglieder für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse Westdeutschlands

25. März: Die Sowjetregierung veröffentlicht Erklärung über die Anerkennung der Souveränität der DDR in ihren inneren und äußeren Angelegenheiten und die Aufhebung der kontrollierenden Tätigkeit des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland

30. März bis 6. April: IV. Parteitag der SED. Zentrales Dokument, Entschließung „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation"

1955

18. Januar: Brief des ZK der SED an den Parteivorstand und alle Mitglieder der SPD, an den Bundesvorstand des DGB und alle Mitglieder der Gewerkschaften, an die Mitglieder der katholischen Arbeiterbewegung für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse Westdeutschlands

25. Januar: UdSSR erklärt Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland

6. Februar: Europäische Konferenz für die friedliche Lösung der deutschen Frage in Warschau

18. Februar: Volkskammer der DDR schlägt westdeutschem Bundestag den Austausch von Delegationen und Aussprache über die Vorbereitung gesamtdeutscher Wahlen vor

27. Oktober: „Die neue Lage und die Politik der SED", Beschluss des ZK, Vorbereitung und „Einberufung der 3. Parteikonferenz"

terInnen auszunutzen, um die Regierung der DDR zu stürzen.
Trotzdem waren Auslöser bzw. wichtigste Ursachen des Aufruhrs der ArbeiterInnenklasse die Erhöhung der Arbeitsnormen, die bürokratische, administrative bzw. kommandierende Haltung der Staats-, Partei- und Gewerkschaftsleitungen. Zweifel an diesen Tatsachen, die bis heute von DDR-NostalgikerInnen verbreitet werden, sind völlig unsinnig.
Offen wurde die Generallinie der Partei gegen jegliche Kritik weiterhin verteidigt. Die Fehler, die vom ZK der SED benannt wurden, ändern die Generallinie der SED nicht. Spätestens jetzt, hätte die SED, wenn sie eine marxistisch-leninistische Partei gewesen wäre und den Sozialismus tatsächlich in der DDR hätte aufbauen wollen, eine Partei- und Massendiskussion anstoßen müssen. In einer gründlichen Selbstkritik hätte die Generallinie der SED als falsch eingeschätzt und korrigiert werden müssen.

Auf dem Weg zum neuen Kurs

Elf Monate nach der II. Parteikonferenz zeichnet sich eine Woche vor den 17. Juni-Ereignissen in dem „Kommuniqué des Politbüros vom 9. Juni 1953" bereits eine Wendung hin zu einer **Korrektur der Linie der II. Parteikonferenz** und zu einem „neuen Kurs" ab. Aber noch wird dieser Richtungswechsel nicht so benannt. Diese Entwicklung ist eine Abwendung von dem in der zweiten Parteikonferenz beschlossenen „neuen Kurs" des Aufbaus des Sozialismus.
Im Kommuniqué wird ausgeführt: *„Das Politbüro des ZK der SED ging davon aus, daß seitens der SED und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurden, die ihren Ausdruck in Verordnungen und Anordnungen gefunden haben, wie zum Beispiel der Verordnung über die Neuregelung der Lebensmittelkartenversorgung, über die Übernahme devastierter* (verwüsteter, Anm. TA) *landwirtschaftlicher Betriebe, in außerordentlichen Maßnahmen der Erfassung, in verschärften Methoden der Steuererhebung usw. Die Interessen solcher Bevölkerungsteile wie der Einzelbauern, der Einzelhändler, der Handwerker, der Intelligenz wurden vernachlässigt. Bei der Durchführung der erwähnten Verordnungen und Anordnungen sind außerdem ernste Fehler in den Bezirken, Kreisen und Orten begangen worden. Eine Folge war, daß zahlreiche Personen die Republik verlassen haben."* [28]
Damit wird faktisch auf eine grundlegende Umorientierung in der sozioökonomischen Politik hingearbeitet. Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung der privat-kapitalistischen Wirtschaft werden beschlossen.
Ein weiterer Beweggrund für die Neuorientierung ist der Kampf um die Einheit Deutschlands: *„Das Politbüro hat bei seinen Beschlüssen das* ***große Ziel der Herstellung der Einheit Deutschlands*** *im Auge, welches von beiden Seiten Maßnahmen erfordert, die die Annäherung der beiden Teile Deutschlands konkret erleichtern."* (Hervorh. TA) [29]
Das heißt konkret, SED und Regierung haben sich von ihrem „Kurs", die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus in der DDR zu schaffen, abgewandt. „Das große Ziel" bleibt nach wie vor: Die Einheit Deutschlands! Dafür sollen beide Teile Deutschland sich annähern und zentrale Umstrukturierungen in der Ökonomie umgesetzt werden:
„Aus diesen Gründen hält das Politbüro des ZK der SED für nötig, daß in nächster Zeit im Zusammenhang mit Korrekturen des Planes der Schwerindustrie eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden, die die begangenen Fehler korrigieren und die Lebenshaltung der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes verbessern. Auf der Sitzung am 9. Juni hat das Politbüro Maßnahmen auf dem Gebiet des Handels und der Versorgung, auf landwirtschaftlichem Gebiet und auch hinsichtlich der Erleichterung des Verkehrs zwischen der Deutschen

28 „Kommuniqué des Politbüros vom 09.06.1953", Dokumente der SED, Bd. IV, S. 428, Dietz Verlag Berlin, 1954 – „Kommuniqué Politbüro"
29 ebenda

1956

18. Januar: Gesetz der Volkskammer der DDR zur Bildung der Nationalen Volksarmee und eines Ministeriums für die nationale Verteidigung

14. bis 25. Februar: XX. Parteitag der KPdSU

14. Februar: „Grußbotschaft an den XX. Parteitag der KPdSU" der SED

22. März: „Kommuniqué der 26. Tagung des ZK zu den Ergebnissen des XX. Parteitages der KPdSU"

24. März bis 29. März: III. Parteikonferenz der SED

26. April: SED unterbreitet dem Vorstand der SPD erneuten Vorschlag, *„alles Trennende in den Beziehungen zwischen der SPD und der SED zurückzustellen und eine Verständigung über die Grundfragen der Nation zu erzielen"*

10. Mai: Beschluss des Sekretariats des ZK „Über das Parteilehrjahr 1956/57"

29. Juli: Beschluss des ZK über „Die nächsten ideologischen Aufgaben der Partei" und „Kommuniqué der 28. Tagung des ZK"

26. August: Veröffentlichung einer „Erklärung zu den jüngsten Ereignissen in Westdeutschland" Erklärung des ZK der SED gegen das Wehrpflichtgesetz Westdeutschlands und gegen das Verbot der KPD

Demokratischen Republik und Westdeutschland festgelegt.

Um die Erzeugung von Waren des Massenbedarfs zu vergrößern, die von kleinen und mittleren Privatbetrieben hergestellt werden, und um das Handelsnetz zu erweitern, wird vorgeschlagen, den Handwerkern, Einzel- und Großhändlern, privaten Industrie-, Bau- und Verkehrsbetrieben in ausreichendem Umfange kurzfristig Kredite zu gewähren. Die Zwangsmaßnahmen zur Beitreibung von Rückständen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, die bis zum Ende des Jahres 1951 entstanden sind, sollen für Klein-, Mittel- und Großbauern, Handwerker, Einzel- und Großhändler, private Industrie-, Bau- und Verkehrsbetriebe, das heißt in der gesamten privaten Wirtschaft, ausgesetzt werden." [30]

Die privat-kapitalistische Wirtschaft wird massiv befördert mit dem Ziel, die Lebenshaltung der Bevölkerung zu verbessern. Ulbricht berichtet später auf dem

17. Juni 1953, Oranienplatz Berlin-Kreuzberg

IV. Parteitag 1954: *„In der Zeit vom 11. Juni 1953 bis zum 31. Dezember 1953 wurden fast 3000 Geschäfte an private Einzelhändler zurückgegeben."* [31]

Im Bereich der Landwirtschaft werden die Verordnungen über die Übernahme devastierter landwirtschaftlicher Betriebe aufgehoben, sowie die Einsetzung von Treuhändern wegen Nichterfüllung der Ablieferungspflichten oder wegen Steuerrückständen untersagt. Den Klein-, Mittel- und Großbauern, die die DDR verlassen haben, wird ermöglicht, auf ihre Bauernhöfe zurückzukehren und ihr Land, das beschlagnahmte Eigentum, zurück zu erhalten. In Ausnahmefällen sollen sie vollwertigen Ersatz erhalten usw. usf.

Um weitere „begangene Fehler" zu korrigieren wird die Regierung der DDR aufgefordert, die Justizorgane zu beauftragen, *„diejenigen Verurteilten sofort zu entlassen, die nach dem Gesetz zum Schutz des Volkseigentums zu ein bis drei Jahren verurteilt worden sind, mit Ausnahme der Fälle, in denen schwere Folgen eintraten."* [32]

Außerdem wird der Regierung die Ausgabe von Lebensmittelkarten, die Rücknahme der Preiserhöhungen von Lebensmitteln (Marmelade, Kunsthonig und andere Süß- und Backwaren) sowie Fahrpreisermäßigungen in Höhe von 50 Prozent anempfohlen. Diese setzt am 11. Juni entsprechende gesetzliche Maßnahmen in Kraft.

Allerdings haben sich diese zu spät und ohne eine wirkliche Selbstkritik getroffenen Maßnahmen als völlig verfehlt herausgestellt. Die ArbeiterInnen waren mit ein paar Brosamen nicht mehr ruhig zu stellen.

Ihre geballte Unzufriedenheit gegen die administrativen, bürokratischen Entscheidungen der Ministerien, bzw. leitenden Institutionen und verantwortlichen Funktionäre äußerte sich bereits in den Jahren 1951-1952. Seitdem lief die Auseinandersetzung um die Erhöhung der Arbeitsnormen. Das Sekretariat des ZK der SED ließ sich schon Anfang 1952 teils zu kritischen Anmerkungen hinreißen, die sich gegen Fehler von Parteikollektiven der betroffenen Betriebsleitungen richteten: *„Die leitenden Genossen der Parteiorganisation erkannten nicht, daß die Ausarbeitung von neuen Arbeitsnormen eine gründliche ideologische Aufklärungs- und Erziehungsarbeit aller Genossen der Parteiorganisation, aber auch der gesamten Werktätigen, voraussetzt und daß die Parteiorganisation der Träger dieser Aufklärungs- und Erziehungsarbeit sein muß."* [33]

Aber auch nach dieser unkonkreten abgehobenen „Anweisung" wurde keine offensive, umfassende die ArbeiterInnen tatsächlich einbeziehende Auseinandersetzung und Diskussion auf breiter gesellschaftlicher Front geführt. Die Ereignisse am 17. Juni bekräftigten den Linienwechsel, die Abwendung vom Aufbau des Sozialismus in der DDR.

In der DDR war 1952/1953 die objektive und subjektive Situation für den Aufbau des Sozialismus nicht herangereift. Die SED log sich in die eigene Tasche, als sie behauptete, dass das Bewusstsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen so weit ent-

30 „Kommuniqué Politbüro", ebenda, S. 428-429

31 „Protokoll des IV. Parteitages der SED", S. 143, Dietz Verlag Berlin, 1954

32 „Kommuniqué Politbüro", S. 430

33 „Stellungnahme des Sekretariats zur falschen Einstellung der Parteileitung zu den technisch begründeten Arbeitsnormen und zur technischen Intelligenz", 17.01.1952, „Dokumente SED", IV, S. 543.

wickelt sei, dass der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden sei. Dass es eben nicht so war, hatte sich in kürzester Zeit herauskristallisiert. Aber die Führung der SED hat alles unternommen, diese Tatsache zu verschleiern.
Hauptanliegen der SED war, mit dem „neuen Kurs" ihre bisherige Politik *„auf schnellem Weg zum Sozialismus"* zu revidieren. In den Mittelpunkt ihrer Politik stellte sie jetzt politische Maßnahmen „für die beschleunigte Herstellung der Einheit Deutschlands".
Erforderlich wäre gewesen in einer umfassenden Selbstkritik offen zu sagen: In der DDR, in dieser konkreten Lage kann kein Sozialismus aufgebaut werden, weil weder die objektiven noch die subjektiven Bedingungen gegeben sind. Unsere aktuellen Maßnahmen sind nicht sozialistisch, sondern sollen dazu dienen, die antifaschistische, volksdemokratische Gesellschaftsordnung zu stabilisieren. Daher unser Vorgehen mit dem „neuen Kurs", durch den wir die Unterstützung und Förderung des privaten Kapitals, von UnternehmerInnen, Groß- und Mittelbauernschaft, für die HändlerInnen, HandwerkerInnen usw. verstärken. Wir sind im Moment nicht in der Lage, es anders zu machen. Daher sind diese Maßnahmen das kleinere Übel, mit dem wir leben müssen, um als Staat bestehen zu können.
SED und Regierung sind anders vorgegangen. Sie haben weiter ganz allgemein vom Aufbau des Sozialismus gesprochen, während sie die Initiative der privaten Wirtschaft unterstützt und gefördert haben.
Auf Kosten der Schwerindustrie wurde der Wirtschaftsplan geändert, die Priorität der Entwicklung der Schwerindustrie wurde aufgegeben. Schwerpunkt wurde auf die Steigerung der Produktion von Konsumgütern gelegt. Das war ein Vorbote der Politik des Chruschtschow-Revisionismus und ein grundlegender Fehler in der Wirtschaftspolitik der DDR.
Die „Neue Kurs"-Politik hat weder die Kräfte des Friedens gestärkt noch die Wiedervereinigung Deutschlands gefördert. Was davon übriggeblieben ist, das sind Selbstbetrug und Lüge gegenüber der ArbeiterInnenklasse und Werktätigen, dass angeblich in der DDR der Sozialismus aufgebaut wird!

IV. Parteitag der SED – Hauptziel Wiedervereinigung Deutschlands

März 1954 wurde die Souveränität der DDR in ihren inneren und äußeren Angelegenheiten und die Aufhebung der kontrollierenden Tätigkeit des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland beschlossen.
Auf dem IV. Parteitag steht die Wiedervereinigung Deutschlands als Hauptthema auf der Tagesordnung, allerdings nur in einer Hinsicht. Die SED verfolgt im

Die Lösung

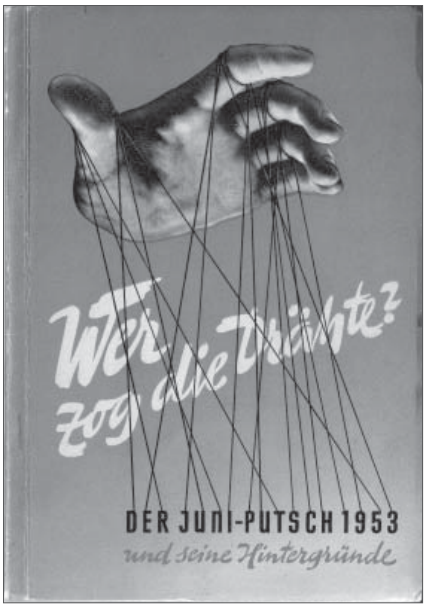
Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbands
In der Stalinallee Flugblätter verteilen
Auf denen zu lesen war, daß das Volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und es nur durch verdoppelte Arbeit
Zurückerobern könne. Wäre es da
Nicht doch einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf und
Wählte ein anderes?

Bert Brecht 1953

Prinzip lediglich taktische Maßnahmen, um die Militaristen in Westdeutschland zu isolieren sowie den Frieden zu erhalten und die weltweite Friedensbewegung zu stärken.
Denn klar ist, die zwei deutschen Staaten werden sich in absehbarer Zeit nicht wiedervereinigen. Hervorgehoben wird, die Wiedervereinigung Deutschlands ist die *„Sache der Deutschen selbst".* Die Parole lautet nach wie vor: *„Deutsche an einen Tisch!"*
Ulbricht führt über „Die Gegenwärtige Lage und der Kampf um das neue Deutschland" aus: *„In Deutschland geht der Kampf zwischen den friedliebenden und den militaristischen Kräften um die Frage: Friedensvertrag für das einheitliche, demokratische Deutschland bei baldigem Abzug der Besatzungstruppen – oder Bonner und Pariser Kriegsverträge, die eine fünfzigjährige ausländische Besetzung Westdeutschlands vorsehen.*
Das deutsche Volk steht am Scheidewege: will es den Weg des Friedens, der demokratischen Einheit Deutschlands oder den Weg des aggressiven deutschen Militarismus unter Führung der USA, der die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands und den Weg zum Krieg bedeuten würde. (…)
Die ***Hauptfrage des deutschen*** Volkes*, die neun Jahre nach Beendigung des Krieges noch nicht gelöst ist, ist die* ***Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage****, der* ***Abschluß eines Friedensvertrages*** *mit Deutschland und der* ***Abzug der Besatzungstruppen****."* [34] (Hervorh.TA)
Ziel der SED ist die Wiedervereinigung und **nicht** die Errichtung der volksdemokratischen Gesellschaftsordnung in einem einheitlichen Deutschland. Ulbricht fährt fort:
„Einige Führer der SPD behaupten, wir wollen in Westdeutschland eine ‚volksdemokratische Ordnung' errichten. Wir haben keine solchen Vorschläge

34 „Protokoll des IV. Parteitages der SED", Bd. 1, S. 18-19, Dietz Verlag, 1954 – „Protokoll IV. Parteitag"

gemacht. *Wir sind der Meinung, daß es in Westdeutschland notwendig ist, die elementarsten neuzeitlichen Maßnahmen, die dem Frieden und der Entwicklung der Demokratie dienen, durchzuführen, zum Beispiel die Entfernung der Kriegstreiber aus dem westdeutschen Staats- und Wirtschaftsapparat, das Recht auf Arbeit und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, das Recht auf Bildung, die Sicherung der demokratischen Rechte der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, die Gleichberechtigung der Frau, die Durchführung der Bodenreform, die in Westdeutschland schon seit Jahrhunderten fällig ist, das demokratische Mitbestimmungsrecht der bäuerlichen Genossenschaften, den Schutz der nationalen deutschen Kultur gegen das amerikanische Gangstertum.*



Niemand kann behaupten, daß das etwa besondere kommunistische Forderungen *seien. Das sind demokratische Forderungen, deren Durchführung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Das sind Forderungen, die von der Sozialdemokratie und den westdeutschen Gewerkschaften schon oftmals bei allen Wahlen vertreten wurden, aber nach den Wahlen haben sie nichts getan, um diese Forderungen durchzuführen.*“ [35]

Ulbricht spricht hier nur über Westdeutschland. Aber wenn er von der Wiedervereinigung spricht, redet er nicht von „auf volksdemokratischer Grundlage“ sondern „auf demokratischer“. Das heißt nichts anderes als eine Wiedervereinigung auf bürgerlich-demokratischer Grundlage! Für das Ziel der Wiedervereinigung erklärt sich die SED bereit, auf die Volksdemokratie zu verzichten! Die nationale Frage steht wieder über der Klassenfrage.

Diese ganze Problematik wird unter den Teppich gekehrt und auf dem Parteitag weiter vom Aufbau des Sozialismus geredet. Obwohl kein einziger Beschluss in dieser Frage debattiert und gefasst wurde. Ein Rätsel, das die SED hätte beantworten müssen, bleibt also, wie in einem einheitlichen Deutschland, in Ostdeutschland die Grundlagen des Sozialismus aufgebaut werden können?

Im grundlegenden Beschluss des Parteitages „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation“ werden die *„Grundsätze der deutschen Arbeiterklasse, der werktätigen Bauern, der Intelligenz und aller anderen friedliebenden Deutschen für die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation.“* [36] beschlossen. Politisch wird sich darin mit der Frage von Frieden und Krieg befasst. Als zentrales Element im Kampf gegen den Krieg wird die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage propagiert.

Die DDR wird als Beispiel für ein demokratisches Deutschland angeführt, und es werden ihre Errungenschaften gepriesen. Keine konkrete Debatte oder gar ein Beschluss über den Aufbau der Sozialismus.

Für eine friedliche und demokratische Wiedervereinigung wird folgendes vorgeschlagen:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands will ein demokratisches Deutschland. Sie fordert nicht einfach die Übertragung der Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik auf Westdeutschland. Sie macht sich zum Fürsprecher der Werktätigen in Westdeutschland und der ganzen Nation, wenn sie die folgenden sofort erreichbaren und im allgemeinen Interesse liegenden Forderungen für Westdeutschland und Westberlin erhebt:

Herabsetzung der Besatzungskosten*, so wie es in der Deutschen Demokratischen Republik bereits geschehen ist, dann wird jede Hausfrau mehr für ihre Familie einkaufen können.*

Einstellung der Zahlung der Reparationen *an das Ausland, wie das in der Deutschen Demokratischen Republik geschah.*

Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit*, die viele Millionen Westdeutsche aufs bitterste trifft, durch die Entfaltung des innerdeutschen Handels und des Außenhandels mit den Staaten des Friedenslagers.*

Herunter mit den Massensteuern *auf den Stand, den sie in der Deutschen Demokratischen Republik haben! Dafür schärfste Erfassung der ungeheuren Gewinne der Reichen und Neureichen.*

Schluß mit den Preiserhöhungen! *Es darf keine Preissteigerung mehr zugelassen und keine Mietpreiserhöhung durchgeführt werden!*

Her mit Boden für die Umsiedler*, die noch immer unter unwürdigen Verhältnissen leben! Die nach 1945 sooft versprochene Bodenreform muß endlich auch in Westdeutschland durchgeführt und dadurch der genügende Raum für viele Hunderttausende Umsiedler zur Verfügung gestellt werden.*

Die für ausländische militaristische Zwecke beschlag-

35 ebenda, S. 29-30.

36 „Protokoll IV. Parteitag“, Bd. 2, S. 1097. Weitere Beschlüsse des IV. Parteitages, „Statut der SED“ und „Die leitenden Organe der SED“.

nahmten 700 000 Hektar gehören in die Hände derer, denen sie genommen wurden.

***Ausdehnung der fortschrittlichen Sozialversicherungsbestimmungen**, die von den Gewerkschaften der Deutschen Demokratischen Republik errungen wurden, auch auf Westdeutschland, so daß jeder Kranke vom ersten Tage an mindestens sechs Wochen lang 90 Prozent seines Lohnes, ärztliche Betreuung und alle Medikamente kostenlos erhält.*

Einführung der in der Deutschen Demokratischen Republik üblichen längeren Urlaubsdauer und der großzügigen Ferienregelung. Einführung der vollen Gleichberechtigung der Frau, wie sie in der Deutschen Demokratischen Republik verwirklicht ist." [37]

Das sollen die Grundlagen für die Wiedervereinigung sein! Diese entsprechen **nicht einmal** den im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Anforderungen für ein neues, demokratisches Deutschland.

Das war eine völlig widersprüchliche Taktik und eine merkwürdig zweigleisige Politik. Einerseits sollte der Kampf für die Wiedervereinigung auf einer bürgerlich-demokratischen Grundlage weitergeführt werden, was Verzicht auf viele Errungenschaften des bisher Erreichten in der DDR bedeuten würde. Andererseits, falls die Wiedervereinigung, wie es sich damals abzeichnete, nicht in kurzer Zeit zustande kommt, dann soll in der DDR der „Sozialismus aufgebaut" werden!? Die Dokumente des IV. Parteitags zeigen deutlich, dass die SED einen klaren revisionistischen Kurs eingeschlagen und in diese Richtung schon einen ziemlich weiten Weg hinter sich gelassen hat. Es fehlte eigentlich nur noch eine Autorität auf der internationalen Ebene, damit die SED die Bestätigung erhielt, in die neue revisionistische Front aufgenommen zu sein.

XX. Parteitag der KPdSU … und die Politik der SED

Der XX. Parteitag der KPdSU vom 14. bis 25. Februar 1956 hat die vollständige Machtübernahme der modernen RevisionistInnen in der KPdSU besiegelt. [38] Die Haltung zu diesem XX. Parteitag mit seiner offenen revisionistischen Linie wurde zum Lackmustest für alle Kommunistischen Parteien.

Wie sieht die Haltung hat der SED hierzu aus? Die „Grußbotschaft an den XX. Parteitag der KPdSU" der SED Februar 1952 schließt mit den Worten: *„Es lebe die unbesiegbare Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin!"* [39] Walter Ulbricht erwähnt zwei Tage später in seiner „Begrüßungsrede" auf dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau mit keinem Wort den Genossen Stalin. [40]

In einem Artikel im Neuen Deutschland, einige Tage später, berichtet Ulbricht *„Über den XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion"*. [41] Darin wird ein Lobgesang auf dieses historische Ereignis angestimmt. Ulbricht verkündet im Chor mit den modernen RevisionistInnen, ohne eine Debatte in der Partei und in der Öffentlichkeit geschweige denn einem Parteibeschluss: ***„Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen".*** [42]

1954, Delegierte des IV. Parteitages

Wir wollen an dieser Stelle keine Diskussion über die Bewertung Stalins führen. Worum es uns geht, ist, wie eine zentrale Einschätzung der SED von heute auf Morgen einfach so über Bord geworfen und revidiert werden kann. Allein diese Methode zeigt uns, wie opportunistisch die SED war.

Inhaltlich hat das ZK der SED der revisionistischen Linie des XX. Parteitags vollständig zugestimmt und dazu Beschlüsse gefasst. [43] Das Politbüro des ZK der SED formuliert:

37 „Protokoll IV. Parteitag", Bd. 2, S. 1109-1110, Dietz Verlag, 1954

38 Siehe hierzu „Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Teil I., Die Wurzeln der Polemik: Der XX. Parteitag der KPdSU und die Erklärungen von 1957 und 1960", TA, Nr. 16, S. 25ff

39 „Dokumente der SED", 14.02.1956, Bd. VI, S. 35

40 Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. V, S. 634-637 – Ulbricht, „deutsche Arbeiterbewegung". Veröffentlicht am 17.02. im Neuen Deutschland.

41 Ulbricht, „deutsche Arbeiterbewegung", Bd. V, S. 638-658

42 ebenda, S. 656

43 26. Tagung des ZK 22.03.195; III. Parteikonferenz 24.–30.03. 1956; 28. Tagung des ZK am 29.7.1956

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat den Beschlüssen des XX. Parteitages der KPdSU vollinhaltlich und vorbehaltlos zugestimmt. *Die 3. Parteikonferenz, die nachfolgenden Plenartagungen des Zentralkomitees und alle Beschlüsse der Partei haben die Lehren des XX. Parteitages auf die konkreten Verhältnisse in Deutschland, auf den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, auf den Kampf gegen den in Westdeutschland wiedererstandenen deutschen Militarismus und Imperialismus, für einen einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staat schöpferisch angewandt.“* (Hervorh. TA) [44]

Die SED wurde aber nicht dadurch revisionistisch, indem sie den Beschlüssen bzw. der Linie des XX. Parteitags zugestimmt hatte, sondern weil sie schon früher eine revisionistische Politik vertreten hatte. Insbesondere seit 1953 verfestigte sie die falsche, revisionistische Linie von einer links-sozialdemokratischen zu einer revisionistischen Partei immer mehr. Weil die politische Linie der SED mit der Linie des XX. Parteitags der KPdSU übereinstimmte, stimmte die SED ***„den Beschlüssen des XX. Parteitages der KPdSU vollinhaltlich und vorbehaltlos“*** zu.

Mit dem XX. Parteitag der KPdSU fand die SED auf internationaler Ebene einen Partner, der die führende Partei der Kommunistischen Weltbewegung war. Und zur Krönung: Die revisionistische Linie wurde einfach per Parteitag beschlossen. Als die SED von Marxismus-Leninismus und vom Aufbau des Sozialismus in der DDR sprach, war die links-sozialdemokratische Linie schon mit der revisionistischen verschmolzen.

FAZIT:

Die Entwicklung der SED von 1946 bis 1956 hat deutlich bewiesen: Gegründet auf dem reformistischen, nicht kommunistischen, Programm „Grundsätze und

44 „Erklärung zu dem Beschluß des ZK-Plenums der KPdSU gegen das Auftreten der parteifeindlichen Gruppe der Genossen Malenkow, Kaganowitsch und Molotow“, 02.02.1957, Dokumente der SED, Bd. VI, S. 272-2723

Bisherige Themen aus der Artikelserie
„Deutsche Demokratische Republik – Anspruch und Wirklichkeit – Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?“

Trotz alledem! **Nr. 81, Mai 2019 – Teil 1**
DDR aktuell 30 Jahre Mauerfall, 30 Jahre Einverleibung
Theorie der Diktatur des Proletariats und der Volksdemokratie
Fragestellung und unser Ausgangspunkt
Ist die Volksdemokratie eine Form der Diktatur des Proletariats?
Ende des Zweiten Weltkriegs und Entstehung der Volksdemokratien
Dimitroff und die Volksdemokratie
Charakter der Volksdemokratie

Trotz alledem! **Nr. 82, September 2019 – Teil 2**
Kriegsende, Potsdamer Abkommen, SED-Gründung
Die allgemeine Lage in Deutschland nach der Kapitulation...
Bildung der SMAD und Aufruf der KPD
Potsdamer Konferenz – Beschlüsse über Deutschland
Selbstverwaltungsorgane in der SBZ
Bodenreform
Der Weg zur Vereinigung von KPD und SPD

Trotz alledem! **Nr. 83, Januar 2020 – Teil 3**
Gründung der SED – Aufbaupolitik Sowjetische Besatzungszone
Vor welchen Aufgaben stand die KPD nach dem Ende des zweiten Weltkrieges?
Unter welchen Voraussetzungen wäre die Vereinigung richtig?
Grundsätze und Ziele der SED
Aufbaupolitik der Sowjetischen Militäradministration

Trotz alledem! **Nr. 84, Mai 2020 – Teil 4**
Von der Einheit Deutschlands zur Spaltung
Politik der Sowjetunion gegenüber Deutschland
Kurze Geschichte der Spaltung Deutschlands
Gründung der DDR
Politik der Sowjetunion nach der Spaltung Deutschlands
SED – DDR – Oktober 1949 bis Juni 1952
Nationale Frage

Trotz alledem! **Nr. 85, September 2020 – Teil 5**
SED – Entwicklung zur Partei neuen Typus?
Was ist die Partei neuen Typus im Marxismus-Leninismus?
Neuausrichtung der SED?
I. Parteikonferenz
III. Parteitag der SED
Von der II. Parteikonferenz 1952 bis Ende 1956

Ziele“ hat sich die SED letztendlich von der Sozialdemokratie, bzw. ihrer links-sozialdemokratischen Politik nicht gelöst.
Auch die Bemühung der SED-Führung ab Mitte 1948, aus der SED eine „Partei neuen Typus“ zu machen, schlug fehl. Die Ex-KommunistInnen in der SED haben sich mit den Ex-SozialdemokratInnen auf eine links-sozialdemokratische Linie, die teilweise einen marxistisch-leninistischen Anstrich hatte, versöhnlich geeinigt. Vieles, das in der Linie des XX. Parteitages der KPdSU als neu erscheinen mag, war schon vorher in der Linie der SED vertreten.
Für die SED und die DDR war von Anfang an die nationale Frage, die Einheit bzw. Wiedervereinigung Deutschlands die zentrale Frage. Der Kampf um den Sozialismus wurde dieser Frage völlig untergeordnet. Der Klassenkampf wurde daher nicht gegen das Gesamtkapital sondern nur gegen das Monopolkapital und seine Agenten, Provokateure etc. geführt. Aus diesem antimonopolistischen Kampf entstand nach dem Zweiten Weltkrieg eine revisionistische Theorie, die bis heute noch existiert.
Der Kampf um die nationale Frage, die Einheit Deutschlands wurde auf deutsch-nationalistischer, chauvinistischer Grundlage geführt. Im Kampf um die „Rettung der Nation“ wurden in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland Tür und Tor für Nazi-FaschistInnen geöffnet. Der nationale Kampf gegen den westdeutschen Staat und den US-Imperialismus wurde mit diesen „früheren Mitgliedern der Nazipartei“ geführt. [45]
Im Namen des Anti-Imperialismus verteidigte Ulbricht die Parole „Deutschland den Deutschen“! Ja, Walter Ulbricht schließt in einer Antwort an den Außenminister der USA Dulles mit dem Aufruf: ***„Amerika den Amerikanern! Deutschland den Deutschen!“***. [46]
Dieser deutsche Nationalismus ist in allen Änderungen des politischen Kurses der SED durchgehend als rote Linie erkennbar und bestimmte die gesamte Haltung der SED und DDR-Regierung.
Die SED hat **bereits** zehn Jahre vor dem XX. Parteitag der KPdSU im Namen des „besonderen deutschen Weges“ den friedlichen, demokratischen Übergang zum Sozialismus auf dem Boden einer parlamentarischen, demokratischen Republik, verteidigt. In diesem Zusammenhang wurde auch logischerweise bewusst auf den Begriff „Diktatur des Proletariats“ als die politische Voraussetzung für den Sozialismus verzichtet. Dabei wurde der friedliche Weg gegen die gewaltsame Revolution gestellt und die gewaltsame Revolution auf den Bürgerkrieg reduziert.
Der „friedliche Weg“ in der SBZ und dann in der DDR wird mit Stolz verteidigt und durch den XX. Parteitag der KPdSU nach zehn Jahren als bestätigt angesehen. [47]
Um ihren Revisionismus zu verdecken, konstruiert die SED *„einen grundsätzlichen Unterschied zwischen dem demokratischen Weg zum Sozialismus und dem ‚friedlichen Hineinwachsen‘ in den Sozialismus im Sinne des Reformismus“*. [48]
Die SED hat sich, wo es nötig war, auch als ArbeiterInnenpartei dargestellt. Aber von Anfang an, in den Gründungsdokumenten des Vereinigungsparteitags, wurde die These der „Partei des schaffenden Volkes“ und der „wahren Volkspartei“ verteidigt.
Der Grundgedanke der Vermeidbarkeit von Kriegen wurde spätestens auf dem III. Parteitag der SED, 1950 formuliert und verteidigt. [49]
Im Namen der kollektiven Sicherheit in Europa, im Namen des Kampfs gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands wird der Kampf, den Frieden zu erhalten, als brennendstes Problem betrachtet. Dabei wird die Illusion verbreitet, dass im kapitalistisch-imperialistischen System ein dauerhafter Friede möglich sei und der Friede gesichert werden könne. [50]
Die SED hat der revisionistischen Linie des XX. Parteitag der KPdSU als ihrer eigenen Linie zugestimmt und den Revisionismus als Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus propagiert. Durch die Übereinstimmung der politischen Linie der KPdSU mit der politischen Linie der SED waren auch die letzten Hindernisse vor der Fälschung der marxistisch-leninistischen Prinzipien verschwunden.
Der Revisionismus war an der Macht! Revisionismus an der Macht bedeutet Macht der Bourgeoisie! Die revisionistische Linie der SED hat in den späteren Jahren – nach 1956 bis zum Ende – die Entwicklung in der DDR bestimmt.

45 *„Wir sind zur Zusammenarbeit mit allen deutschen Patrioten bereit, darunter auch mit früheren Mitgliedern der Nazipartei, ehemaligen Offizieren, kleineren und mittleren Unternehmern und dem Teil der Großbourgeoisie in Westdeutschland, dem die Interessen Deutschlands am Herzen liegen und der bereit ist, die Bestrebungen des deutschen Volkes zur Wiederherstellung seiner Einheit und Unabhängigkeit zu unterstützen*.“ „Dokumente SED“, Bd. II, S. 342, siehe auch TA 84, S. 35
46 „Neues Deutschland“, 4.02.1954 „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. IV, S. 700-701, DIETZ VERLAG
47 siehe Walter Ulbricht, „Über den XX. Parteitag der KPdSU“, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. V, S. 648,
48 ebenda, S. 651
49 „Entschließungen, Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der SED“, „Protokoll III. Parteitag“, Bd. II, S. 225
50 ebenda, S. 233

Politische Erklärung

3. Oktober 2020:
30 Jahre „Deutsche Einheit“... Tag zum Feiern?
Für ArbeiterInnen & Werktätige
Für die Völker der Welt – KEIN TAG ZUM FEIERN!

Die Corona-Pandemie, eine Plage für die Verdammten dieser Erde hat in Deutschland 2020 auch etwas Positives! Der deutsche Imperialismus wollte an diesem runden Jahrestag den Vollzug der „deutschen Einheit“ pompös feiern. Alles war vorbereitet. Das alljährliche Ritual dieser Propagandaschau mit möglichst breiter Beteiligung der Bevölkerung, sollte dieses Mal noch bombastischer gestaltet werden. Alle Institutionen des Staates, alle staatstragenden Parteien hatten Vorbereitungen getroffen. Auch AfD sowie diverse faschistische Organisationen waren hoch erfreut und wollten aus diesen dumpf deutschnationalistischen Sieges-Feierlichkeiten maximalen Nutzen für sich ziehen.

Die Pandemie hat diese Pläne weitgehend verhindert, bzw. eingeschränkt. Nun muss mehr digital, als analog gefeiert werden! Die Massen werden hoffentlich zu Hause bleiben. Und das ist gut so! Allerdings haben Nazis, Deutsch-Nationalisten und Chauvinisten Kundgebungen angemeldet.

Der **3. Oktober** hat den 17. Juni als **„Feiertag der deutschen Einheit“** abgelöst. Dieser Tag hat für die Kapitalistenklasse auf der einen, und für die ArbeiterInnklasse und die Werktätigen auf der anderen Seite eine diametral entgegengesetzte Bedeutung :

Für die **westdeutsche Bourgeoisie,** die Kapitalistenklasse ist der 3. Oktober, ein **Tag des Sieges**! Ein Tag, an dem der westdeutsche Imperialismus den bankrotten, implodierenden und sich auflösenden **ostdeutschen „Teilstaat“, die DDR** „friedlich“ vollständig erobert hat. Das Sprachrohr des damaligen westdeutschen Imperialismus, der Sozialdemokrat Willy Brandt posaunte: *„Es wächst zusammen, was zusammen gehört“.*

In Wirklichkeit war das eine Annektion der DDR durch den „westdeutschen Teilstaat“, den westdeutschen Imperialismus. Dieser hatte sich dadurch enorm gestärkt und zum „vereinten großdeutschen Imperialismus“ entwickelt. Durch die kostenlose Übernahme der Konkursmasse, eines seit **vierzig Jahren existierenden Staates, der DDR** übernahm er die Verfügungsgewalt über ein Land mit der **zehnt größten Industrieproduktion** der Welt.

Die Bourgeoisie hat diesen Sieg des „westdeutschen Teilstaates“ als „Sieg der Demokratie über die Diktatur“, als „Sieg des Kapitalismus über den Kommunismus“ ausgegeben. Demokratie/Westen gegen Diktatur/Osten, das ist nichts als eine Propagandalüge. Jeder Klassenstaat ist die Diktatur einer oder mehrerer Klassen, über andere Klassen.

Der westdeutsche Staat, BRD, der 1990 die DDR „friedlich“ annektiert hat, war der Staat der deutschen Bourgeoisie, mit der **imperialistischen Monopolbourgeoisie** an der Spitze. Das war (und ist es auch heute!) klassenmäßig die Diktatur der Bourgeoisie über das Proletariat und die Werktätigen.

Eine Diktatur, die sich mit falschen Federn einer **nicht existierenden** „reinen“ Demokratie schmückte. Westdeutschland war politisch eine durch und durch reaktionäre bürgerliche Demokratie, die wenn notwendig, gegen ihre politischen GegnerInnen mit faschistischen Methoden vorging. Der westdeutsche Staat wurde zum größten Teil von ehemaligen faschistischen Kadern Nazideutschlands – pro forma entnazifiziert – wieder aufgebaut. Viele Nazis saßen in diesem Staat als lupenreine Demokraten wieder an den Schalthebeln der Macht!

Und wie hat sich die DDR entwickelt? Der „deutsche Arbeiter und Bauern Staat“ war zu Beginn, im Gegensatz zur BRD, klassenmäßig eine Diktatur der Klassen, die am **Aufbau eines neuen, antifaschistischen, demokratischen, friedliebenden Staates** interessiert waren. Eine Diktatur über die **Großbourgeoisie** und die **Junker** in Ostdeutschland.

Die DDR war, bei ihrer Gründung als **volksdemokratischer Staat**, eine **hoffnungsvolle Alternative für die ArbeiterInnen und Werktätigen**.

Das war eindeutig der **bessere deutsche Staat**, in dem das Proletariat und die werktätige Bauernschaft sich mit antifaschistischen, bürgerlich-demokratischen Schichten der Bourgeoisie an der Macht befanden. Das drückte sich auch in den für die Werktätigen positiven sozialen Errungenschaften wie das Recht auf Arbeit, Bildung, Krippen- und Kindergartenplätze, niedrige Mieten, geringe Lebenshaltungskosten, Bodenreform und vieles mehr aus. Im Weltmaßstab

blues in schwarz weiss

während noch immer und schon wieder
die einen
verteilt und vertrieben und zerstückelt werden
die einen
die immer die anderen sind und waren und
bleiben sollen
erklären sich noch immer und schon wieder
die eigentlich anderen
zu den einzig wahren
erklären uns noch immer und schon wieder
die eigentlich anderen
den krieg

es ist ein blues in schwarz-weiß
1/3 der welt
zertanzt
die anderen
2/3
sie feiern in weiß
wir trauern in schwarz
es ist ein blues in schwarz-weiß
es ist ein blues

das wieder vereinigte deutschland
feiert sich wieder 1990
ohne immigrantInnen flüchtlinge jüdische
und schwarze menschen
es feiert im intimen kreis
es feiert in weiß
doch es ist ein blues in schwarz-weiß
es ist ein blues

das vereinigte deutschland das vereinigte europa
die vereinigten staaten
feiern 1992
500 jahre columbustag
500 jahre – vertreibung versklavung und
völkermord
in den amerikas
und in asien
und in afrika

1/3 der welt vereinigt sich
gegen die anderen 2/3
im rhythmus von rassismus sexismus und antisemitismus
wollen sie uns isolieren unsere geschichte ausradieren
oder bis zur unkenntlichkeit
mystifizieren
es ist ein blues in schwarz-weiß
es ist ein blues

doch wir wissen bescheid – wir wissen bescheid
1/3 der menschheit feiert in weiß
2/3 der menschheit macht nicht mit

may ayim 1990

verfolgte die DDR eine antiimperialistische Politik.
Leider wurde das hoffnungsvoll begonnene Werk **nicht richtig** weitergeführt. Auf Grund von eigenen nationalistischen und opportunistischen Fehlern sowie einer **bedingungslosen und unkritischen Gefolgschaft** gegenüber der sich vom Sozialismus und Marxismus-Leninismus abwendenden **KPdSU**, (Kommunistische Partei der Sowjetunion) entwickelte sich die SED zu einer revisionistischen Partei.
Am Ende war die DDR unter Führung dieser SED, klassenmäßig die **Diktatur der ParteibonzInnen**. Sie hatte sich mittels der **Verfügungsgewalt** über die staatlichen und genossenschaftlichen Produktionsmittel als eine **neue Staatsbourgeoisie** etabliert. Sie war sozialistisch in Worten und faschistisch in Taten gegen alle Werktätigen, die nicht mit der Linie der Partei, des Staates einverstanden waren.
Das heißt der **3. Oktober 1990** war **nicht** ein Sieg der Demokratie über eine sozialistische Diktatur; sondern der Sieg einer Diktatur der Bourgeoisie über die Diktatur einer anderen Bourgeoisie. Die ostdeutsche wie die westdeutsche Bourgeoisie gehörten der selben deutschen Nation an. Sie waren 40 Jahre lang in zwei Teilstaaten organisiert. Das lag daran, dass die deutsche Bourgeoisie ihre Weltherrschaftspläne durch die Nazi-Diktatur nicht umsetzen konnte. Sie wurde im zweiten Weltkrieg militärisch besiegt und Deutschland wurde in zwei Teile gespalten.
Der 3. Oktober 1990 markiert den Tag, an dem die besiegten deutschen Imperialisten zu Siegern wurden. Der **8. Mai 1945**, das Ergebnis des zweiten Weltkrieges war für das deutsche Proletariat, die Werktätigen und für alle Völker der Welt die Befreiung vom Nazifaschismus, ein Tag zum Feiern. Dieses Ergebnis des 2. Weltkrieges wurde mit der „Wiedervereinigung", der Einverleibung der DDR nun offiziell annulliert.
Eine weitere große Propagandalüge der Bourgeoisie ist, das sei ein Sieg des Kapitalismus über den Kommunismus. **Nein!** Nicht der Kommunismus ist besiegt worden. Denn die DDR war nie kommunistisch. Die DDR kam nie über die anfänglich volksdemokratische Macht hinaus.
Ab Juli 1952 wurde zwar bürokratisch der Beginn des Aufbaus des Sozialismus verkündet, aber sowohl in der Theorie, als auch in der Praxis, war das nur Gerede.
Am 3.Oktober 1990 wurde nicht der Kommunismus vom Kapitalismus besiegt. Dieses Datum markiert vielmehr den Sieg des privatwirtschaftlichen Kapitalismus Westdeutschlands über den staatsbürokratischen Kapitalismus Ostdeutschlands. Diesen Sieg verdankt die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie zum größten Teil dem vollständigen Sieg der Revisionisten in der ehemals sozialistischen Sowjetunion im Zuge des XX. Parteitages der KPdSU und der ihr

folgenden Parteien in den ehemals volksdemokratischen Staaten, die bis Anfang 1990er Jahre den „Ostblock“ beherrschten.

Das Ergebnis des 3. Oktobers war **vor allem für die Werktätigen Ostdeutschlands**, die das Honecker-Regime stürzten, verheerend. Ihre Illusionen, die BRD sei das „Paradies auf Erden“, wurden bitter enttäuscht. Alles was in der DDR für die Werktätigen besser war als in der BRD, wurde rigoros geschleift. 30 Jahre Einheit bedeuten: Absturz der übergroßen Mehrheit der Werktätigen Ostdeutschlands in Arbeitslosigkeit und ihre Abwertung als BürgerInnen zweiter Klasse im „vereinigten“ Deutschland.

Für alle ArbeiterInnen und Werktätige in West- und Ostdeutschland heißt die Einheit Deutschlands unter Führung der westdeutschen Bourgeoisie, die massive Stärkung des deutschen Imperialismus. Das ist kein Grund zum Feiern, sondern zur Wachsamkeit. Wozu der deutsche Imperialismus fähig ist, wenn er sich genug stark fühlt, haben wir in zwei Weltkriegen erlebt.

Es ist die Aufgabe des Proletariats und der Werktätigen diesen Hort des Kriegs und Faschismus durch die sozialistische Revolution auf die Müllhalde der Geschichte zu werfen!

September 2020

BERICHT

Antifaschistische Widerstandsaktion gegen Nazi-Aufmarsch am 3. Oktober 2020 in Berlin

Wie wir bereits in unserem Flugblatt vermutet hatten, liefe am „Tag der Deutschen Einheit“, wieder einmal die Nazi-Szene in der „Reichshauptstadt“ Berlin auf. Dieses Mal war’s der bundesweite Aufmarsch der Nazi-Truppe „III. Weg“, mit Unterstützung „prominenter“ Nazigrößen aus Europa. Zum Beispiel das „Nordic Resistance Movement“ aus Schweden, deren Sprecher hetzte offensiv gegen MigrantInnen, Geflüchtete.

Von den unterschiedlichsten Gruppen und Organisationen wurde breit mobilisiert, teils unter dem Motto „Kein Platz für Nazis“. Antifas und andere linke Organisationen agitierten unter der Losung „III. Weg versenken“ für Blockaden. Auch AnwohnerInnen haben sich aktiv mit Plakaten und Transparenten an den Fenstern und auf der Straße solidarisiert.

Schon vormittags haben an den verschiedensten Punkten jeweils hunderte von Menschen ihren Protest bekundet. Insgesamt sollen sich laut Presseberichten über 2 000 Menschen an den Gegenprotesten beteiligt haben. Als die Nazi-Demo nach ihrer „Auftaktkundgebung“ losgehen wollte, wurde sie erstmal blockiert. Über eine Stunde lang mussten sie rumstehen. Dann begann die Bullerei mit den Angriffen. Die Antifas haben militant gekämpft. Aber die Gegenaktionen waren nicht ausreichend koordiniert, vor allem an den aktiven Blockaden haben sich zu wenige beteiligt. Die Anzahl der Faschisten war mit 200-300 Leuten (es gibt sehr unterschiedliche Angaben) eher bescheiden. Aber das Polizeiaufgebot war umso stärker gegen den Antinazi-Protest.

Wir waren mit antifaschistischen und antirassistischen Initiativen unterwegs und wurden bereits in der S-Bahn gestoppt. Wir mussten aus der S-Bahn raus, wir saßen in der Falle, auch am Kundgebungsplatz. Wir waren dann völlig überrascht, wo wir plötzlich gelandet sind. Genau bei den Faschos sind wir aus der S-Bahn gelassen worden. Die Bullen haben dann alles abgesperrt und uns eingekesselt. Sie haben einzelne Blockierer rausgezogen und verhaftet, aber die jungen Antifas waren darauf gut vorbereitet und wir haben uns gewehrt.

Die Bullen haben uns erst auf dem Bahnhof festgehalten und dann durch ein Spalier durchgeschleust.

Die Antifas waren klug und sind einfach stehen geblieben. Hier haben wir Parolen gerufen und Sitzblockaden gemacht. So konnten wir diese Agit Prop vis-à-vis zu den Faschos machen. Bei der angemeldeten Kundgebung sind die Bullen dann mit Tränengas und Knüppel reingegangen. Trotzdem konnte durch den Widerstand erreicht werden, dass die III. Weg-Nazi-Demo nur eine kleine Runde drehen konnte, statt die angemeldete kilometerlange Marschroute zu absolvieren. Unser Transparent war sehr sichtbar und hat die entscheidende Frage nach dem System gestellt.

Betrieb & Gewerkschaft

Höchste Zeit zu kämpfen!

Krise – Umwälzung – Arbeitsplatzvernichtung in der Automobil-Industrie

Beispiel
Zuliefer-Konzern Continental

Bedingt durch technologische Entwicklungsschübe, Robotisierung, Verdichtung der Produktion, Rationalisierung und Internationalisierung, Verlagerung von Produktionsketten in abhängige, „kostengünstigere", sprich ausbeutungsintensivere Länder vollzieht sich weltweit in zentralen Produktionsbereichen der Auto-Industrie einschließlich der Zulieferbetriebe eine weitreichende Umwälzung, die es in diesem Ausmaß bisher in diesem Sektor nicht gegeben hat [1].

Getrieben von der kapitalistischen Konkurrenz der Auto-Monopole versucht jedes Unternehmen trotz Krise, die maximalen Gewinne heraus zu schlagen. Das Großkapital nutzt in der Pandemie-Krise seine Chance und nimmt mit, was es an staatlichen Subventionen einsacken kann.

Die Steigerung des Maximalprofites bei gleichzeitiger tiefgehender Umstrukturierung, Verschlankung und Kostensenkung der Produktion durch neue Technologien in der Branche stand schon vor CORONA auf der Tagesordnung.

Die Umstrukturierung vom Verbrennungsmotor zur E-Mobilität, die zur führenden Technologie wird, stellt ganze Produktionszweige ins Aus und entwickelt neue Produktionsbereiche. Verbrennungsmotoren und das komplette Zubehör werden letztendlich auf dem Müllhaufen der Technologiegeschichte landen.

Die Auto-Konzerne versuchen mit der E-Mobilität ihr bewährtes Modell weiter zu betreiben. Individualverkehr über alles!

Je individueller umso kostenintensiver und damit profitträchtig ohne Grenzen, so haben sie es gern, die Aktionäre von Daimler, VW, Bosch und Co! Mobilitätswende, klimafreundlich, wozu denn?

In allen Unternehmen von VW, Daimler, Bosch, Continental, Schaeffler, Mahle, bis hin zu ZF Friedrichshafen, um nur einige zu nennen, läuft bereits der „Abbau von Arbeitsplätzen" auf Hochtouren.

Von den gelben Gewerkschaften, (z.B. IG Metall, IG BCE u.a.) und Betriebsräten verschaukelt ganz nach dem Motto „wenn wir nicht sparen, verlieren wir die deutschen Standorte", verzichten wir ArbeiterInnen bereits auf Lohnerhöhungen, auf Urlaub, beziehungsweise in neu verhandelten Tarifverträgen auf Lohnanteile. Aber all der Verzicht für die scheinbare Arbeitsplatzsicherheit wird nichts nützen!

Nur wenn sich wirklich geballter Widerstand in den Fabriken entwickelt, nur wenn gestreikt und die Produktion lahmgelegt wird, nur dann wird sich die ArbeiterInnenklasse nicht nur wehren, sondern auch Forderungen stellen können, die weit darüber hinaus gehen. Lassen wir uns nichts vormachen, Gewinne und Dividenden sprudeln!

Was vor dem Hintergrund des von uns erwirtschafteten Reichtums schon lange dran ist: 30 Stunden-Woche, Verbot der gesundheitsschädlichen Nachtschichten, Vier-Tage-Woche… das alles sind „nur" einfache Reformen und würden uns die Krise besser überstehen lassen. Aber das ist natürlich weder im Sinn noch eine Option der Bonzen und Konzernherrn. Es liegt an uns ArbeiterInnen, diese und weitreichendere Forderungen durchzusetzen.

Die Großkonzerne werden aus der Krise sowohl international wie national gestärkt hervorgehen. Aber für die ArbeiterInnen in diesem Produktionszweig ist weltweit eine drastische Arbeitsplatzvernichtungs-Welle schon längst im Gange. Die Schätzungen über den Umfang der Jobstreichungen liegen bei 400 000 von aktuell 900 000 Jobs in der Auto- und Zulieferindustrie in Deutschland.

Auf die Frage inwieweit diese **Umstellung auf Elek-**

1 Ausgesprochen lesenswert: www.labournet.de/branchen/auto/auto-zulieferer/von-bosch-ueber-continental-bis-zf-der-zulieferer-branche-steht-ein-massiver-jobabbau-fabriken-droht-die-schliessung-gegen-die-krise-werden-klassische-rezepte-nichts-helfen/
02.10.2020 Von Bosch über Continental bis ZF: In der Zulieferer-Branche steht ein massiver Jobabbau an, Fabriken droht die Schließung. Gegen die Krise werden klassische Rezepte nichts helfen Dossier

tromobilität als Teil des sogenannten **„Green-Deals"** tatsächlich Umweltschutz stärken wird, gehen wir hier nicht näher ein. Nur so viel, für alle kapitalismuskritischen und revolutionären Bewegungen ist klar, das ist kein Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise sondern eine Verlagerung und Ausweitung der Profitstrategien des Monopolkapitals im „grünen" Mäntelchen.
Knapp gesagt: Der Strom kommt eben nicht einfach aus der Steckdose! Kein Stromerzeuger ist wirklich „grün" – Stichwort: Atomkraft, Braunkohle oder Wasserkraftwerke. Und: Ein Elektroauto muss mindestens 100 000 km gefahren werden, bevor es in der Ökobilanz besser abschneidet als ein vergleichbarer PKW. Und hier reden wir nicht von der Mogelpackung Plug-In-Hybrid.
Anstatt Öffentlichen Personen Nah- und Fernverkehr so auszubauen, dass Individualverkehr im eigenen Auto überflüssig wird, anstatt Antriebsmöglichkeiten technologisch zu entwickeln, die nicht zu den Ressourcenzerstörern zählen, anstatt ressourcenschützende Gesellschaftsmodelle zu verwirklichen, wird weiter in der kapitalistischen Logik gewirtschaftet.

Im Interview mit ‚Auto-Experten' Kipferler wird vom Spiegel die Frage gestellt:
„Der Studie der ‚Neuen Plattform Zukunft der Mobilität' (NPM) zufolge droht durch den Umstieg auf Elektroantriebe bis 2030 der Wegfall von 410 000 Arbeitsplätzen. Wieso könnten in der Autoindustrie so viele Arbeitsplätze wegfallen?" Seine Antwort lautet: *„Man muss das präzisieren: Zwei Drittel der 410 000 in der Studie genannten Arbeitsplätze fallen allein durch Produktivitätsgewinne weg, beispielsweise durch eine effizientere Fertigung. Dadurch werden weniger Arbeitskräfte benötigt. Das ist ein ganz normaler Prozess, der in der Industrie seit Jahrzehnten stattfindet.*
Toyota steigert seine Produktivität jedes Jahr um vier bis sechs Prozent, von 1 000 Arbeitskräften werden am Ende des Jahres also nur noch 940 benötigt. Dieser Effekt wurde im vergangenen Jahrzehnt jedoch vom Wachstum der Autoindustrie überdeckt. Dadurch wurden die Menschen nicht entlassen, sondern an anderer Stelle eingesetzt".
Spiegel: *„Das wird im kommenden Jahrzehnt aber nicht passieren?"* Kipferler: *„Nein, denn die Märkte haben ihren Höhepunkt erreicht und werden stagnieren, auch in China und den USA. Bei rund sechs Millionen Beschäftigten und einem Zeitraum von zehn Jahren gehen dann viele Arbeitsplätze verloren.*
Das geschieht aber nicht über Nacht, sondern schrittweise. Auf das Konto der Elektromobilität geht der Studie zufolge dagegen nur rund ein Drittel der Arbeitsplätze …" [1]

1 Spiegel online, „Interview von Emil Nefzger mit Arthur Kipferler vom 15.01.2020", labournet

Was anderes ist im herrschenden System auch nicht zu erwarten.
Aktuell haben diese Entwicklungen zum Beispiel beim **Daimler-Konzern** dazu geführt, dass die Geschäftsführung die Streichung von bis zu 30 000 Jobs auf dem Schirm hat.
Umstrukturierungspläne sind beschlossene Sache. Die so genannten Stammbelegschaften mit KollegInnen in unbefristeten direkten Verträgen werden reduziert, indem zum Beispiel viele KollegInnen in Frührente geschickt und Fremdvergaben (Auslagerung von Produktionssektoren) forciert werden.
Die Arbeitsplatzvernichtung inklusive Massenentlassungen wird durch die drastische Reduzierung der LeiharbeiterInnenbeschäftigung verschleiert. Gleichzeitig führen Rationalisierungsprozesse und Produktivitätssteigerung zur Arbeitsverdichtung und damit zu verschärfter Ausbeutung.

DAX-Konzern Continental – Werksschließungen & Arbeitsplatzvernichtung

Continental hat Produktionsstätten in sechzig Ländern und beschäftigt über 240 000 Werktätige. Dem Konzern geht es profitratenmäßig spitze. 600 Millionen Euro Dividenden sind es allein in 2020. Aber natürlich wird weiter an der Gewinnmaximierungs-Spirale gedreht.
Im September hat der Vorstand des Continental-Konzerns ein einschneidendes „Sparprogramm" verkündet. Am 30. September 2020 hat der Aufsichtsrat der Continental AG die seit Anfang September 2020 bekanntgegebenen erweiterten Maßnahmen des wohlklingenden Programms „Transformation 2019-2029" bestätigt.
Damit seien, so suggeriert der Vorstand, die „Weichen für eine zukunfts- und wettbewerbsfähige Aufstellung des Reifenbereichs gestellt". Diese sieht in der harten Realität des ArbeiterInnenlebens wie folgt aus:
Weltweit werden 30 000 und bundesweit 13 000 Arbeitsplätze auf dem Altar des Profits geopfert. Die Konzernleitung schließt in Deutschland auch „ökonomisch rentable" Standorte. Weil woanders kostengünstiger produziert werden kann und noch mehr Profit herauszuholen ist. Weil die Bosse den Hals nicht voll kriegen, werden komplette Belegschaften einfach auf die Straße gesetzt und an zahlreichen Standorten umfassende Entlassungen geplant.
In Karben/Hessen schließt das Werk mit seinen 1 100 Beschäftigten bis Ende 2024, in Regensburg/Oberpfalz werden, vornehm ausgedrückt, „Strukturanpassungen", d.h. Entlassungen von ca. 2 100 ArbeiterInnen vorgenommen. Auch das Conti-Werk in Aachen/

NRW wird 2021 komplett geschlossen. Über 1 800 ArbeiterInnen werden gefeuert – Zielbahnhof: Erwerbslosigkeit. Weder wurden die Belegschaften noch die Gewerkschaften über diese „Maßnahmen" vorab informiert, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt.
Wir dokumentieren unser Flugblatt, das wir mehrfach vor der Conti-Fabrik Aachen beim Schichtwechsel verteilt haben. Da wir in NRW vor Ort sind, haben wir uns an den Protesten und Demos aktiv beteiligt. Über unsere Erfahrungen und Diskussionen wollen wir auch ausführlich berichten, um daraus für kommende Kämpfe zu lernen, damit wir verstärkt eingreifen können!

Contis Firmenphilosophie – Gewinnermentalität

Auf seiner Webseiten-Selbstdarstellung protzt der Konzern unter der Rubrik „Unternehmenswerte" mit seiner Unternehmensstrategie und Philosophie [2]. Und das haben sie sich auf ihre Fahnen geschrieben:
„Bei Continental teilen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vier grundlegende Unternehmenswerte. Sie bilden die Wurzeln unserer Unternehmenskultur: ***Vertrauen, Gewinnermentalität, Freiheit und Verbundenheit****. Wir sind davon überzeugt: nur in einem damit geprägten Umfeld entstehen maßgebliche und wegweisende Leistungen, Lösungen und Beiträge".*
„Vertrauen", so die Konzernleitung, *„ist die Grundlage all unseres Handelns ... Wir halten, was wir versprechen. Das gilt für alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter … Uns ist bewusst, dass Vertrauen schwer gewonnen und leicht zerstört werden kann. Deshalb beweisen wir zu jeder Zeit, dass sich das in uns gesetzte Vertrauen lohnt."*
Das ist ein Schlag ins Gesicht aller ArbeiterInnen, die jetzt entlassen werden und keine Perspektive auf einen neuen Job haben.
„Gewinnermentalität" wird inhaltlich so gefüllt: *„Wir wollen gewinnen. Wettbewerb ist unsere Welt, die Spitzenleistung unser Ziel."*
Diese verlogene Floskel ist ein ganz besonderer Hohn gegenüber denjenigen, die den Mehrwert schaffen, den Profit, den sich die Conti-Aktionäre und Konzernbosse in die Taschen scheffeln. Ja, die Bosse wollen gewinnen, und das tun sie auch. Aber die Conti-ArbeiterInnen teilen diesen Wert mit Sicherheit weder gestern noch heute mit der Konzernspitze. Dieses „Wir sitzen alle in einem Boot" ist geradezu widerwärtig.
Die reale Botschaft der „Gewinnermentalität" ist, liebe MitarbeiterInnen, so die Logik des Konzerns, wir teilen diese Mentalität des Gewinnens nur in Bezug auf die Steigerung unserer Dividenden und Profite und deswegen auch nur mit den GroßaktionärInnen – aber ganz sicher nicht mit Euch. Und wenn eine Profitschmälerung in Aussicht ist, dann setzen wir euch eben einfach auf die Straße. Denn dann, so der neue Vorstandchef des Aufsichtsrates Setzer, gehören **wir** zu den *„Gewinnern der Transformation der Mobilitätsindustrie"*.
Aber die VerliererInnen sind die „MitarbeiterInnen", die ArbeiterInnen! Der wahre, der tatsächliche Conti-Unternehmenswert, das Interesse der Conti-Kapitalisten, nämlich der „Maximalprofit" steht im krassen Gegensatz zu den Interessen der Conti-ArbeiterInnen und entzieht ihnen durch Job-Vernichtung ihre Lebensgrundlage!

Im Aachener Continental-Werk arbeiten insgesamt 1 800 ArbeiterInnen.
Dazu kommen noch die indirekt Beschäftigten von Zulieferfirmen. Die tatsächliche Zahl der von Erwerbslosigkeit bedrohten ArbeiterInnen, nämlich inklusive der Belegschaften in den gleichfalls schließenden Zulieferbetriebe, beläuft sich auf ca. 2 500.
Die Aachener Conti-Belegschaft umfasst eine große Anzahl ArbeiterInnen aus der Türkei – Nord Kurdistan und viele ArbeiterInnen aus ost- und mitteleuropäischen Ländern. Viele sind zweite bzw. dritte Generation aus MigrantInnen-Familien, entweder hier geboren oder hier aufgewachsene Menschen mit Migrationshintergrund.
Etliche ArbeiterInnen müssen ihre Arbeitskraft als so genannte „nicht qualifizierte", „angelernte" sprich unterbezahlte ArbeiterInnen verkaufen. Manche sind als „ganze Familie", Eltern und Kinder im Conti-Werk beschäftigt. Die Arbeitsbedingungen sind ausgesprochen schwer und anstrengend.
Pro Schicht produzieren die Aachener Conti-ArbeiterInnen 8 000 Reifen. Sie arbeiten im **Vollkonti-Schichtmodell** (Konti-Schichtmodelle basieren auf dem „Durchlaufen" der Maschinen/Produktion – 24 Stunden, sieben Tage...).
Vollkonti bei Conti in Aachen heißt: Zwei Tage Frühschicht, Zwei Tage Spätschicht, Drei Tage Nachtschicht, zwei Tage Frei. Dieses Schichtsystem ist unmenschlich, kräftezehrend, bedingt Schlafstörungen, geht an die Substanz, macht krank und erschwert Beziehungen zwischen LebenspartnerInnen, Kindern, Familien und FreundInnen.
Ganz zu schweigen von einer aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, zum Beispiel politischen Aktivitäten, Sport oder Kultur. [1]

1 Frühschicht/Frühschicht, Spätschicht/Spätschicht, Nachtschicht/Nachtschicht, Nachtschicht/Nachtschicht, Nachtschicht/Nachtschicht – 2 Tage frei.

2 www.continental.com/de/unternehmen/konzernstrategie/unsere-werte-29524

Was tut „unsere“ Gewerkschaft?

Die große Mehrheit der ArbeiterInnen ist selbstverständlich wütend, wollen sich wehren und demonstrieren. Natürlich zog die IG BCE Gewerkschaftsführung in die „Schlacht“ und rief mit eingängigen Slogans „Conti – Jetzt gibt’s contra“ zu Demonstrationen in Aachen, Frankfurt und Hannover auf.

Aus der brodelnden Stimmung sollte Dampf abgelassen werden. Die von ArbeiterInnen vor den Toren der anderen betroffenen Werke durchgeführten spontanen Aktionen wurden von den GewerkschaftsfunktionärInnen teils unterstützt aber auch stark instrumentalisiert.

In Hannover demonstrierten über 2 000 KollegInnen bundesweit angereist am **29. September**, einen Tag vor der entscheidenden Aufsichtsratssitzung, die das „Sparprogramm“ des Vorstands endgültig absegnete.

Mit Bussen kamen sie von den verschiedenen Conti-Standorten, mit Parolen und Transparenten: „Continental-hilflos-konzeptlos-respektlos“ oder „Continental verschaukelt 13 000 Mitarbeiter“. Auch mit einer überdimensionalen „Karte des Kahlschlags“, auf der die bundesweit von Schließung und Massenentlassung bedrohten Standorte eingezeichnet sind.

Die stellvertretende Vorsitzende der IG Metall und Vize-Aufsichtsratschefin von Continental (!), Christiane Benner forderte: *„Wir werden nicht zulassen, dass ein Traditionskonzern kaputtgespart wird.“* [3]

Und Michael Vassiliadis, Chef der IG BCE appellierte gar an ‚deutsche Unternehmertugenden’: *„Was hier beraten wird, ist nicht einfach ein Aufsichtsratsbeschluss. Hier entscheidet ein **deutscher Vorzeigekonzern** darüber, ob er den Pfad des **Zusammenhalts und der sozialen Verantwortung** verlässt.“* [4]

Diesem Vorstand wurde in einer Sitzungspause eine **Petition** von Betriebsrat, IG Metall und IG BCE mit 28 620 Unterschriften übergeben, *„die Arbeitsplatzsicherung und verlässliche Perspektiven für alle Beschäftigten“* einfordert.

Natürlich wurde protestiert, weil die Gewerkschaft nicht in die Entscheidungen der Konzernführung einbezogen worden waren. Natürlich wurden große Worte geschwungen. Betriebsräte aus betroffenen Conti-Betrieben kündigten einen „schweren Konflikt“ an.

IG BCE Chef Vassiliadis prophezeite: *„Wir werden dafür sorgen, dass Conti zur Vernunft zurückkehrt und respektvoll mit seinen Beschäftigten umgeht.“* Und er drohte: *„Dieser Stellenabbau wird teuer.“* [5]

Aber wo ist die wirkliche Mobilisierung der 13 000 ArbeiterInnen, deren Jobs bedroht sind? Die hat nicht stattgefunden und die wird mit diesen mit dem Kapital verflochtenen Gewerkschafts- und BetriebsratsfürstInnen auch nicht stattfinden. Statt auf militanten Klassenkampf, Streik und Betriebsbesetzungen orientieren die „gelben“ DGB-Gewerkschaften, in diesem Fall die IG BCE, auf Ausgleich, Verständigung mit den Konzernherren, Kompromisslösung, Petitionen, **ja, auf Verrat an den ArbeiterInneninteressen**.

Die auf möglichst kleiner Flamme gehaltenen Aktionen der ArbeiterInnen sind nur ein Faustpfand bei den Verhandlungen. Wir sollen Dampf ablassen, während unsere Interessen für den Machterhalt unserer so genannten InteressenvertreterInnen in Verhandlungen hinter verschlossenen Türen verraten und verkauft werden… Doch ohne Aktionen wären wir komplett verloren, nutzen wir also diese Minimalversion als Übung, als Training für kommende Kämpfe, in Vorbereitung auf militante Aktionen des Klassenkampfs für die Durchsetzung unserer tatsächlichen Interessen!

IG BCE: Kunde hochkarätiger Unternehmensberater & auf Investoren-Suche

Anhand des Vorgehens von IG BCE und dem Betriebsrat des Werkes in Aachen lässt sich die verheerende Rolle von Gewerkschaft und Betriebsratsfürsten als Co-Manager, die auf die Zusammenarbeit mit Kon-

3 „Der Protesttag in Hannover“, Sonderticker Conti KW 40/20 Kalter Kapitalismus + Ticker Nachrichten + https://igbce.de/igbce/continental

4 ebenda

5 Süddeutsche Zeitung, 08.12.2020

zern und Bossen setzen, nur allzu deutlich illustrieren. Die IG BCE ist, wie auch die anderen DGB-Gewerkschaften, keine wirkliche Interessenvertreterin der ArbeiterInnen. Anstatt auf die Betriebsschließungen und Entlassungen massiv und offensiv mit Betriebsbesetzungen, Streiks etc. zu reagieren, ringt sie darum, mit der Konzernführung „Lösungen" per Unternehmensberatung – von der Gewerkschaft finanziert – um „das Werk zu retten".

Sie setzt nicht auf das Vertrauen in die ArbeiterInnenkraft, sondern auf Anwälte und Unternehmensberater, um mit dem Conti-Vorstand einen Deal zu machen. IG BCE Chef Vassiliadis: „*Sie* [die Werksleitung] *wollen das Werk dichtmachen und die Kapazitäten später an Niedriglohnstandorten wiederaufbauen.* ***Wir hätten mögliche Investoren fürs Werk, Conti blockiert***." [6]

Am 12. Dezember veröffentlicht die IG BCE eine Pressemitteilung: *„Betriebsrat und IG BCE haben gemeinsam mit einer Unternehmensberatung ein umfangreiches Konzept zur nachhaltigen Standortsicherung des von der Schließung bedrohten Continental-Reifenwerks in Aachen vorgelegt.*

Das Eckpunktepapier mit dem Titel ‚Aachen neu denken' sieht eine weitere wirtschaftliche Optimierung des ohnehin schon profitablen Reifenwerkes vor, einschließlich eines schrittweisen, sozialverträglichen Abbaus am Standort bestehender Personalüberhänge. Zugleich soll weiteres, alle übrigen Bereiche am Standort betreffendes Optimierungspotenzial von den Betriebsparteien gemeinsam schnell gehoben werden. Im Gegenzug kann die für Ende 2021 geplante Schließung des Standorts ausgesetzt und bis einschließlich 2024 gemeinsam nach Alternativen gesucht werden. Dazu gehört neben dem Verbleib des optimierten Standortes im Continental-Verbund auch ***die Abgabe des Werks an Investoren****.*

Doch bislang verschließt sich Continental einer konstruktiven Lösung. Das Unternehmen wolle offenbar um jeden Preis die Schließung zum Jahresende 2021 durchsetzen. ‚Hier wird stumpf das Conti-Standardvorgehen für Kostensenkungen im Reifenbereich verfolgt. An einer echten Perspektive für Aachen hat das Management offenbar kein Interesse', so die Betriebsräte. (…) Vor diesem Hintergrund erwarten Beschäftigte, Betriebsrat und IG BCE von Continental, dass der Konzern im Sinne aller Stakeholder auf einen ***konstruktiven Lösungsansatz*** *umschwenkt."* [7]

Wir fügen hinzu, der Betriebsrat Werk Aachen führt den Klassenkampf auf ganz eigene Weise. Im Extrablatt der Spurrille (Betriebsratszeitung im Conti-Werk Aachen) verkündet er: *„Uns stehen die IG BCE und die Rechtsanwaltskanzlei THÜR WERNER SONTAG und die renommierte Wirtschaftsberatung KEMPER & SCHLOMSKI zur Seite."* [8]

Na dann … ist ja alles bestens! Also von unseren Mitgliedsbeiträgen und Gewerkschaftsgeldern haben IG BCE und der Betriebsrat fett bezahlte UnternehmensberaterInnen angeheuert, um dem Conti-Aufsichtsrat ein „Gegenmodell" zum Erhalt der Aachener Fabrik anzutragen und die Fabrik „zu retten". Anstatt alle Kräfte und Finanzmittel zur Mobilisierung der KollegInnen für den Widerstand einzusetzen.

Mittlerweile wurde zwar der Vorstandsvorsitzende bei Continental ausgewechselt, aber der Konzern hält eisern an seiner Strategie fest.

Entgegen allen Anbiedereien der Gewerkschaft und des Betriebsrates wird weiterhin auf den eingeschlagenen Kurs gesetzt. In einer Presseerklärung am 16. Dezember verkündet der neue Vorstandsvorsitzende Continental-CEO Nikolai Setzer:

„Mit unseren zukunftsorientierten Technologien und unserem erfolgsgetriebenen weltweiten Team werden wir zu den ***Gewinnern der Transformation der Mobilitätsindustrie*** *zählen."* [9] Damit hat Setzer den Nagel auf den Kopf getroffen!

Warum auch sollte das Continental-Monopol sein technologisch bestens ausgestattetes Reifenwerk an einen Konkurrenten verkaufen? Da lohnt es sich doch viel mehr, die Aachener Fabrik dicht zu machen, die Maschinen auf den Schrott zu bringen und alles als Verluste steuerlich abzuschreiben?!

6 ebenda

7 „Continental verschließt sich Alternativkonzept für Aachener Reifenwerk", IG BCE,14.12.2020, www.presseportal.de / pm/56813/4788632

8 Extrablatt, Zeitung des Betriebsrat Werk Aachen, 18.11.2020

9 Pressemitteilung /www.continental.com/de/presse/pressemitteilungen/kapitalmarkttage-242908 16.12.2020

Welch ein Hohn – aber das ist die Realität im Kapitalismus: Zur Maximierung der Profite gehört auch immer wieder die Vernichtung von Produktionsmitteln und anderen Werten.

Vor Ort: Strategiediskussionen mit Conti-ArbeiterInnen

Anfang Oktober verteilten wir zum ersten Mal vor dem Aachener Continental-Werk zwischen Spät- und Nachtschicht unser Flugblatt über die Werksschließung. Fast alle Conti-ArbeiterInnen nahmen unser Flugblatt interessiert und bereitwillig entgegen.

Mit vielen haben wir über die aktuelle Situation gesprochen und diskutiert. In jedem Gespräch haben sie ihre Enttäuschungen, ihre Hilfslosigkeit, ihre Wut und ihren Ärger zum Ausdruck gebracht. Sie wollten in ein, zwei Minuten unendlich vieles loswerden und erzählen. Sie waren wie ein spuckender Vulkan.

VERRATEN UND VERKAUFT!

CONTINENTAL AG: AUS FÜR WERK AACHEN
SOLIDARITÄT & WIDERSTAND
STREIK & BETRIEBSBESETZUNG!

Anfang September 2020 schockte durch, was die Continental-Geschäftsführung Aachen so gerne noch länger verheimlicht hatte:
Das Continental Reifen-Werk Aachen wird bis Ende 2021 platt gemacht! Ende September bestätigte der Aufsichtsrat des DAX-Konzerns Continental AG diesen brutalen Plan, der von ihm als „erwünschte Maßnahme des Programms Transformation 2019-2029" schlagwortartig wird. Continental ist ein weltweit agierendes Industrie. Anfang 2020 beschäftigte es 240.000 Werktätige in 50 Ländern.

Der Aufsichtsrat schließt das Aachener Werk, das mit Großinvestitionen in den letzten Jahren auf den modernen Stand gebracht worden war. Er verlagert nun die Produktion und Arbeitsplätze in billigere Länder, wo er die Arbeiterinnen noch brutaler und für Maximalprofit ausbeuten kann.

Im Leben von 1.800 Arbeiterinnen und ihren Familien ist das der Kratzer in Erwerbslosigkeit und Hartz IV. Ein Leben in Armut und am Rande des Existenzminimums. Verlust von Wohnungen droht, bei astronomisch steigenden Mieten. Kosten für Ausbildung der Kinder werden unbezahlbar. Existenzängste unter den verschärften Bedingungen der Corona- und Finanzkrise. Neue Arbeitslosen sind auf absehbare Zeit, auch 2022, in der Region nicht in Sicht.

„Schöne neue" alte Welt des Kapitalismus!

Wir, Arbeiterinnen aus Fabriken anderer Branchen haben uns umgehend mit dem Widerstand der Kolleginnen von Continental solidarisiert. Vor Ort haben wir unsere Solidarität bekundet, uns an Kundgebungen beteiligt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter von Continental sind am kochen, wütend, sauer und explosiv. Sie haben jahrelang unbezahlte Überstunden hingenommen, Mehrarbeit wurde nicht bezahlt. Mit den Arbeiterinnen und Arbeitern des Continental Werks haben wir diskutiert. Was Euch jetzt passiert, haben vor Euch schon Millionen Arbeiterinnen durchlitten und werden in Zukunft auch weitere Millionen Arbeitnehmer erleiden.

Das ist das wahre Gesicht dieses barbarischen Ausbeutungssystem, des Kapitalismus. Für die Konzernbosse steht immer an erster Stelle der Profit, alles andere steht an der letzten Stelle. Die Conti-Vorstandsspitzen erhalten jährliche Millionengehälter, Vorstandsvorsitzender Degenhart 6,5 Mio. Euro.

Wir müssen erkennen, alle Hoffnungen auf den Kapitalismus laufen ins Leere und haben keinen Boden. Das war schon immer so und wird auch solange es den Kapitalismus gibt, so bleiben. Im Kapitalismus gibt es keine Sicherheit oder sichere Arbeitsplätze. Kapitalismus heißt: Raub, Betrug, Ausbeuten, Arbeitsplatzvernichtung, Armut. Kapitalismus heißt: Arbeitslosigkeit und keine Zukunft!

Solidarität und nicht aufgeben!

Am Ende des vorigen Jahres wurde im Aachener Werk in den Medien Konsenz über gegangen. Zu dieser Zeit gab es bereits noch Gerüchte 400 Arbeitsplätze sollen entlassen werden.

Wir hatten damals einen im Werk arbeitenden Kollegen angesprochen. Er wurde, dass dieses Gerücht nicht stimme. Vielmehr seien in den letzten zwei Jahren neue Werkshalle gebaut worden. In die Modernisierung des Werks wurden Neuinvestitionen von Millionen Euro gesteckt. Trotz Kurzarbeit und unter Pandemiebedingungen wurden bis heute hohe Profite generiert und den Börsenwerte der Conti-Aktien stieg weiter. Nun kommt heraus, dass die Gerüchte einen Abbruchgutschaft hatten.

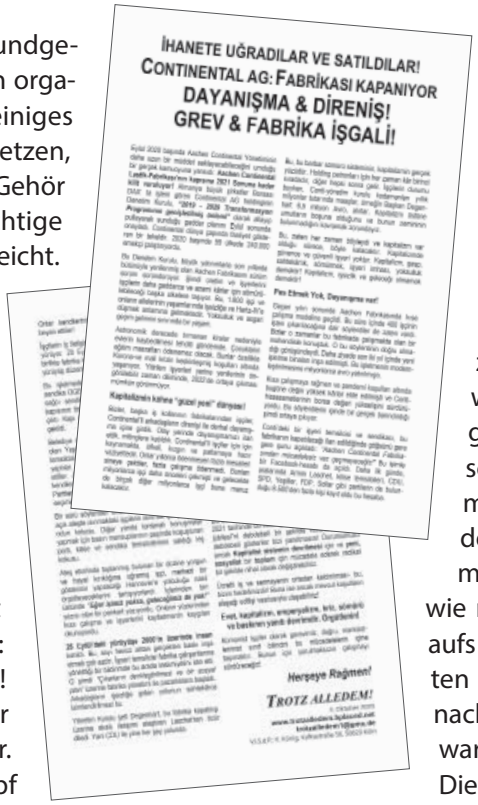
Ein Betriebsrat und Gewerkschaftler bei Conti hat, [illegible]

Widerstand gegen Continental-Arbeiterverrat und Ausbeutung des Werkes in Aachen!
Streik und Betriebsbesetzung!

Eine gemeinsame Arbeitsfront Einheit gegen den Konzern. Für das sofortige Ziel: Verteidigung der Arbeiterbewegung! Das wäre eine schlimmere Niederlage als [illegible]. Wir müssen uns [illegible] Kollegen und stellt sich zu [illegible] Verkäufen ein damit den Konzern die Super. Am 8. Oktober 2021 wird er sein 150-jähriges Firmenjubiläum feiern. Aber auch dann, [illegible] Arbeiter* pompös feiern, Aber auch dann werden wir unsere [illegible] wie nichts sort [illegible] werden wir unsere [illegible] Lage nur radikal verändern können, indem wir für den **Sturz des kapitalistischen Systems** kämpfen, **eine neue, sozialistische Gesellschaft** kämpfen.

Die Abschaffung von Lohnarbeit und Kapital – das ist unser Ziel! Das können wir nur [illegible] [illegible] [illegible]

nover gefahren und habt Kundgebungen und Demonstrationen organisiert. Natürlich habt ihr einiges versucht, in Bewegung zu setzen, habt versucht euren Stimmen Gehör zu verschaffen. Das sind wichtige Schritte. Aber das hat nicht gereicht. Ihr habt mit dem Kampf angefangen, aber der hat nicht zum Erfolg geführt. Ihr habt den Kampf nicht weitergeführt.


İHANETE UĞRADILAR VE SATILDILAR!
CONTINENTAL AG: FABRİKASI KAPANIYOR
DAYANIŞMA & DİRENİŞ!
GREV & FABRİKA İŞGALİ!
Herşeye Rağmen!
TROTZ ALLEDEM!

Wir ArbeiterInnen sollten den Kampf, da wo er stottert, auf eine andere Art verwandeln, den Kampf verschärfen und ihn zuspitzen. Nächster Schritt wäre bei Continental gewesen: Streik und Betriebsbesetzung! Natürlich funktioniert das nur mit starker Kraft und Ausdauer. Euer entschlossener Kampf wäre für alle Betriebe, die eine Verlagerung planen, eindrucksvolles Beispiel gewesen.

Die Auswirkungen wären sehr positiv, das hätten wir in der ganzen Republik gespürt. Vielleicht hätte dieses positive Zeichen eine Reihe kapitalistischer Unternehmen daran gehindert, den Standort zu schließen, die Rationalisierung verschärft voranzutreiben."

Einige der ArbeiterInnen, die unsere Diskussionen hörten, stimmten uns zu. Aber sie konnten ihre Angst und Verzweiflung auf ihren Gesichtern nicht verbergen.

Während unserer Diskussionen kamen zwei Mitarbeiter der Werkssicherheit zu uns. Sie fragten uns, was wir hier machen. Wir haben geantwortet, „wir verteilen Flugblätter gegen die Continental-Werkschließung." Sie warnten uns, nicht auf dem Werksgelände Flugblätter zu verteilen und baten uns ganz höflich, das Werksgelände zu verlassen. Wir haben dieser Haltung des Sicherheitspersonals widersprochen. „Sie verlieren bald ihren Arbeitsplatz, das Werk wird geschlossen. Sie werden auf die Straße geworfen, in die Erwerbslosigkeit geschickt. Wir verteilen ein Solidaritätsflugblatt dagegen und Sie versuchen uns, zu vertreiben. Ist das fair und korrekt?"

Das Sicherheitspersonal war fassungslos, konnte unserem Einwand nicht widersprechen und entschied sich, unseren Diskussionen zuzuhören. Danach gab es kein großes Hindernis. Unsere Diskussion lief weiter. Einige ArbeiterInnen haben später vorgeschlagen, dieses Flugblatt auch einmal auf Türkisch zu verteilen.

Zweite Flugblattverteil-Aktion

Ende Oktober waren wir wieder vor dem Werk. Wir haben wieder unser Flugblatt, dieses Mal auch auf Türkisch zwischen der Früh- und Spätschicht verteilt. Wir haben neue ArbeiterInnen, die wir noch nicht erreicht hatten, getroffen.

Wir haben ähnliche Dinge erlebt, die wir zuvor gesehen haben. Die ArbeiterInnen waren dieses Mal sehr angespannt, verärgert und traurig. Die meisten in der Frühschicht haben keine Kraft mehr. Sie waren müde, blass und erschöpft. Sie machten den Eindruck, dass sie ihre Beine nicht mehr heben können. Sie wollten so schnell wie möglich nach Hause kommen und sich aufs Sofa legen. Trotz allem gingen die meisten ArbeiterInnen mit unserem Flugblatt nach Hause. Einige Dutzende ArbeiterInnen waren mit unserer Meinung vertraut.

Die Flugblätter, die wir in der Nachtschicht verteilt hatten, erreichten die Kantine und die Umkleideräume. Die Gespräche und Diskussionen, die wir mit den ArbeiterInnen führten, zeigten uns, dass sie untereinander über unser Flugblatt diskutiert haben. Etliche ArbeiterInnen akzeptierten widerspruchslos unsere Forderung nach „Widerstand, Streik und Fabrikbesetzung".

Das Problem war, wer diesen Schritt machen würde. Sollte einer diesen mutigen Schritt machen, hätten sie sich sofort zusammengeschlossen. Die Gespräche, die Einstellungen der ArbeiterInnen gaben uns dieses Gefühl. Da die ArbeiterInnen sich keine Organisierungsform vorstellen konnten, die für ihre Interessen einsteht, haben sie kein Vertrauen in sich selbst und in ihre eigene Stärke. Und nirgends konnten sie einen Funken sehen, der sie aufrüttelt. Sie waren voller Angst und Unsicherheit. Als ob die Seite, sich für Widerstand zu entscheiden, für sie geschlossen ist.

Viele der ArbeiterInnen sind 25 bis 30 Jahre bei Conti beschäftigt. Sie dachten, sie würden bis zur Rente hier arbeiten. Dann kam die Information zur Werksschließung. Ihre Reaktionen: „Wir konnten die Schließungsansage nicht glauben! Das war wie ein Schlag ins Gesicht! Wir wussten nicht, was wir tun sollen! Ich bin 52, ich bin 55, ich bin 57 ... wo werde ich in diesem Alter noch einen Job finden?"

Weitere ArbeiterInnen – mit denen wir gesprochen und diskutiert haben – fanden unsere Forderung „Widerstand, Streik und Fabrikbesetzung" links und sektiererisch. Sie warfen uns vor, „ihr habt falsche und unvollständige Informationen, beachtet die konkrete Situation nicht und kennt die Rechte der Conti-Arbei-

Traditionskonzern Continental – Eine ganz besondere Nazi-Geschichte!

„Wir werden nicht zulassen, dass ein Traditionskonzern kaputtgespart wird!“, so der pathetische Aufruf der stellvertretenden Vorsitzenden der IG Metall und Vize-Aufsichtsratschefin von Continental, Christiane Benner auf der Protest-Demonstration in Hannover.

Wie so oft zeigt sich hier wieder einmal die deutsche Geschichtsvergessenheit oder im schlimmsten Fall die bewusste Verleugnung historischer Tatsachen. Der sich von deutschen PolitikerInnen und gesellschaftlichen Akteuren selbst verliehene Titel „Weltweit Vorbild in Vergangenheitsbewältigung“ wird einmal mehr als reine Werbephrase demaskiert.

Dieses Jahr wurde im August die vom Conti-Vorstand in Auftrag gegebene Studie „Zulieferer für Hitlers Krieg“ von Paul Erker [1] unter großem Tamtam präsentiert.

75 Jahre (!) nach dem Ende des 2. Weltkrieges stellt sich der Conti-Konzern angeblich seiner faschistischen Geschichte. Warum 2020? Nun, **1871** wurde am **8. Oktober** die Aktiengesellschaft Continental-Caoutchouc- und Gutta Percha Companie gegründet. **2021** ist heiliges **100-jähriges Conti-Traditionskonzern-Jubiläum**.

Eigentlich müsste der Vize-Aufsichtsratschefin Benner diese Tatsache geläufig sein. Um so gravierender der positive Bezug von Frau Benner *„auf die Traditionsgeschichte des Konzerns“*. Der Fakt ist unserer Meinung nach schon lange bekannt, Continental war einer der wichtigen Industriebetriebe, der mit zum Rückgrat der deutschen Kriegswirtschaft zählte.

Die Conti-AG hat das Nazireich, seinen Welteroberungskrieg, seine Völkermordpolitik und seine Unterdrückungswillkür gegen jeden politischen Widerstand in der ArbeiterInnenklasse aktiv mitgetragen und zu verantworten.

Der „Traditionskonzern“ Continental trug während der Faschismus-Diktatur stolz die Auszeichnung „Nazi-Musterbetrieb“. Zwangs-Entlassungen jüdischer MitarbeiterInnen, Abservieren leitender jüdischer Angestellter waren der Auftakt, damit sich die Konzernführung bereits 1934 als ein „rein deutsches und christliches, fast ganz judenfreies Unternehmen“ [2] brüsten konnte. Abgeschlossen war die vollständige ‚Arisierung‘ der Firma 1938.

Die Studie hat den Anspruch ein *„sehr differenziertes Bild“* der Konzernpolitik in diesem Zeitraum zu erstellen. Auf 867 Seiten werden natürlich Zwangsarbeit von Kriegsgefangenen, von KZ-Häftlingen erwähnt, teils auch dokumentiert. Allerdings wird die enge Kooperation von Continental und SS-Führung bei der brutalen Ausbeutung von Arbeitskräften im KZ-System lediglich als *„Verstrickung“* des Konzerns eingeordnet. Leitmotiv der „Aufarbeitung“ scheint, zumindest nach der eigenen Kommentierung auf der Webseite des Conti-Konzerns zu urteilen, folgende Bewertung zu sein:

„Überhaupt ist das Bild oft nicht eindeutig, lässt sich kein simples Gut-Böse-Schema erkennen“. Und weiter: *„Continental gehört laut Erker **nicht zu den Schlimmsten**, aber die Schuld sei mit Blick auf die Zwangsarbeit auch eindeutig belegt.“*

So kann sich die Conti-Führung mit ihrem Wertekanon doch noch einmal davon stehlen: *„Wir gehörten nicht zu den Schlimmsten“*. Wenn das 2020 kein Persilschein ist! Den ersten Persilschein hatten sich die verantwortlichen Führungskräfte der Conti-AG bereits unmittelbar nach dem Krieg besorgt. Fast alle Entnazifizierungsverfahren gegen diese Täter wurden mit einer „Entlastung“ beendet.

Eine Personalie „Wehrwirtschaftsführer“ Fritz Könecke, strammer Nazi-Generaldirektor der Continental-Werke seit 1940, steht, wie keine andere, stellvertretend für die Industriemanager und Großkapitalisten, der deutschen Nazi-Diktatur. Die Kontinuität des deutschen Finanzkapitals und seiner Industrieführer von Nazi-Reich-Industriegrößen zu „Erbauern der demokratischen Marktwirtschaft in Westdeutschland“ verkörperte er geradezu idealtypisch. 1945 wurde er zwar von Continental entlassen, im Entnazifizierungsverfahren dann aber vorhersehbar als „nicht betroffen“ eingestuft.

„1946 schrieben 16 ehemalige KZ-Häftlinge aus Ahlem an die britische Militärregierung in Deutschland. … ‚Im Namen der 850 toten Kameraden, die bei der Conti-Arbeit durch Prügel, Hunger und andere Quälereien ermordet wurden‘ protestierten sie ... ‚aufs Energischste gegen die Wiedereinsetzung des Nazi-Betriebsführers der Continental Gummiwerke AG, Dr. Könecke, sowie des früheren Nazi-Vorstands‘. Diese tragen die Verantwortung für die Gräuel im Lager.“ [3] Dieser Protest zeigte keinerlei Wir-

1 Paul Erkner, „Zulieferer für Hitlers Krieg. De Gruyter Oldenbourg, 2020, 49,95 Euro

2 www.continental.com/de/unternehmen/ geschichte/meilensteine, s.a. www.continental.com/de/presse/pressemitteilungen/ns-studie-231726

3 Jürgen Dahlkamp, DER SPIEGEL: :„Das eigentliche Rückgrat der Rüstungs- und Kriegswirtschaft“, Nr. 36/29.08.2020, S. 42

terInnen nicht. Wir haben kein Streikrecht während die Tarifverträge laufen".
Weiter argumentierten sie: „Euer Aufruf für einen wilden Streik ist falsch. Das würde bedeuten, dass wir ein Jahr früher in die Arbeitslosigkeit gestürzt werden. Auch unsere Entschädigungsrechte bzw. Abfindung würden wir verlieren. Wir würden einer Reihe von Strafverfolgungen ausgesetzt werden etc.. Einen solchen wilden Widerstand, Streik und Fabrikbesetzung, das können nur die Franzosen praktizieren. So was kann man nicht von den deutschen ArbeiterInnen, die diese Streik-Kultur und den Mut nicht haben, erwarten."
Ein weiterer Einwand war: „Als die Philipps LG Glasfabrik geschlossen wurde, haben die ArbeiterInnen drei Monate lang am Eingang der Fabrik Streikzelte eingerichtet und drei Monate lang gekämpft. Sie haben trotzdem verloren."
Wir haben versucht in der Diskussion mit den Conti-ArbeiterInnen zu überzeugen: „Der Kampf ist noch nicht verloren. Der Kampf hat gerade erst begonnen. Wenn ihr wollt, könnt ihr – um jeden Preis – diesen Kampf erneut beginnen. Die Auswirkung eines solchen Kampfes würde sehr groß sein.
ArbeiterInnen, die in anderen Betrieben arbeiten, werden bestimmt euren Widerstand bzw. Streik unterstützen und sich solidarisieren. Die Bevölkerung vor Ort wird sich solidarisieren. Wenn ihr sagt, wir vertrauen unserer eigenen Stärke nicht, wir können nichts tun, wir werden nicht wie französische ArbeiterInnen kämpfen. Dann ist das Kapitulation! Warum nehmen wir die französischen ArbeiterInnen nicht zum Vorbild? Die Continental-Bosse haben keine andere Option als ‚Widerstand, Streik und Fabrikbesetzung' gelassen! Welche andere Option könnte es geben?
Natürlich wollen wir nicht, dass die ArbeiterInnen ihre gesetzlichen Arbeitsrechte, ihre Entschädigung bzw. Abfindungen verlieren. Aber, haben wir eine andere Alternative? ‚Von nichts kommt nichts!' Der Kampf kann nicht ohne Opfer gewonnen werden!
Selbst wenn die Schließung auch mit Kampf nicht verhindert werden kann, trifft es die Conti-Bosse doch sehr, wenn sie die Profite durch Streik verlieren. Selbst Abfindungen können mit so einem Kampf höher ausfallen. Unter'm Strich kann uns nur der Kampf selbst zeigen, was wir gewinnen können, wenn wir nichts mehr zu verlieren haben!"
Trotz alledem war unsere Aktion erfolgreich. Wir Arbeiter-AktivistInnen sind ins Gespräch mit den Conti-KollegInnen gekommen, haben viel über ihre Stimmung und Einschätzung erfahren. Wir haben zumindest Fragezeichen setzen, kritisches Nachdenken und Auseinandersetzungen mit anderen Widerstandsmöglichkeiten anregen können. Zur Diskussion über eigenständige Organisierungsformen, wie Kampf- und Streikkomitees sind wir nur in Ansätzen gekommen.
Wir haben aber bei den Gesprächen und Diskussionen mit den Conti-KollegInnen noch einmal eine nackte Wahrheit erlebt und gesehen: Die ArbeiterInnen sind unorganisiert und durch vielerlei Ketten an das kapitalistische Ausbeutung- und Unterdrückungssystem gebunden.
Wir haben gesehen, dass sie weit vom Klassenbewusstsein entfernt sind, um diese Ketten des kapitalistischen Ausbeutungssystems zu brechen. In dieser kurzen Praxis haben wir einmal mehr erlebt, gesehen, die ArbeiterInnenklasse hat keine Organisation, die ihre Interessen vertritt und verteidigt; ihr Klassenbewusstsein stärkt und eine Richtung aufzeigt.
Wir haben erneut in der Praxis erlebt, wie wichtig es ist, eine so wegweisende Organisation aufzubauen. Für den Aufbau dieser kommunistischen Organisation muss die Arbeit in den Betrieben/Fabriken im Vordergrund stehen. Nur so werden wir das Ziel erreichen, „Fabriken und Betriebe zu unseren Festungen!" umzuwandeln. Nur so wird die Arbeiterklasse ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen können. Nur so wird der Klassenkampf gegen die Bourgeoisie zum Sieg geführt!
Wir werden weiter am Ball bleiben und unsere Kontakte mit den Conti-ArbeiterInnen ausbauen und mit ihnen gemeinsam kämpfen!

Wer kämpft kann verlieren!
Wer nicht kämpft hat schon verloren!

Arbeiter-AktivistInnen

kung. Könecke kehrte nicht in den Vorstand von Conti zurück, setzte aber seine Karriere eifrig fort. Nach einem Zwischenspiel bei der Phoenix AG Hamburg (Gummi-Industrie) wurde er 1952 in den Daimler Vorstand berufen und war von 1953 bis 1960 sogar Vorsitzender in diesem Gremium. Die Karriere des Nazi-„Industriekapitäns" wurde durch die Verleihung vieler Ehrentitel der westdeutschen Republik gekrönt:
Ehrendoktorwürde der TU Berlin, 1953 Großes Verdienstkreuz, 1965 Großes Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der BRD [4].
Hauptanteilseigner an der Continental war damals die Familie Opel, ihre Beteiligung und ihre Verantwortung bleibt in dieser Geschichte bisher noch ganz unterbelichtet. Das ist das wahre Gesicht des Traditionskonzerns Continental.

4 de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Koeneke

BERICHT

Happy Birthday Friedrich Engels!

Erfolgreiche kämpferische Engels-Gedenkdemonstration – trotz Polizei-Angriff!

Am 28. November 2020 wurde eine Gedenkdemonstration zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels in Wuppertal, seinem Geburtsort, organisiert. Im „Engelsbündnis" haben sich 15 Organisationen in diesem Rahmen seit 2018 zusammengefunden.

Trotz der schwierigen Bedingungen der Corona-Pandemie trafen sich ungefähr 300 RevolutionärInnen mit roten Fahnen und Transparenten am Wuppertal-Barmer Bahnhof. Die Aktion startete um 15:00 Uhr. Aufregung und Entschlossenheit waren sichtbar.

Das Erfordernis, eine Maske zu tragen und einen Abstand von zwei-Metern einzuhalten, war die Bedingung für die Demonstration. Diese Situation war anders als die, die wir bisher erlebt haben; es war eine unangenehme Situation, an die wir bisher nicht gewöhnt waren.

Aus diesem Grund wiesen uns die Demoverantwortlichen und ModeratorInnen immer wieder daraufhin, die Hygiene-Regeln zu beachten. Daher haben alle DemonstrantInnen die Warnungen berücksichtigt und genau befolgt.

Bevor die Gedenkdemonstration sich in Bewegung gesetzt hat, wurde sie plötzlich willkürlich von der Polizei massiv angegriffen. Wahrscheinlich hat der revolutionäre Inhalt der Aktion, die Verantwortlichen der Polizei zu sehr gestört. Ohne Vorwarnung stürzte sich die Polizei ohne irgendeinen Anlass auf die Demo-TeilnehmerInnen und versuchte, die Identität einiger junger AktivistInnen zu überprüfen und sie ohne Grund in Gewahrsam zu nehmen.

Die Polizei versuchte gewaltsam, die Jugendlichen mit Fäusten, Schlagstöcken und Pfefferspray festzunehmen. Gegen diese Haltung der Polizei verhielt sich die gesamte Demonstration geschlossen solidarisch, gab nicht nach und zeigte revolutionären Widerstand. Die Polizei musste sich angesichts dieses revolutionären Widerstands beugen und zurückziehen. Die Verteidigung der Demo war wirksam und effektiv.

Nachdem die Situation sich teilweise beruhigt hatte, begann die Gedenkdemonstration über die Hauptstraße B7 in Richtung Einkaufszentrum und erreichte den Rathausplatz. Hier fand eine Zwischenkundgebung statt.

Organisationen, die sich bei der Demonstration aktiv beteiligt und diese mit organisiert haben, hielten kämpferische Reden zu den unterschiedlichsten Themen: Kommunistischer Aufbau, „Friedrich Engels Relevanz für heute"; Revolutionäre Jugend „Rassismus und antirassistischer Kampf"; SDAJ, „Antimilitarismus im Kontext der Krise"; Ruhr-Rebellion, „Ausnahmezustand/ Polizeistaat und Antimilitarismus und Klassenkampf"; Trotz alledem, „Flucht, Moria und Imperialismus" und Linkes Forum „Klimakrise". Ein junger Genosse hielt unsere Rede. Mit großem Interesse wurde allen Beiträgen zugehört und Beifall gezollt. Der Demozug lief dann weiter und erneut am „Alten Markt" vorbei und wieder über die Hauptstraße B7 zum Engelsgarten, wo sich die Engelsstatue befindet. Auch hier haben weitere Bündnis-Mitglieder wie Studienkollektiv „Bildung heute!"; MLPD „Gegen Antikommunismus"; ADHK, "Frauenkampf und Frauenfrage" und DKP „Über die Krise" gesprochen. Bir-Kar hatte eine Rede über „Auswirkungen der Krise auf die Arbeiterklasse" vorbereitet, aber sehr solidarisch auf ihren Vortrag verzichtet, da die Zeit zu knapp war.

Die Polizeikräfte versuchten ihre Angriffe auch während der gesamten Gedenkdemonstration bis in den Engelsgarten fortzusetzen. Dort wurden weiterhin von Seiten der Polizei ständige Provokationen durchgeführt. Auch hier hat die Polizei vor allem Jugendliche verfolgt, bedrängt und am Ende eine 17 Jährige für 2-3 Stunden festgenommen.

Das Ziel der Polizei war, die jugendlichen RevolutionärInnen, die an der Gedenkdemonstration teilgenommen haben, anzugreifen, zu kriminalisieren und „einzuschüchtern". Trotz alledem können wir mit Gelassenheit und revolutionärem Stolz sagen:

Trotz der schwierigen Bedingungen der Pandemie, der willkürlichen Angriffe und Provokationen durch die Polizei war es eine erfolgreiche und bedeutungsvolle revolutionäre Gedenkdemonstration.
Unser Wegweiser ist Friedrich Engels. Er hat mit seinem Freund und Mitstreiter Karl Marx die Richtung vorgegeben. Wir marschieren mit diesem kommunistischen Erbe in diese Richtung und wir werden bis zum Sieg in diese Richtung weitermarschieren. Dies sind unsere kurzen Eindrücke und Einschätzungen.

TA-AktivistInnen

Rede Demonstration 200. Geburtstag von Friedrich Engels

Liebe GenossenInnen, Liebe FreundInnen,
Friedrich Engels hat wie sein Genosse Karl Marx als Kommunist für ein revolutionär-demokratisches Deutschland 1848 auf den Barrikaden gestanden. Reaktion der Herrschenden in Deutschland und Europa war, beide Kämpfer zu Flüchtlingen zu erklären. Sie wurden ausgewiesen, ihnen wurde der Prozess gemacht und Marx die Staatsbürgerschaft aberkannt. Sie wurden ins Exil gezwungen. Später, auf Grund des Sozialistengesetzes 1878 konnte Engels 16 Jahre lang nicht nach Deutschland fahren.

Wie sieht es heute in der so viel beschworenen Demokratie in Deutschland aus?
Von der aktuellen politischen Agenda sind Flucht und Tod im Mittelmeer verschwunden. Der mediale Fokus ist nicht auf Lesbos, auf die Lager auf den griechischen Inseln gerichtet. Die miserable Situation dort verschärft sich mit dem Wintereinbruch täglich. Im „neuen" Lager Kara Tepe auf Lesbos herrschen verheerende hygienische Zustände. Zelte, die im Morast versinken. Der Coronavirus wütet. Kinder sind unterernährt.
An diesem Elend machen allen voran deutsche Konzerne gute Kasse. Das monatliche Almosen von 75 Euro für jeden Menschen kann nur im Lidl-Supermarkt in direkter Nähe des Lagers ausgegeben werden. Falls die Ausgangssperre zeitweise aufgehoben ist.
Hunger, Freiheitsberaubung, Erniedrigung, Krankheit – das sind die europäischen Werte für Menschen auf der Flucht. Nur das äußerste Elend, Armut, Kriege, Männerherrschaft, Klimakatastrophen, Hunger, bittere Not bringt die Menschen dazu, ihre Länder zu verlassen. Das sind Länder und Regionen, die im Fadenkreuz imperialistischer Machtkämpfe stehen. Die Verursacher, die Großmächte wie Deutschland, Europa schotten ihre Grenzen ab. Im Todes-Mittelmeer und auf der „Westafrikanischen Fluchtroute" über den noch viel gefährlicheren Atlantik ertrinken ungezählte Tausende von Menschen. Falls die Flucht trotzdem gelingt, sind brutale Abschiebungen an der Tagesordnung. Das Recht auf Asyl existiert faktisch nicht.
Gleichzeitig präsentieren sich die Groko-Regierung und die Ministerien der Bundesländer, von CDU bis Linke als Humanisten und Menschenfreunde, wenn sie hundert Jugendliche aus Moria aufnehmen. Das

sind die Almosen des drittreichsten Landes der Welt! Dieses Deutschland, das sich zum Weltmeister in „Vergangenheitsbewältigung" erklärt. Ist das die Konsequenz aus der deutschen Geschichte? Grenzen zu und Abschiebung! Vor über 85 Jahren versuchten Hunderttausende Menschen, dem Terror des deutschen Nazi-Faschismus zu entkommen und zu fliehen. An vielen Grenzen wurden sie aufgehalten und in die Hände der Nazischergen „zurückgeschoben". Viele starben auf den Fluchtwegen. Nur wenige Staaten waren bereit, Geflüchtete aus Nazi-Deutschland aufzunehmen.

2020: Der deutsche Imperialismus hat natürlich nichts aus der Geschichte gelernt. Die faschistische Hetze, den Rassismus in all seinen Facetten gegen Geflüchtete betreibt nicht nur die AfD. In allen Parteien wird auf die eine oder andere Weise, die Furcht vor „zu vielen, die kommen wollen" geschürt. Im Staatsapparat, in der Bürokratie der Ministerien und in Polizei und Armee ist diese Denkweise auf die eine oder andere Art fest verankert.

Die Schicksalsgemeinschaft der „Volks-Deutschen" wird beschworen. Rassismus, Islamophobie, Antisemitismus werden geschürt um ArbeiterInnen und Werktätigen zu spalten. Nicht gegen die Ursache, wie sie Engels und Marx schon wissenschaftlich analysiert haben, gegen den Kapitalismus, sollen wir gemeinsam kämpfen.

Wir fordern zusammen: Grenzen auf – Bleiberecht für alle!

Say it loud, say it clear: refugees are welcome here!

Wir fragen - Was können wir im Hier und heute dafür tun, diesem System der Barbarei, der Kriege, der Ausbeutung ein Ende zu setzen? Friedrich Engels und Karl Marx antworten im Kommunistischen Manifest von 1848:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.

Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Wir haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Vorwärts, lasst uns diese wissenschaftlich begründete Vision im 21. Jahrhundert verwirklichen!

Happy Birthday Friedrich Engels! ….
Auf Marxens und Engels Spuren…
Trotz alledem! Gegen das kapitalistische System!
Für Sozialismus und Kommunismus!

»blitzfahrt durch sowjetrussland«

Dieses schmale Buch ist eine spannende Reportage von Elisabeth Thommen aus dem Jahre 1933. Wir empfehlen es ganz speziell neugierigen JungkommunistInnen. Sie finden darin so etwas wie „roten Zeitgeist" aus jenen Jahren wieder. In unserem Vorwort heißt es: Im Jahr des 100. Geburtstags der sozialistischen Oktoberrevolution fällt uns eine kleine, unscheinbare, antiquarische Broschüre in die Hände. Plastisch und emphatisch schildert Elisabeth Thommen ihre Reiseroute und ihre Begegnungen mit ArbeiterInnen, BäuerInnen, Jugendlichen, Frauen, KommunistInnen in allen Lebensbereichen der sowjetischen Gesellschaft.

Sie beschönigt nichts, nicht den Mangel, nicht die Armut und auch nicht den Hunger. Aber sie setzt alles in eine richtige Relation. Welchen Verhältnissen entsprang die Revolution? Wie grausam mussten die Millionen niedergedrückter Werktätiger im zaristischen Russland dahin vegetieren? Und was wurde nach dem Umsturz schon Grandioses erreicht? Angefangen von der Bildungsarbeit, dem Kampf gegen den Analphabetismus, über die Verbesserung der Lage der Kriegswaisen-Kinder, dem Aufbau neuer Städte und Industriekomplexe.

Lebendig geschildert werden Diskussionen mit FabrikarbeiterInnen: „Von einer anderen Gruppe fliegt das Wort einer Arbeiterin zu mir. Es wird voll Temperament ausgesprochen: Sie dürfen nie vergessen: Das Geld spielt für uns nicht dieselbe Rolle wie für Sie in den kapitalistischen Ländern."

Auf das Gesundheitswesen, insbesondere die Abtreibungsfrage geht die Autorin ausführlich ein. Ein besonderer Blick liegt auf der gesellschaftlichen Situation der Frauen: „Ein Frauentypus ist dort im Werden, der sich ebenbürtig neben die Männer stellt, und der von den Männern als ebenbürtig betrachtet und behandelt wird."

Natürlich finden sich, teils auch richtige, kritische Anmerkungen in dem Bericht, wie zum Beispiel beim Besuch im Lenin Mausoleum in Moskau. Elisabeth Thommen ist eine linksliberale, ihr ganzes Leben lang sich für Frauenrechte, einsetzende Schriftstellerin und Journalistin.

Am Ende fasst Thommen zusammen:

„So manches ist jung und neu in diesem Riesenreich… Überall sucht man nach neuen Formen, nach andren Möglichkeiten. Alles ist unerhört, kühn, gewaltig – auch gewalttätig – aber prall und voll von Wille und Kraft. Ob Rußland die einzige und letzte Möglichkeit einer Volksgemeinschaft gefunden hat? Ob zumindest einen Anfang? Die nächsten Jahrzehnte werden es zeigen."

Zu bestellen:
trotzalledem1@gmx.de – 7 Euro

Remagen:
Nazis blockieren ist legitim!

Klassenkampf gegen den deutschen Imperialismus!
Brechen wir Traditionslinien mit dem Nazi-Faschismus!

Vorweg:

Wir dokumentieren den **Blockadeaufruf, den Anwohner*Innenflyer** sowie den Bericht des Bündnisses **blockzhg.noblogs.org** zur Aktion **Nazis blockieren ist legitim**! am 14. November 2020.

Seit über einem Jahrzehnt stellen sich Antifa-Bündnisse der offensiven faschistischen Propagandaveranstaltung verschiedener Nazi-Netzwerke an diesem Tag in Remagen entgegen.

Wie aus den Aufrufen und Berichten hervorgeht, wird alljährlich mit staatlicher Genehmigung das Hitler-Nazi-Regime des deutschen Imperialismus, seine Armee, der Vernichtungskrieg gegen die Völker der Welt offen geehrt und abgefeiert.

Die Nazi-Organisationen inszenieren einen „Trauermarsch" mit kruden, nationalistischen Losungen auf schwarzen Bannern:

„Eine Million Tote rufen zur Tat" und *„Besitz stirbt, Sippen sterben, du selbst stirbst wie sie; Eins weiß ich, das ewig lebt: Der Toten Tatenruhm."*

Sprache und Inhalt ist die Spitze deutsch-chauvinistischer Kriegsverherrlichung, die im Nazi-Reich ihren barbarischen Höhepunkt fand.

Zu den Positionen des Bündnisses blockzhg.noblogs.org und der Broschüre *„Gegen den deutschen Opfermythos! Das Gedenken an Kriegstote, die Relativierung von Naziverbrechen und der Zusammenhang zu den ‚Rheinwiesenlagern'"* [1] wollen wir für weitere Diskussionen anmerken:

Die Völkermord-Verbrechen der Wehrmacht, SS, SA aller bewaffneten Verbände der Nazi-Herrschaft sind auch Ergebnis der Geschichte der besonderen historischen Entwicklung Deutschlands. Vom Feudalstaat über das Deutsche Reich, mit der „Leitkultur" des reaktionären Preußentums in Politik und Ideologie hin zur Nazi-Diktatur:

„Das Elend der deutschen Geschichte" fasst Karl Marx treffend zusammen: *„Wir haben nämlich die Restaurationen* [2] *der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen … Wir, unsere Hirten an der Spitze, befanden uns immer nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit, am Tag ihrer Beerdigung"*. [3]

Preußen wurde im 18. Jahrhundert von den Hohenzollern in einen spezifisch brutalen Militärstaat ausgebaut.

Friedrich Engels attestierte dem *„Adelsstand in Preußen, dessen Hauptberufung* (sei) ein *fortwährendes Schlachten"*. So übernahm Preußen die Rolle des Gendarms in Europa, um die französische Revolution 1792 zu erwürgen. Allerdings wurde es vom siegreichen französischen Volk geschlagen.

Dasselbe Muster in der deutschen bürgerlichen Revolution 1848: *„In demselben Augenblick, wo die Deutschen um ihre Freiheit mit ihren Regierungen ringen, unternehmen sie unter dem Kommando derselben Regierungen ‚einen Kreuzzug gegen die Freiheit Polens, Böhmens, Italiens.'"* [4]

Marx und Engels heben ein weiteres, zentrales Moment der deutschen Geschichte hervor, das auch für die Konsequenzen der kommunistischen, revolutionären Bewegung, der ArbeiterInnenklasse aus dem Nazi-Faschismus wichtig ist. Die Frage der Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen seiner Herrschenden:

„Die Schuld der mit Deutschlands Hülfe in andern Ländern verübten Niederträchtigkeiten fällt nicht allein den

1 Auf der webseite des Bündnisses als pdf zum Herunterladen. Darin wird konkret historisch auf die Geschichte der Lager und der Nazidemagogien eingegangen.

2 Wiederherstellung der alten Ordnung nach einem Umsturz

3 Herausgeber Marx-Engels-Lenin-Institut, „Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum", russisch 1942, in deutscher Sprache 1947, S. 4, Verlag fremdsprachige Literatur, Moskau – „Marx, Engels Preußentum"

4 „Marx, Engels Preußentum", S. 51

Regierungen, sondern zu einem großen Teil dem deutschen Volke selbst zur Last. Ohne seine Verblendungen, seinen Sklavensinn, seine Anstelligkeit als Landsknechte und als ‚gemütliche' Büttel und Werkzeuge der Herren ‚von Gottes Gnaden' wäre der deutsche Name weniger gehaßt, verflucht, verachtet im Auslande, wären die von Deutschland aus unterdrückten Völker längst zu einem normalen Zustand freier Entwicklung gelangt.
Jetzt, wo die Deutschen das eigene Joch abschütteln, muß sich auch ihre ganze Politik dem Auslande gegenüber ändern, oder in den Fesseln, womit wir fremde Völker umketten, nehmen wir unsere eigene junge, fast nur erst geahnte Freiheit gefangen. Deutschland macht sich in demselben Maß frei, worin es die Nachbarvölker freiläßt." [5]

Aber diese Hoffnung auf Befreiung des deutschen Volkes von der sklavischen Unterwerfung unter seine Herrscher hat sich nicht bewahrheitet. Durch die blutige Kooperation und Konterrevolution von Adel und Bürgertum wurde die deutsche bürgerliche Revolution von 1848 erstickt.

Wir verweisen nur kurz auf die weiteren Entwicklungen. Das Deutsche Reich und sein Heer, der Henker der Pariser Kommune, wie Marx sagt, war maßgeblich an der militärischen Zerschlagung der Pariser Kommune 1871 beteiligt.

Die Unterwerfungsfeldzüge des Deutschen Reiches im 18. und 19. Jahrhundert gegen Polen, die kolonialen Feldzügen in Afrika, China und im mittleren Osten, daraus bestand seine Außenpolitik mit grausam brutalen Höhepunkten: Der erste Völkermord im 20. Jahrhundert, 1904 an den Nama und Hereros im heutigen Namibia („Deutsch-Süd-West-Afrika"); das Massaker 1905 gegen den Maji-Maji Aufstand, heute Tansania, Ruanda, Burundi („Deutsch-Ostafrika").

1915 war das Deutsche Reich führend im Genozid an der armenischen Nation durch das zerfallende osmanische Reich unter Führung der Jung-Türken-Bewegung involviert. Deutsche Generäle saßen im türkischen Generalstab und leiteten gemeinsam strategisch die Ausrottungs-Feldzüge gegen die armenische Bevölkerung.

Im Völkergemetzel des 1. imperialistischen Weltkriegs hat das deutsche Heer seinen Ruf als besonders grausam und chauvinistisch weiter unter Beweis gestellt. Gegen die ausbrechende Novemberrevolution hat das Deutsche Heer, sich vor allem auf paramilitärische Einheiten, die sogenannten „Freikorps", zur „Bekämpfung des Bolschewismus" und der ArbeiterInnenbewegung gestützt.

Nach 1921 lösten sich zahlreiche dieser Wehrverbände, da sie verboten wurden, in den Naziformationen, Stahlhelm und SA auf.

Die Nazi-Wehrmacht stellte sich bewusst in die **Tradition des preußisch-deutschen Heeres und der späteren Reichswehr**. Die Bestialität deutscher Kriegsführung im zweiten Weltkrieg überholte allerdings die bisherigen Gräuel des deutschen Imperialismus noch weit. Wir führen sie hier nicht im Einzelnen auf, sie werden auch in den Flyern angesprochen.

Mit dieser faschistischen historischen Vergangenheit ist nie grundlegend gebrochen worden. Wie auch und von wem denn?

Die BRD, Westdeutschland, wurde maßgeblich von Nazi-Generälen, Nazi-Ideologen und Nazipolitikern als „Demokratie" wiederaufgebaut. Bis heute wirkt die deutsch-imperialistische, reaktionäre, faschistische Vergangenheit, Geschichte und Tradition in der Gesellschaft weiter.

All die unzähligen Bildungsmaßnahmen zur „Entwicklung des sogenannten Demokratieverständnisses" in Schulen, Unis, aber auch in Armee und Polizei sind Bullshit, weil sie gerade nicht die Wurzeln des deutschvölkischen, nationalistischen Bewusstseins angreifen. Nur so kann auch das scheinbare Paradox, „wehrhafte Demokratie" und „NS-Verherrlichung" Hand in Hand gehen. Und das ist von der herrschenden Monopolbourgeoisie und ihren politischen Akteuren auch gezielt so gewollt.

Nazi-Tradition, Verherrlichung „deutscher Heldentaten", Relativierung der Nazi-Verbrechen, Rassismus, Antisemitismus, anti-muslimische Hetze – alles ideologisch-politische Instrumente um die Werktätigen gegeneinander auszuspielen, um Spaltungen zu vertiefen und weite Teile der Bevölkerung für die Interessen des deutschen Imperialismus einzuspannen.

Gleichzeitig wird durch das Gewährenlassen, insbesondere aber auch durch die aktive Unterstützung von Nazi-Netzwerken aller Couleur, zum Beispiel durch den Verfassungsschutz, zum Beispiel in der Armee, zum Beispiel im Polizeiapparat – immer die Option des Staates gewährleistet, auf eben diese Strukturen zurückzugreifen. Im Ernstfall wird er genau das tun, um sowohl im Inneren gewaltsam gegen Klassenkämpfe vorzugehen als auch nach außen neue Kriege anzuzetteln.

Am 14. November sind 90 Nazis in Remagen aufgelaufen, über 100 AntifaschistInnen wollten ihren Weg blockieren.

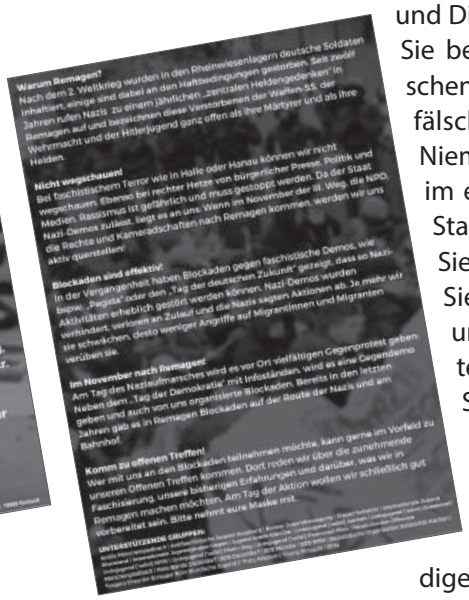
Sie wurden von den „Staatsorganen" zusammengeprügelt, die das Recht auf offensive faschistische Agitation, unter dem Deckmantel, das Demonstrationsrecht zu verteidigen, gewaltsam durchsetzten! Die deutsche „antifaschistische" Staatsräson ist nur PR-Mittel der deutschen Großmacht!

5 Marx, Engels „Auswärtige deutsche Politik", MEW, Bd. 5, S. 155, 03.07.1848

Blockadeaufruf

Warum Remagen?
Nach dem 2. Weltkrieg wurden in den Rheinwiesenlagern deutsche Soldaten inhaftiert, einige sind dabei an den Haftbedingungen gestorben. Seit zwölf Jahren rufen Nazis zu einem jährlichen ,,zentralen Heldengedenken" in Remagen auf und bezeichnen diese Verstorbenen der Waffen-SS, der Wehrmacht und der Hitlerjugend ganz offen als ihre Märtyrer und als ihre Helden.

Nicht wegschauen!
Bei faschistischem Terror wie in Halle oder Hanau können wir nicht wegschauen. Ebenso bei rechter Hetze von bürgerlicher Presse, Politik und Medien. Rassismus ist gefährlich und muss gestoppt werden. Da der Staat Nazi-Demos zulässt, liegt es an uns: Wenn im November der III. Weg, die NPD, die Rechte und Kameradschaften nach Remagen kommen, werden wir uns aktiv querstellen!



Blockaden sind effektiv
In der Vergangenheit haben Blockaden gegen faschistische Demos, wie bspw. ,,Pegida" oder den ,,Tag der deutschen Zukunft" gezeigt, dass so Nazi-Aktivitäten erheblich gestört werden können. Nazi-Demos wurden verhindert, verloren an Zulauf und die Nazis sagten Aktionen ab. Je mehr wir sie schwächen, desto weniger Angriffe auf Migrantinnen und Migranten verüben sie.

Am 14. November nach Remagen
Am 14. November wird es vor Ort vielfältigen Gegenprotest geben: Neben dem ,,Tag der Demokratie" mit Infoständen, wird es eine Gegendemo geben und auch von uns organisierte Blockaden. Bereits in den letzten Jahren gab es in Remagen Blockaden auf der Route der Nazis und am Bahnhof.

Komm zum Offenen Treffen
Wer mit uns an den Blockaden teilnehmen möchte, kann gerne im Vorfeld zu unseren Offenen Treffen kommen. Dort reden wir über die zunehmende Faschisierung, unsere bisherigen Erfahrungen und darüber, was wir in Remagen machen möchten. Am Tag der Aktion wollen wir schließlich gut vorbereitet sein.

Flyer Information für Anwohner*innen

Jedes Jahr auf's Neue kommen die Rassist*innen und Faschist*innen, z.B. von den Parteien NPD, der III. Weg und Die Rechte, nach Remagen.
Sie belästigen euch mit ihren menschenfeindlichen und geschichtsverfälschenden Parolen und Reden. Niemand will, dass diese Neonazis im eigenen Viertel, in der eigenen Stadt marschieren.
Sie haben nichts mit uns gemein. Sie vertreten alles, aber nicht unsere Interessen, die der arbeitenden Bevölkerung.
Sie vertreten nicht die Interessen des Klempners, des Tischlers, des jungen Auszubildenden, der Kassiererin im Supermarkt, des kleinen Selbstständigen und schon gar nicht die des bettelarmen Obdachlosen.
Sie sehen sich in der Tradition einer Partei, die den Interessen der Superreichen diente – der NSDAP – und stehen für ein System, in dem diese Bonzen schalten und walten können, wie sie es wollen. Sie stehen für den Faschismus, für den Völkermord an den europäischen Juden, Jüdinnen, Roma und Sinti, das Elend und Leid, das der 2. Weltkrieg über die Völker der Welt gebracht hat.
Im November kommen sie nun das zwölfte Jahr in Folge nach Remagen, um ihren Helden zu Gedenken: Wehrmacht, Hitlerjugend und Waffen-SS. Sie beziehen sich offen positiv auf den Hitler-Faschismus, hetzen gegen jüdische Mitmenschen, Migrant*innen und alle, die nichts vom Faschismus hören und sehen wollen. [6]

6 Siehe: https://www.youtube.com/watch?v=yEPBELcOFxc

Doch nicht nur das hat Tradition. Auch der zivilgesellschaftliche Protest in seiner ganzen Vielfalt findet Jahr für Jahr in Remagen statt: Von antirassistischem Staffellauf, einem Tag der Demokratie über eine historische Spurensuche bis zu einer Tanzdemonstration war schon alles dabei.
Doch eines hat all der Protest der letzten Jahre nicht erreicht: Dass die Nazis nicht mehr nach Remagen kommen. Das wollen wir erreichen. Wir wollen den Aufmarsch dieser faschistischen Menschenfeinde blockieren und erreichen, dass sie ihre Demonstration nicht durchführen können. Wir werden auf die Demoroute der Nazis gehen und uns hinsetzen. Eine Sitzblockade ist ein effektives Mittel des antifaschistischen Protests. Es ist das Mittel unserer Wahl.
Unsere Blockade richtet sich gegen die Nazis, aber nicht gegen euch. Zu euch Anwohner*innen möchten wir ein gutes Verhältnis haben und verteilen daher diesen Flyer.
Wir sind Menschen, die von Rassismus genug haben, die von den rechten Terrormorden des NSU und den Terrorattacken in Halle und Hanau schockiert sind. Wir wollen Naziaufmärsche und rassistische Angriffe nicht geschehen lassen.
Wir sehen es als unsere Verantwortung, aus der Vergangenheit zu lernen, nach dem Schwur „Nie wieder!" zu handeln und uns den Faschist*innen in den Weg zu stellen.
Wir wollen euch, der Bevölkerung von Remagen, nicht auf die Nerven gehen, sondern mit euch in Kontakt treten. Deshalb werden wir wie in den letzten Jahren im November vor dem Stadt Café Bistro am Bahnhof Remagen einen Infotisch aufstellen. Wir verteilen Flyer und suchen das Gespräch mit euch. Wenn ihr Fragen habt, Dinge kritisch seht, uns etwas spenden möchtet, Ideen und Vorschläge habt oder euch an den Blockaden beteiligen wollt, kommt zu unserem Infotisch und sprecht uns an!
Wir sind das Bündnis blockzhg, auf unserer Website findet ihr mehr Infos über uns und ihr könnt uns gerne per Mail kontaktieren, falls ihr Fragen, Anregungen oder Kritik habt.

BERICHT Bündnis

Erfolgreicher Protest in Remagen – Nazis blockieren ist legitim!

Waffen-SS und Hitlerjugend waren keine Helden- „zentrales Heldengedenken" am 14.11.20 in Remagen verhindern!

Wir vom blockzhg-Bündnis blicken auf einen erfolgreichen Tag am 14.11.20 zurück. An diesem Tag marschierten ca. 90 Neonazis von Kameradschaften und Neonazi-Parteien in Remagen auf und verehrten ganz offen die Waffen-SS, die Hitlerjugend und die Wehrmacht. Sie selbst nennen ihren Aufmarsch „zentrales Heldengedenken", da in den Rheinwiesenlagern viele ihrer Helden verstorben sind. Wir stellten uns den Neonazis in den Weg, um sie zu blockieren. Im Folgenden werden wir unsere Bündnisarbeit und den Aktionstag auswerten und liefern anschließend einen kurzen Ausblick auf unsere künftige aktivistische Arbeit.

Organisation und Mobilisierung

Wir haben unser aus ca. 20 Gruppen bestehendes offenes Bündnis bereits früh aufgebaut und vernetzt. Unsere unterstützenden Gruppen sind vor allem parteinahe Gruppierungen, wie die Links-jugend 'solid und der SDS, sowie offene Jugendgruppen, wodurch wir eine breit gefächerte Aufstellung und einen offenen Charakter haben.
Unser gemeinsames Ziel war es, den Naziaufmarsch „Zentrales Heldengedenken" mit Blockaden zu verhindern und somit an die Erfolge der Vorjahre anzuknüpfen.

Bereits in den Wochen davor war jedoch deutlich bemerkbar, dass der Staat sein Vorgehen gegen Links verstärkt: Im Vorfeld der Aktion kam es zu Razzien gegen drei Strukturen aus unserem Bündnis. Anlass für die Razzien war nicht die Aktion in Remagen.
Die Razzien stehen beispielhaft für die verschärfte Repression von Justiz, Polizei und Politik gegen Links, während Neonazis in ihren eigenen Reihen toleriert werden. Auch andere Beispiele, wie die Inhaftierung von Lina [1], Jo [2] und Dy [3], die Repression im Danni [4] und die Verfahren gegen die G20-Gegner:innen [5] zeigen, wie der Staat seinen Kampf gegen Links intensiviert. Wir ließen uns davon nicht beirren und hielten am Ziel, den Naziaufmarsch zu verhindern, fest.
Letztes Jahr griffen Neonazis bewaffnet am Bonner HBF Gegendemonstrant:innen an, die sich auf ihrer Heimreise von den Aktionen in Remagen befanden. [6] Auch dieser potentiellen Gewalt von Rechts waren wir uns bewusst und bereiteten uns vor, uns bestmöglich zu schützen.

1 https://freiheitfuerlina.noblogs.org/
2 https://freiheit-fuer-jo.org/
3 https://de.indymedia.org/node/115641
4 http://waldbesetzung.blogsport.de/
5 https://rondenbarg-prozess.rote-hilfe.de/
6 https://perspektive-online.net/2019/11/naziaufmarsch-in-remagen-gestoert-polizei-schuetzt-naziangriff-am-bonner-hauptbahnhof/

An dieser Stelle möchten wir uns mit den Antifaschist:innen solidarisieren, die 2019 am Bonner HBF Zivilcourage gezeigt haben, sich gegen die Nazis gewehrt und damit die Angegriffenen unterstützt haben. Einer der Antifas muss leider eine hohe Geldstrafe zahlen, hier geht es zum Spendenkonto: ***https://www.gofundme.com/f/solidaritat-gegen-nazis-und-repression***

Die allgemeine Corona-Lage und auch der dann einberufene Lockdown veranlassten uns nicht dazu, die Blockaden ausfallen zu lassen, sondern ein Hygienekonzept zu erstellen. Wir beabsichtigten, vor, nach und während der Blockaden Abstand zu halten.

Wir haben öffentlich dazu aufgerufen, FFP2-Masken zu tragen, diese als Bündnis angeschafft und im Vorfeld sowie vor Ort an alle Aktivist:innen verteilt. Zur Dokumentation der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften unsererseits wurde u.a. ein Abstandsband mit markierten Abständen organisiert – letztlich wurde die Einhaltung unseres Konzepts jedoch durch die Polizei unterbunden.

Die Einkesselung durch Polizist:innen machte uns die Einhaltung des gesetzlichen Mindestabstands unmöglich. Unsere kollektive Aufforderung, uns dieses Recht zu gewähren, wurde willentlich ignoriert. Somit wurden alle Aktivist:innen einem vermeidbaren Infektionsrisiko ausgesetzt.

Schon Wochen, bevor die Nazis ihren Marsch offiziell angemeldet hatten, begann unsere Mobilisierung von Aktivist:innen in NRW und Rheinland-Pfalz. Neben Flyern und Plakaten nutzten wir verstärkt Social Media und veröffentlichten drei Mobivideos.

Auch in diesem Jahr hatten wir wieder separate Anwohner:innenflyer und vor Ort in Remagen einen Infostand, um mit ihnen in Kontakt zu treten und uns auszutauschen. An dieser Stelle möchten wir uns für die Unterstützung solidarischer Anwohner:innen bedanken, die wir jedes Jahr bekommen.

Unsere geplanten Vorträge und Blockadetrainings haben wir aufgrund von Corona nicht physisch, sondern online durchgeführt.

Zwei der Vorträge kann man auch im Nachhinein noch anschauen. [7] Darin geht es um den Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus, wieso Nazis in Remagen demonstrieren, die Blockaden in den letzten Jahren und auch um mögliche Repression.

Im Vorfeld der Aktion hatten wir Kontakt und standen im Austausch mit Aktivist:innen aus anderen Bündnissen und Strukturen, die ebenfalls Proteste vor Ort organisierten. Wir begrüßen, dass es solche Absprachen gab und erhalten diese gerne aufrecht.

Der Tag des ,,zentralen Heldengedenkens“

Vor Ort in Remagen bildeten wir am Ende der Gegendemo einen eigenen Block, mit etwa 150 Personen, welcher einen kämpferischen und antifaschistischen Ausdruck innehatte. Relativ früh verließen ca. 120 Personen die Demo und machten sich auf den Weg zu den Blockadezielen. Unser Ziel war es, die Jahnstraße einschließlich des Bürgersteiges zu besetzen und somit den Naziaufmarsch zu blockieren.

Direkt bei unserer Ankunft prügelte uns die Polizei, jedoch von der Straße weg, in eine Parklücke sowie auf den angrenzenden Bürgersteig. Ca. 30 Personen wurden von der Polizei noch auf der gegenüberliegenden Straßenseite aufgehalten.

Jene 89 Antifaschist:innen, die gemeinsam versucht hatten, die Blockade zu errichten, wurden brutal eingekesselt.

Es kam erneut zu Ausschreitungen auf Seiten der Polizei, als der Naziaufmarsch vorbeikam:

Viele Aktivist:innen wurden erneut unter dem Einsatz von Schlagstöcken zusammengeschlagen. Nach mehreren Stunden im Kessel wurde jede:r einzeln abgeführt, Personalien wurden aufgenommen und Videoaufnahmen angefertigt .

Den 89 Betroffenen wird Körperverletzung, Widerstand, Landfriedensbruch und tätlicher Angriff vorgeworfen.

Auch, wenn es gut gewesen wäre, die Blockade erfolgreich zu errichten und aufrecht zu erhalten, möchten wir noch einmal betonen:

Für uns zählt in erster Linie, dass wir es geschafft haben, die Nazis auf ihrem Hinweg massiv zu stören

7 Solid NRW: https://www.youtube.com/ watch?v=EC3y8vEFAwU&t=5s und Café Clément: https://fb.watch/1yM4E-Ypel/

und dass sie auf ihrem Rückweg durch die Polizei umgeleitet werden mussten!
Die 30 anderen Aktivist:innen konnte ohne Kontrollen bereits früher die Jahnstraße verlassen und machten sich auf den Weg zum nächsten Blockadeversuch. Obwohl es überall auf der Route Absperrungen und Polizist:innen gab, erreichten auch einige von ihnen die Nazi-Route. Sie setzten sich unter Einhaltung von Abständen hin, schafften es jedoch leider nicht, lange zu bleiben oder noch mehr Leute auf die Route zu bringen.
Die 30 Personen, die bei der Gegendemo im Block geblieben sind, berichteten uns im Nachhinein von einer guten Stimmung in ihrem Block. Nachdem die Gegendemo an der Hochschule angekommen war, führten die 30 Genoss:innen eine Spontandemo durch und holten unsere Leute aus dem Kessel ab. Vielen Dank dafür!
Abgesehen von unseren Blockade-Aktionen gab es dieses Jahr auch eine Lock-on-Blockade, bei der sich mehrere Personen an Stahlrohre ketteten, um eine Straße zu blockieren. Diese Aktion begrüßen wir ausdrücklich!

Fazit und Aussicht

Die Mobilisierungsstärke trotz aller Umstände, die Blockadebereitschaft und Fähigkeit, auf die Route zu gelangen, um die Nazis zu stören, sowie zu guter Letzt die kämpferische Stimmung jede:r Einzelnen zeigen uns, dass die Aktion insgesamt auf jeden Fall ein Erfolg war.
Wir als Bündnis werden nun kontinuierlich weiter aktiv sein und öffentliche Antirepressionsarbeit leisten – denn: Nazis blockieren ist legitim! Die Vorwürfe gegen uns sind es nicht. Angeklagt sind nicht „nur" 89 Personen, sondern auch die Blockade als Aktionsform, denn mit einer Verurteilung wird automatisch eine Grundlage für kommende Urteile geschaffen!
Die Strafanzeigen werden, genau wie der Naziaufmarsch, von uns nicht individuell, sondern kollektiv und politisch beantwortet!
Es wird Solidaritäts-Sticker, -Flyer, -Plakate und -Shirts geben. Auch wird es in den kommenden Monaten Redebeiträge, Aktionen und andere Veranstaltungen von unserer Seite geben. Weiterhin ist eure Solidarität gefragt: Wir freuen uns über alle, die an uns spenden und die Kontodaten verbreiten. Die Kontodaten für das Spendenkonto werden zeitnah kommen.
Nächstes Jahr werden wir selbstverständlich erneut gegen den Naziaufmarsch in Remagen vorgehen. Wir lassen uns nicht einschüchtern, sondern unterstützen uns gegenseitig.
Für alle Betroffenen haben wir einen Mail-Verteiler eingerichtet, um mit jede:r Aktivist:in in Kontakt zu bleiben und als persönliche Ansprechpartner:innen zur Verfügung zu stehen.
Die staatliche Repression schweißt uns umso mehr zusammen, stärkt unseren Zusammenhalt und unseren Willen, uns der rechten Szene entschlossen und solidarisch entgegenzustellen.

Website:
https://blockzhg.noblogs.org/ Mail: blockzhg@riseup.net

Unterstützende Gruppen:
Antifa Mönchengladbach
Antifaschistische Jugend Augsburg
Bonner Jugendbewegung
Frauen*kollektiv
Internationale Jugend Rheinland
Internationale Jugendgruppe Siegen
Linksjugend ['solid] Aachen
Linksjugend ['solid] Düsseldorf
Linksjugend ['solid] NRW
Linksjugend ['solid] Rhein-Sieg
Linksjugend ['solid] Rheinland-Pfalz
Revolutionäre Offensive Mönchengladbach
Rote Bande Düsseldorf
SDS Düsseldorf
SDS Münster
SDS NRW
Sozialistische Organisation Solidarität Aachen
Studierenden Kollektiv Wuppertal
Tevgera Ciwanên Şoreşger Köln (Kurdische Jugend)
Trotz Alledem
Young Struggle
Z0ra

BERICHT

„Moria ist nicht vergessen! Evakuiert alle Camps!“

Kundgebung mit anschließender Demonstration in Baden-Württemberg

Seit durch den Brand im Camp Moria im September 2020 sich kurzzeitig viel mediale Aufmerksamkeit und Proteste gegen die menschenunwürdigen Zustände in den Lagern entwickelte, wurde dieses Thema wieder aus der Öffentlichkeit verdrängt.

Jetzt, Dezember 2020, ist das Thema wieder aktuell geworden: Frontex, die Europäische Grenzschutzagentur, mit milliardenschwerer Finanzierung, ist mindestens seit April in der Ägäis an illegalen „Rückabschiebungen oder Zurückschiebungen“ (sogenannte Pushbacks) von MigrantInnen durch die griechische Küstenwache direkt beteiligt.

Konkret bedeutet das: Geflüchtete, die von der Türkei aus, griechische Inseln erreichen oder in deren Nähe kommen, werden häufig mit Waffen bedroht und Richtung Türkei zurückgedrängt. Der Motor der Schlauchboote wird oftmals beschädigt.

Die europäischen Staaten wollen mit allen Mitteln die Flucht von Menschen aus krisen- und kriegsgeschüttelten Ländern unterbinden. Mit militärischen und polizeilichen Mitteln. Griechisches Militär und Polizei schleppen Menschen systematisch aufs offene Meer. Mit tatkräftiger Unterstützung von deutschen Bundespolizeieinheiten.

Laut Bundesinnenminister Horst Seehofer *„verteidigen griechische Sicherheitskräfte an der Grenze zur Türkei die ‚Integrität Europas‘ und deutsche Bundespolizisten sollten sie im Rahmen der Mission der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex dabei unterstützen.*“

Die Redebeiträge beleuchteten die prekäre medizinische Versorgungslage in den Camps und auf der Flucht. Darüber hinaus wurde auch die Abschottungspolitik der EU und deren Mitschuld an Fluchtursachen durch Rüstungsexporte in Kriegsgebiete und das Vorantreiben der Klimakrise angeprangert.

Außerdem wurde thematisiert, wie die rassistische Ideologie und die Innere Faschisierung in der gesamten EU dazu führt, dass die Stimmungsmache gegen Geflüchtete immer mehr gesellschaftlichen Anklang findet, anstatt dass sich um die Aufnahme fliehender Menschen gekümmert wird. Daher wurde die Forderung nach Entkriminalisierung von Seenotrettung und anderen aktivistischen Organisationen laut.

Während der Kundgebung und Demonstration, an der etwa 300 Menschen teilgenommen haben, haben alle auf Hygienevorschriften geachtet.

Vorweg:

Wir haben zwar an folgender Rede Kritiken an einigen Punkten, müssen aber auch klar darlegen, dass es sich um eine Bündnisrede - was nun immer auch mit Kompromissen einhergeht – handelt. Wir benutzen z.B. das Wort „Rechte“ nicht. Für uns sind das FaschistInnen. Wir finden auch nicht richtig zu sagen: *„In ganz Europa findet ein Rechts-Ruck statt.“* Wir würden sagen: ein Prozess der Faschisierung im Staat und in der Gesellschaft. Auch halten wir es für verkürzt zu sagen: *Wir kämpfen gegen FaschistInnen*. *Und wir kämpfen gegen die europäische Politik*. In erster Linie kämpfen wir gegen den deutschen imperialistischen Staat und den EU-Imperialismus!

Wir dokumentieren hier die Rede des „Offenen Treffen gegen Rassismus und Faschismus“

Zu viele Menschen auf zu kleinem Raum, Corona, Ausgangssperren, Kochverbot, Ratten, Stürme und Überschwemmungen, leben in Zelten ohne Boden. Das ist die Realität von zigtausenden von Menschen in Geflüchtetenlagern in Moria, Ritsona oder auf Lampedusa. Nachdem sie den Weg Richtung vermeintlich sicheren Boden in sogenannte Wohlstandsländer überlebt haben, muten die europäischen Regierungen den Schutzbedürftigen Bedingungen zu, die schlimmer sind als im Knast.

Denn: Niemand will Verantwortung für die Menschen übernehmen, deren Lebensgrundlage und Perspektive man zuvor wegen Kapitalinteressen zerstört hat. Und jetzt? Wenn es um Verantwortung für Menschenleben geht, ist die Europäische Union plötzlich nicht mehr so arg Union.

Stattdessen ruhen sich Mitgliedsstaaten ohne Mittelmeerstrand darauf aus, dass ein absurdes Dublin-Abkommen Italien und Griechenland die alleinige Verantwortung zuschiebt. Und sehen tatenlos zu, wie Italien und Griechenland denken, sie könnten Menschen durch die Lebensbedingungen in ihren Lagern von der Flucht abbringen.

Auch Deutschland hat kaum Menschen aus den Lagern gerettet, nicht einmal als die Krätze ausgebrochen ist, nicht einmal als Corona ausgebrochen ist, nicht einmal als das Lager Moria abgebrannt ist.

Aber das Dublin-Abkommen ist noch nicht schamlos genug:

Außerdem treffen die EU-Staaten Abkommen mit der

Türkei und Libyen. In der Hoffnung darauf, dass sie ihnen die Zuständigkeit für Fliehende abnehmen.
Dabei nimmt die Friedensnobelpreisträgerin Europäische Union in Kauf, dass Menschen gefoltert, versklavt und zurück in Kriegsgebiete geschickt werden.
Doch wie kann es sein, dass man Menschen wie Ungeziefer behandelt, das bekämpft werden muss? Komischerweise wird nur die Mobilität und Migration von bestimmten Menschen kriminalisiert. Nämlich zum Beispiel von den Menschen, denen man eine "islamische Kultur" zuschreibt. Diese "Kultur" ist vermeintlich von anderen "Kulturen" abgrenzbar. Dadurch kann man sie auch in vermeintlich "bessere" und "schlechtere" unterteilen. Wobei mit "schlecht" immer auch das Merkmal "kriminell" einherzugehen scheint.

Darauf fußt auch die Angst davor, Geflüchtete würden ihre "Kultur mitbringen" wie in einem Koffer und damit "unsere Kultur" - was auch immer das sein soll - verdrängen. Durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur erwerben die ihr untergeordneten Menschen angeblich das Recht, an bestimmten Orten der Welt zu leben. Sie sind jedoch dementsprechend an anderen Orten, zum Beispiel in Europa, unerwünscht.
Tatsächlich sind kulturelle Praktiken aber ständig im Austausch, verändern sich kontinuierlich und sind - auch wenn die CSU das gerne so hätte - nicht mit Leitmerkmalen definierbar. Die Ideologie, die die Festung Europa vertritt und auf der sie ihre Politik aufbaut, bietet einen Nährboden für FaschistInnen. Das eben beschriebene Kulturverständnis teilt zum Beispiel auch die extrem rechte Gruppierung namens „Identitäre Bewegung" (IB).

Zurück zu Moria:

Im März diesen Jahres öffnete Erdoğan die Grenze zu Griechenland. Die griechischen Grenzsoldaten reagierten mit Tränengas und Rauchbomben auf die Geflüchteten. »Nie wieder 2015« – unter diesem Motto riefen extreme Rechte aus ganz Europa dazu auf, gegen Geflüchtete an der türkisch-griechischen Landgrenze und auf Lesbos vorzugehen.
*So waren der bekannte IB-Faschist Mario Müller sowie der extrem rechte Blogger Oliver Flesch, ehemaliger Bildautor und NPDler Jonathan Stumpf sowie weitere 15 Rechte aus Europa auf Lesbos. Dort wollten sie sich als „Grenzschützende" und „Rettende der Einheimischen" inszenieren, konnten aber durch Antifaschist*innen aufgehalten und vertrieben werden.*
Auch die österreichische IB unter Martin Sellner und Brittany Pettibone posierte mit einem Banner, das die Aufschrift »No way. You will not make Europe your home« trug, nahe der türkisch-griechischen Grenze.
Dank der griechischen Antifas war den Faschos nur Propaganda möglich. Auch wenn schlimmeres verhindert werden konnte, aktiver Widerstand gegen Rechts ist wichtiger denn je.
Eine rechte Partei im Bundestag, rechte Netzwerke bei Polizei und Bundeswehr. Das Horten von Waffen sowie rechtsterroristisch und rassistisch motivierte Angriffe auf und Morde an Menschen, denen das Adjektiv deutsch verwehrt wird sind mittlerweile Alltag.
In ganz Europa findet ein Rechts-Ruck statt, rechte Parolen haben wieder einen Platz am Stammtisch und im Büro.
Indem die bürgerlichen Parteien Zustände wie in Moria nicht verhindern bzw. beenden, tragen sie diesen Rechts-Ruck mit und sind für die Ermordung unzähliger Menschen verantwortlich!
Für uns ist klar: Wir kämpfen gegen FaschistInnen. Und wir kämpfen gegen die europäische Politik. Nieder mit der Festung Europa! Die Lage in den Geflüchtetenknästen wird von Tag zu Tag brutaler. Jeden Tag müssen mehr Menschen elendig verrecken.

Deshalb: Stoppt die Kriminalisierung von Flucht. Migration muss sicher und legal funktionieren können.
Wir fordern die Evakuierung aller Lager; holt da endlich die Menschen raus!
Hoch mit der internationalen Solidarität!

Kampf dem repressiven Staatsapparat!

Solidarität mit allen verfolgten, angeklagten GenossInnen!

Anfang Dezember begann der „Pilotprozess" der G20-Verfahren. Dieses Verfahren ist Teil einer Serie von Prozessen gegen insgesamt über 85 Angeklagte, denen gemeinschaftlicher schwerer Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf VollstreckungsbeamtInnen, Sachbeschädigung und Bildung bewaffneter Gruppen im Rahmen einer Demonstration gegen den G20-Gipfel vorgeworfen wird.

Die Angeklagten gehören zu den ca. 200 DemonstrantInnen, die am Morgen des 7. Juli 2017 in der Straße Rondenbarg in Hamburg-Bahrenfeld von einer BFE-Einheit ohne Vorwarnung angegriffen wurden, als sie auf dem Weg zu Blockadeaktionen waren. Bei diesem Angriff wurden zahlreiche AktivistInnen verletzt, elf von ihnen schwer.

Bereits vor dem G20-Gipfel in Hamburg wurden KommunistInnen, Revolutionäre und Linke mit massiven Repressalien überzogen. Die Proteste selbst wurden brutal angegriffen, und seither werden unter Verweis auf das Gipfeltreffen die absurdesten Verfolgungsmaßnahmen erprobt – vom Verbot der Internetplattform linksunten bis hin zu Hausdurchsuchungen, Verboten und Prozessen...

Anfang Dezember 2017 durchsuchte die Polizei ab sechs Uhr morgens 23 Privatwohnungen, das Linke Zentrum Lilo Herrmann in Stuttgart und das Rote Zentrum in Göttingen. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, während der Proteste gegen den G20 Gipfel an einer gewalttätigen Demonstration am Rondenbarg teilgenommen und sich des Landfriedensbruchs schuldig gemacht zu haben. *Die Razzien wurden durchgeführt, um Informationen über angebliche Vorbereitungen gewalttätiger Proteste zu bekommen*, so die offizielle Version der Polizei. Es wurden zahlreiche Laptops und Speichermedien beschlagnahmt.

Ende August dieses Jahres fanden in Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen insgesamt 28 Hausdurchsuchungen statt. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, Mitglieder der linken Gruppe Roter Aufbau zu sein und eine kriminelle Vereinigung nach Paragraf 129 gebildet zu haben.

Wir dokumentieren die Erklärung der Roten Hilfe zum Prozess

Am 3. Dezember 2020 beginnt nun der Pilotprozess gegen die fünf jüngsten Angeklagten, die bei den G20-Protesten noch minderjährig waren. Über viele

Monate hinweg müssen die Heranwachsenden nun wöchentlich nach Hamburg zu ihren Prozessterminen pendeln, was eine ungeheure Belastung für die fünf Betroffenen darstellt. Die eigentlichen Ereignisse geben wahrlich keinen Anlass zu einem so aufgeblähten Prozess. Etwa 200 Demonstrant*innen, die auf dem Weg zu Blockadeaktionen waren, wurden am Morgen des 7. Juli 2017 in der Straße Rondenbarg in Hamburg-Bahrenfeld ohne Vorwarnung von einer BFE-Einheit (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit) angegriffen.
Bundesweit wurde am vergangenen Wochenende (Anm der Redaktion: 5.+6.12.2020) zum dezentralen Aktionstag, zu dem die Kampagne „Gemeinschaftlicher Widerstand" aufgerufen hatte, Solidarität mit den Betroffenen der Rondenbarg-Verfahren gezeigt. In vielen Städten fanden Kundgebungen, Demonstrationen und andere Aktionen statt.

Wir dokumentieren das Grußwort der fünf Angeklagten zu den heutigen Aktionen am Tag X
Liebe Genoss*innen,
als die 5 Angeklagten, die nun am kommenden Donnerstag in Hamburg vor Gericht stehen werden, wollten auch wir uns nun mal bei euch melden.
Die gesamten Aktionen am jetzigen Wochenende, am Donnerstag zum Prozessbeginn und auch die Demo am 05.12. – die Unterstützung und Solidarität von verschiedensten Seiten die wir in den letzten Wochen erfahren haben hat uns Kraft gegeben und uns greifbar gemacht, dass wir tatsächlich alle gemeint sind. Auch wenn es jetzt erstmal nur uns 5 getroffen hat, zeigt ihr so, dass wir alle zusammen stehen.
Der Ausgang unseres Prozesses beeinflusst nicht nur die Verfahren gegen die knapp 80 weiteren Beschuldigten vom Rondenbarg. Er wird auch zeigen, inwieweit das Demonstrationsrecht beschnitten werden und linke Straßenpräsenz immer weiter kriminalisiert werden kann.
Der Protest gegen die G20 und das kapitalistische System für das sie stehen: Umweltzerstörung, Kriege; Flucht, Abschottung und Überwachung; Ausbeutung und Unterdrückung – den wir damals gemeinsam auf die Straße getragen haben ist immer noch legitim und notwendig. Wenn die Justiz uns deswegen verfolgt, dann zeigt sie schlicht und einfach nur, wessen Interessen sie durchsetzen soll: die der herrschenden Klasse. [1]

Wir dokumentieren das Statement der Roten Hilfe vom und solidarisieren uns mit den GenossInnen vom Roten Aufbau

Statement vom Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. vom 31. August 2020
Rote Hilfe verurteilt Razzia gegen Roten Aufbau
Heute Morgen fanden in Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen insgesamt 28 Hausdurchsuchungen statt. Schwerpunkt der Razzien war Hamburg, deren Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren betreibt. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, Mitglieder der linken Gruppe Roter Aufbau zu sein und eine kriminelle Vereinigung nach Paragraf 129 gebildet zu haben. Bereits im Vorfeld der Proteste gegen den G20-Gipfel war es zu Durchsuchungen gekommen. Hierbei gingen auch in der Vergangenheit die Polizeikräfte mit martialischem Auftreten inklusive SEK Einsatz vor.
Nun werden den Genoss*innen laut Medienberichten schwere Straftaten vorgeworfen.
Die Gruppe soll angeblich das Ziel verfolgt haben, Straftaten vom Landfriedensbruch, über Sachbeschädigung bis hin zur Aufforderung zur Begehung von Straftaten zu begehen.
Hierzu erklärt Anja Sommerfeld, Mitglied im Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.:
„Bei den Razzien handelt es sich um die größten Angriffe der letzten Jahre auf organisierte linke Strukturen. Nur zwei Tage nachdem Neonazis die Stufen des Reichstages erklimmen konnten, ohne nennenswert daran gehindert worden zu sein, haben die Repressionsbehörden nichts Besseres zu tun, als eine aktive linke Gruppe zu kriminalisieren. Als Begründung wird einmal mehr der Gesinnungs- und Strukturermittlungsparagraf 129 angeführt. Es handelt sich offenkundig um einen gezielten Einschüchterungsversuch gegen die gesamte linke Bewegung. Ich bin mir sicher, dass auch dieser Versuch, systemoppositionelle linke Kräfte mundtot zu machen, an der strömungsübergreifenden Solidarität scheitern wird. Wir rufen alle Linken auf, sich gegen diese Provokation öffentlich zu positionieren. Die Rote Hilfe e.V. ist solidarisch mit den Betroffenen und fordert die Einstellung der Ermittlungsverfahren." [2]

Solidarität mit dem Roten Aufbau Hamburg und allen anderen Betroffenen!
Wir lassen uns nicht einschüchtern!
Stehen wir zusammen im Kampf gegen das kapitalistische System!
Kampf dem System – Trotz alledem!

1 rondenbarg-prozess.rote-hilfe.de/

2 rote-hilfe.de/news/bundesvorstand/1081-rote-hilfe-e-v-verurteilt-razzia-gegen-roten-aufbau

Fridays for Future

BERICHT

Am 25. September 2020 ist es wieder soweit, die Klimagerechtigkeitsbewegung „Fridays For Future" kündigt einen weiteren globalen Klimaaktionstag an. Bundesweit finden in 450 Städten Protestaktionen statt, um auf die Dringlichkeit und globale Dimension der Klimakrise aufmerksam zu machen.

Die „FFF"-Bewegung fordert einen Kohleausstieg bis 2030, eine sozial-ökologische Wende und die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze bei der Erderwärmung. Neben zahlreichen Demonstrationen unter Einhaltung der Hygienemaßnahmen finden weitere Aktionen wie Menschenketten, Fahrradstreiks und Klimacamps statt.

Auch in Aachen ziehen über 4 000 Klimaaktivisten/innen laut und trotz des schlechten Wetters zur Theaterstraße, um zu zeigen, dass wir **jetzt** eine klimagerechte Welt brauchen.

Der Demonstrationszug beginnt um 10:00 Uhr am Audimax. Gemeinsam demonstrieren tausende von Menschen, egal ob jung oder alt durch die Stadt. Während der Demonstration weisen die Organisatorinnen und Organisatoren unter Anweisung der Polizei immer wieder daraufhin, den Mindestabstand und die Maskenpflicht einzuhalten.

Doch trotz der strengen Hygienemaßnahmen, aufgrund der Corona-Pandemie war die Stimmung sehr ausgelassen und kämpferisch. Immer wieder betonen die Demonstranten/innen, dass die Klimakrise trotz der Corona-Pandemie akuter denn je sei. Dies zeigen beispielsweise die verheerenden Brände im Westen der USA, die Hitzewellen und die Überschwemmungen in China.

Am Theaterplatz wurden dann abschließend einige politische Reden unter anderem von Aktivisten/innen der „Seenotrettung", „Linksjugend" und „Ende Gelände" gehalten. Die Kundgebung endete schließlich am Theaterplatz mit musikalischen Beiträgen und Tanzeinlagen seitens der Aktivisten/innen.

Wir als AktivistInnen von „Trotz Alledem" aus NRW fanden es richtig, an diesen „Fridays for Future"Aktionen teilzunehmen und unsere Sicht auf die Klimakrise und den Kapitalismus mit unserer Agitation und in Diskussionen deutlich zu machen.

Das haben wir auch getan. Wir haben unser Flugblatt **„Corona Krise ... Klimawandel ... Wirkliches Übel ist der Kapitalismus-Verdammt!"** verteilt. Und unser Transparent mit der Parole „**Klimarettung: Nur durch Revolution! Alles andere ist Illusion!"** während des Demonstrationszuges getragen.

Wir haben mit vielen jungen Menschen über die Umweltfrage diskutiert. Dabei haben wir besonders betont, dass die **Umweltfrage mit der Systemfrage verbunden** ist und dass das System in Frage gestellt werden muss. Das kapitalistische Ausbeutungssystem, welches das natürliche Gleichgewicht zerstört, die Umwelt vernichtet, ja die Luft, die Meere, Flüsse, Seen, die Tier- und Pflanzenarten, kurz gesagt, das natürliche Gleichgewicht als Ganzes zerstört und das Leben im Einklang mit der Natur jeden Tag unmöglicher macht.

Wir haben aber eins eindeutig gesehen. Während der Diskussionen ist uns immer wieder aufgefallen, dass tatsächlich eine **Minderheit** in der Fridays For Future Bewegung die Umweltfrage als eine Systemfrage sieht und bereit ist, dafür zu kämpfen.

Diese Gruppe ist eine sehr kleine Minderheit, die damit argumentiert, dass „die Umweltfrage eine Systemfrage ist" (System change not climate change/Systemwechsel statt Klimawandel).

Die zweite starke Gruppe, die **große Mehrheit,** sind die „Grün-Bürgerlichen", welche in der „Fridays for Future" Bewegung fast überall dominieren. Sie argumentieren mit einer „Grün-bürgerlichen" Ideologie und vertreten die Ansicht, dass die Umweltfrage durch Reformentscheidungen innerhalb des bürgerlichen Systems gelöst werden kann. Diese zweite Gruppe in der Jugendbewegung „Fridays for Future" sollte hauptsächlich kritisiert werden.

Wir müssen vielen jungen Menschen erklären, dass diese zweite Ansicht bürgerlich ist, im Rahmen des Systems, das die Vernichtung der Umwelt betreibt verhaftet ist und dass sie keine endgültigen Lösungen der Umweltfrage bieten kann.

Der Großteil der „Fridays For Future" Bewegung sieht die Umweltfrage nicht als Systemfrage und hofft auf Reformen, die innerhalb des Systems durchgeführt werden sollen.

Umweltfrage ist Systemfrage!

Mit dieser Einschätzung geht unser Kampf weiter, um Jugendliche für den revolutionären Kampf in der Umweltfrage zu gewinnen.

Wir setzen uns das Ziel, sie für den Aufbau der Bolschewistischen Partei zu gewinnen und sie in unserer Jugendgruppe „Rote Tücher" zu organisieren!

Rot Front TA AktivistInnen
September 2020

CORONA KRISE... KLIMAWANDEL...

Wirkliches Übel = Kapitalismus!

Die Corona-Krise überdeckt aktuell alles andere, was auf dieser – mit Katastrophen geschundenen Welt – passiert.

Bevor die Pandemie ausbrach, haben wir gesagt:

Wir wissen: Der menschengemachte Klimawandel, der die Grundlagen allen Lebens auf dieser Erde bedroht, macht auch vor der Corona-Krise nicht Halt!

Wir sehen: Überall auf der Welt treiben die Herrschenden in der Umweltfrage die Menschheit in die Katastrophe. Wir machen dagegen das Einfache, was so nahe liegt: Schulstreik! Phantasievolle, mutige und kämpferische Fridays-For-Future-Demos. Millionen Kinder und Jugendliche haben weltweit die Straßen erobert.

Wir sagen: Schluss mit dem leeren Bla Bla Bla! Schluss mit den aufgeblähten, nutzlosen, unverbindlichen internationalen Riesenevent Klima-Konferenzen und Klima-Gipfeln. **Wir fordern:** Sofortigen Systemwechsel in der Umweltpolitik! Nicht Klima — sondern Systemwechsel! **Umweltfrage ist Überlebensfrage!**

Dann brach Corona aus… Der Klimawandel hat dieses Virus **direkt** hervorgebracht. Die Herrschenden, ihre Regierungen und PolitikerInnen, sie haben die tödliche Corona-Krise verwendet, um auch von der Klimakrise abzulenken! Die Pandamie hat uns daran gehindert, zu Millionen auf die Straßen zu gehen. Das war eine Verschnaufpause für die Herrschenden!

Wir haben aber auch in Corona-Zeiten nicht vergessen: Der Klimawandel führt direkt zur Vernichtung aller Lebensgrundlagen auf dem Planeten Erde. Das haben wir mit anderen Aktionsformen weiter zur Sprache gebracht. Am 25. September werden wir nun wieder unsere Forderungen auf die Tagesordnung setzen. Mit einem Schulstreik und all den anderen Aktionsformen, die in der Pandemiezeit möglich sind. Wir wollen eine gesunde Umwelt! Wir müssen aber dafür eines wissen: eine lebenswerte Umwelt ist mit Reförmchen im Rahmen des bestehenden kapitalistischen Systems nicht möglich. Denn:

Der Kapitalismus ist der Feind der Natur!

Das kapitalistische System ist auf dem Prinzip der maximalen Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der menschlichen Arbeitskraft aufgebaut. Dieses System zerstört das natürliche Gleichgewicht irreparabel. Auch die rasante Zunahme tödlicher Seuchen und Pandemien, wie Corona, haben mit der Umweltzerstörung zu tun.

Wenn wir dem Kapitalismus nicht Einhalt bieten, wird die Welt nach und nach, in einer nicht sehr weiten Zukunft, in einen für menschliches Leben unbewohnbaren Planeten verwandelt.

Umweltzerstörung, Krieg, Armut, Hunger, Flucht, Ausbeutung, Patriarchat, Rassismus, tödliche Pandemien… alles hängt mit allem zusammen. Alles bedingt durch dieses stupid System! **Das Übel ist der Kapitalismus – Verdammt**!

Die von den Herrschenden proklamierten „Green New Deal's", die als Rettung der Umwelt verkauften lächerlichen „Klimaziele", sind nichts als Betrug… Sie dienen nur einem Ziel: Den Kapitalismus **grün zu waschen**!

RADIKALER BRUCH MIT DEM SYSTEM!

Wir wollen eine Zukunft! Aber die ist nur möglich bei einem radikalen Bruch mit der Politik der Ausbeutung der Natur, der Ressourcen und der aktiven Vernichtung der Lebensgrundlagen der Menschheit. Nicht die Interessen von Kapital und Lobbygruppen, von Herrschenden und Reichen, sondern die Interessen der breiten Bevölkerung und der Natur sollen endlich im Fokus stehen.

Wir sind hier, wir sind laut - weil ihr uns die Zukunft klaut! Unser Lebensraum wird geopfert, damit eine kleine Anzahl von Menschen, die Bonzen, in Luxus leben können. Das Leiden der Vielen ist der Luxus der Wenigen. Zwei von 7,6 Milliarden Menschen der Weltbevölkerung haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind.

Geflüchtete ertrinken im Mittelmeer! Moria brennt! Die Herrschenden Europa, mit die reichsten Länder der Erde diskutieren, ob sie 12 tausend! Flüchtlinge in ihre Ländern aufnehmen können oder nicht! Im angeblichen Kampf gegen Corona werden praktisch der Tod der älteren Bevölkerung und der Menschen mit Vorerkrankungen billigend in Kauf genommen. Wichtiger als Menschenleben ist die Produktion, die Profit bringt! Das ist zynisch, menschenfeindlich… Aber es ist der Kapitalismus – verdammt!

Wir kommunistische Jugendliche rufen Euch alle auf: Lasst uns in der FFF-Bewegung darüber diskutieren: **Welche Gesellschaft brauchen wir und für welche Gesellschaft lohnt es sich zu kämpfen!**

Wir sind der Meinung:

„Der Kommunismus ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht. Der Kommunismus ist gut für Dich, erkundige dich nach ihm." (Bert Brecht)

PRIMA KLIMA NUR MIT REVOLUTION…

ALLES ANDERE IST BETRUG UND ILLUSION!

Das hier ist nun unsere Krise.*
#Klimastreik
#KeinGradWeiter
schaubühne
Klimarettung:
Nur durch Revolution!
Alles andere ist Illusion!
Trotz alledem!
Burn Borders, not COAL!
FIGHT EVERY CRISIS
FRIDAYS FOR FUTURE
SYSTEM CHANGE NOT CLIMATE CHANGE
In unserer verschmutzten Umwelt wird die Luft langsam sichtbar
~Norman Mailer
SEX
NOW THAT I HAVE YOUR ATTENTION LET'S TALK ABOUT CLIMATE
ECO NOT EGO
Alerta Antifascista
KLIMAFLUCHT
ALS ASYLGRUND ANERKENNEN!
www.naturfreunde.de

Resolution der Kommunarden

Bertolt Brecht

1
In Erwägung unserer Schwäche machtet
Ihr Gesetze, die uns knechten solln.
Die Gesetze seien künftig nicht beachtet
In Erwägung,daß wir nicht mehr Knecht sein wolln.
In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht,
Haben wir beschlossen, nunmehr
schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod.

2
In Erwägung, daß wir hungrig bleiben
Wenn wir dulden, daß ihr uns bestehlt
Wollen wir mal feststelln, daß nur Fensterscheiben
Uns vom guten Brote trennen, das uns fehlt.
In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht,
Haben wir beschlossen, nunmehr
schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod.

3
In Erwägung, daß da Häuser stehen
Während ihr uns ohne Bleibe laßt
Haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehen
Weil es uns in unsren Löchern nicht mehr paßt.
In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht,
Haben wir beschlossen, nunmehr
schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod.

4
In Erwägung, es gibt zuviel Kohlen
Während es uns ohne Kohlen friert
Haben wir beschlossen, sie uns jetzt zu holen
In Erwägung, daß es uns dann warm sein wird.
In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht,
Haben wir beschlossen, nunmehr
schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod.

5
In Erwägung, es will euch nicht glücken,
Uns zu schaffen einen guten Lohn
Übernehmen wir jetzt selber die Fabriken
In Erwägung, daß ihr uns dann eben
Mit Gewehren und Kanonen droht,
Haben wir beschlossen, nunmehr
schlechtes Leben
Mehr zu fürchten als den Tod.

6
In Erwägung, daß wir der Regierung
Was sie immer auch verspricht, nicht traun
Haben wir beschlossen, unter eigner Führung
uns ein gutes Leben aufzubaun.
In Erwägung: Ihr hört auf Kanonen
Andre Sprachen könnt ihr nicht verstehn
Müssen wir dann eben,
ja das wird sich lohnen
Die Kanonen auf euch drehn.